

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Vertragsliste.
 Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interfions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 10 Pf. (gültig für 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 29. August 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Eine neue Flottenkundgebung.

Bei dem Festmahle zu Ehren des Kaiserpaars, das am Sonntag in Hamburg stattfand, hat eine Wechselrede zwischen dem Bürgermeister der Hansestadt und dem deutschen Kaiser stattgefunden, die nicht verfehlt wird, in der breitesten Öffentlichkeit und weit über die Grenzen Deutschlands hinaus großes Aufsehen zu erregen. Enthalten doch die beiden Reden nichts Geringeres als ein neues Flottenprogramm. Wer noch innerhalb und außerhalb der Grenzen Deutschlands bis jetzt der trügerischen Auffassung gehuldigt hatte, daß die Seerüstungen Deutschlands mit dem Ablauf des Flottengesetzes ihren Höhepunkt erreicht haben würden, so daß dann ein Stillstand im Rüstten und damit auch im Wettstreit der Nationen eintreten würde, wird jetzt eines Besseren belehrt sein. So sehr man sich auch in der offiziellen Presse und in den Blättern der bürgerlichen Parteien Deutschlands den Anschein geben wird, als handele es sich bei den Hamburger Reden nicht um die einflussreichen nur in allgemeinen rhetorischen Wendungen bewegende Umschreibung neuer Flottenrüstungen, sondern nur um das von Wilhelm II. ja schon so oft abgegebene Bekenntnis zur „deutschen Seegeltung“, so wenig glauben wird eine solche Darstellung finden können. Denn die Auslassungen sowohl des Bürgermeisters von Hamburg als besonders auch die Erwiderung Wilhelms II. beweisen unzweideutig, daß man fest entschlossen ist, in den Flottenrüstungen keinen Stillstand eintreten zu lassen!

Der Bürgermeister Dr. Bredahl wies ausdrücklich auf den Schutz hin, den Hamburgs Handel durch die deutsche Flotte genieße. Er wies darauf hin, daß Wilhelm II. „mit der Schaffung der Seewehr neue Wege gewandelt“ sei und dem hamburgischen Weltverkehr „auf allen seinen Bahnen glückliches Gedeihen verhelfen“ habe. Und was antwortete darauf Wilhelm II.? Er betonte die Wichtigkeit der Ausbreitung des Handels, der gewissermaßen der „Atem des Staatskörpers“ sei. Der Aufschwung des deutschen Handels habe „mandem in der Welt Unbequemlichkeiten gemacht“. Die Konkurrenz sei jedoch auf kommerziellen Gebiete gesund. Die Konkurrenz der Nationen untereinander könne auch in Frieden ausgekämpft werden. Dann aber folgten die bemerkenswerten Sätze:

„Der Schutz für Handel und Seefahrt ist durch das deutsche Volk in den letzten Jahrzehnten geschaffen worden in der mächtig sich entwickelnden und allerwärts durch ihre Manneszucht und Disziplin sich auszeichnenden deutschen Kriegsflotte. Sie ist es, welche den Willen des deutschen Volkes zur Seegeltung darstellt. Diese noch aufblühende junge Flotte erfreut sich ganz besonders des Interesses der Hamburger. Wenn anders ich den Ausdruck der Begeisterung der Hamburger richtig verstanden habe, so glaube ich annehmen zu können, daß es ihre Ansicht ist, unsere Flotte auch fürderhin zu verstärken, so daß wir sicher sein können, daß uns niemand den uns zustehenden Platz an der Sonne streitig machen werde.“

Nicht wir also, sondern gerade Wilhelm II. gab den Andeutungen des Hamburger Bürgermeisters den Sinn, daß auch die Hamburger wünschten, daß unsere Flotte „auch fürderhin zu verstärken“ sei, so daß Deutschland niemand den ihm zustehenden Platz an der Sonne streitig machen könne.

Eine Verstärkung unserer „noch aufblühenden jungen Flotte“ verträgt sich aber nicht mit dem Einhalten unseres Flottenbauprogramms. Dieses sieht eine ganz bestimmte Stärke unserer Linienfahrzeuge, großen Kreuzer usw. vor. Bleibt dies Flottengesetz in Geltung, so tritt hinsichtlich nach seinen Bestimmungen zwar der Ersatz älterer Schiffe durch neue drei neue Schlachtschiffe ein, aber die Flotte selbst erfährt durch keine Vermehrung, keine Verstärkung. Eine Verstärkung kann nur in einer Vermehrung unserer Schlachtschiffe, einem Sinausgehen über die durch das Flottengesetz festgelegte Kriegsschiffzahl bestehen. So hat es offenbar Wilhelm II. gemeint, so nur können bei logischer Deutung seiner Ausführungen seine Worte gemeint sein! So auch nur wird sie das Ausland verstehen, und so nur können sie auch von den deutschen Volksmassen selbst aufgefaßt werden!

Für jedermann, der die Geschichte unserer bisherigen Flottenverstärkungen auch nur einigermaßen aufmerksam verfolgt hat, der beobachtet, wie man schon bei Schaffung des Flottenprogramms im Jahre 1900 und ebenso bei den Flottenmobilen die Neu- und Ersatzbauten zeitlich möglichst zusammen drängte, war es von vornherein klar, daß das jetzige Flottengesetz nur eine Episode, ein Durchgangsstadium bilden werde. Dieser Auffassung waren auch alle bürgerlichen Parteien. Man braucht nur daran zu erinnern, wie die Nationalliberalen und Freikonservativen bereits im Jahre 1906 während der Kommissionsverhandlungen über die neue Flottenmobile die Regierung bestärkten, gleich weitere Schiffsbauten zu fordern. Damals erklärten nicht nur auch die Vertreter der anderen Parteien, insbesondere das Zentrum, daß sie jederzeit bei einem Nachweis der Notwendigkeit auch für neue Flottenforderungen zu haben sein würden, sondern auch der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Herr von Tirpitz, erklärte und heraus, daß er gerne ein

weitergehendes Bauprogramm akzeptiere, wenn ihm nur die Volksvertretung eine Majorität für die weitergehenden Forderungen schaffe.

Damals also, vor 5 Jahren, glaubte kein Mensch daran, daß das Flottengesetz auch nur für seine Dauer unverändert bleiben werde; im Gegenteil hielt man es für selbstverständlich, daß noch innerhalb dieser Geltungsdauer von der Regierung Neuforderungen gestellt würden. Und erst recht dachte man nicht daran, daß nun die durch das Flottengesetz festgelegte Flottenstärke die dauernde Stärke unserer Marine bleiben werde. Man hielt es für ganz selbstverständlich, daß das Wettstreit munter weitergehen würde.

Erst als die Finanzlage sich so ungeheuerlich verschlechterte, erst als das Defizit der Jahre 1907/08 selbst den bewilligungsfristigen Flottenfözen Bedenken einflößte, legte man sich in bezug auf die Flottenforderungen eine größere Reserve auf. Und als dann England die Frage einer Verständigung über die Flottenrüstungen aufwarf, lehnte die deutsche Regierung zwar diesen Gedanken von vornherein mit aller Entschiedenheit ab, aber man hielt es doch für opportun, sich den Anschein zu geben, als sei für absehbare Zeit eine weitere Verstärkung der deutschen Flotte über den Rahmen des Flottengesetzes hinaus nicht beabsichtigt. Und die momentane Situation, die Rücksichten auf den bevorstehenden Wahlkampf ließen es gleichfalls nicht angebracht erscheinen, vor den Wahlen mit neuen Flottenwünschen herauszutreten.

Inzwischen ist aber abermals eine gewisse Wendung eingetreten. Die augenblickliche günstige Geschäftskonjunktur hat eine günstigere Finanzlage geschaffen, als selbst die Väter des Schnapsbldes vor Jahresfrist noch anzunehmen wagten. Der Anleihebedarf ist ein geringerer geworden, und mit dem Schwinden der augenblicklichen Finanzkalamitäten ist auch der weltpolitische Uebermut der herrschenden Klasse ins Riesengroßgewachsen, wie die feivole Art der Behandlung der Marokkofrage durch unsere großen bürgerlichen Parteien beweist. Auch der Flottenverein, der doch gegenwärtig förmlich eine offizielle Institution darstellt, hat ja ungeniert die Forderung aufgestellt, daß zum mindesten die in Flottengesetz vorgesehenen Ersatzbauten beschleunigt würden, was natürlich nichts anderes als eine Durchbrechung des Flottengesetzes, eine effektive Vermehrung unserer Schlachtschiffe darstellt. Und zu alledem kommt jetzt die programmatische Erklärung Wilhelms II., daß unsere gegenwärtige Flotte nur eine „noch aufblühende junge“ Flotte sei und daß er, der Kaiser, mit dem Bürgermeister von Hamburg der Ansicht sei, daß unsere Flotte „auch fürderhin zu verstärken“ sei.

Wir können Wilhelm II. für seine Erklärungen nur dankbar sein, liefern sie uns doch für unseren Wahlkampf eine wertvolle Unterstützung. Wir wissen nun, daß das Flottenwettstreit weiter gehen soll. Wir wissen, daß die Riesenausgabe von 460 Millionen Mark, die uns unsere „aufblühende junge Flotte“ schon heute kostet, noch gesteigert werden soll. Wir erfahren, daß die vorübergehende Besserung unserer Reichsfinanzen nur ein Ansporn zu neuen weltpolitischen Ausgaben ist!

Daß Wilhelm II. auch der Meinung Ausdruck gegeben hat, die Konkurrenz der Nationen könne „in Frieden“ ausgekämpft werden, spielt schon deshalb keine Rolle, weil sie ja durch das Bekenntnis zu neuen Flottenrüstungen bereits gegenstandslos gemacht sind. Wer will den Friedensbeteuerungen glauben, wenn hinter den Friedensbeteuerungen das uferloseste Wettstreit steht! Englands Friedensstimmung kann unmöglich zunehmen, wenn es durch neue deutsche Rüstungen abermals zu neuen Flottenrüstungen gezwungen wird, während ihm doch bereits die gegenwärtigen Flottenausgaben unerträglich erschienen! Und wie wenig die Auffassung, daß eine starke Flotte eine Garantie des Friedens bilde, in Wirklichkeit zutrifft, beweist ja gerade Deutschlands Vorgehen in der Marokkoeffäre. Und haben wir nicht erst dieser Tage eine nationalliberale Auslassung festgenagelt, daß wir doch nicht umsonst ein starkes Heer und eine starke Flotte beäßen, sondern daß diese große und starke Flotte zu aggressivem und rücksichtslosem Vorgehen in weltpolitischen Dingen verpflichtet? Es ist also bestenfalls eine arge Selbsttäuschung, wenn man sich einbildet, durch Flottenrüstungen die Chancen des friedlichen Wettbewerbs auf handelspolitischen Gebiete erhöhen zu können. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die ungeheuerlichen Ausgaben für den Marinismus nötigen zu immer krasserer Steuerplünderung der Masse, schaffen Unzufriedenheit im eigenen Lande und in den ausländischen Staaten. Diese Unzufriedenheit drängt zu inneren Konflikten und zu auswärtigen Abenteuern. So ist das Bekenntnis Wilhelms II. zu stärkeren Flottenrüstungen, sei es auch unbewußt, kein Bekenntnis zum Frieden, sondern das Bekenntnis zu einer Politik der inneren und äußeren Beunruhigung, zu einer Politik der Konflikte und Welthandel!

Mögen die bürgerlichen Parteien immerhin versuchen, die Tragweite der kaiserlichen Proklamation von Hamburg durch allerhand Ausreden abzuschwächen — das deutsche Proletariat empfängt damit nur eine weitere kräftige Anregung zu dem energigsten Widerstand gegen die konfliktsschwangere Deute- und Weltpolitik.

Auch im Wahlkampf wird die Idee des wirklich friedlichen Wettbewerbs der Nationen auf kulturellem Gebiete mit dem Programm des Wettstreits und der weltpolitischen Sündel- und Peutepolitik, wird der Sozialismus mit dem Kapitalismus den entscheidenden Kampf zu bestehen haben.

Die Marokkoeffäre.

Die französische Regierung läßt halbamtlich alle Mitteilungen der Pariser Presse über die deutschen und französischen Forderungen als unrichtig oder tendenziös dementieren. Das hindert natürlich die Presse nicht, immer neue Kombinationen wiederzugeben. Es lohnt sich nicht, darauf einzugehen, ebenso wenig wie auf angebliche Interviews, die Pariser Berichterstatter mit Herrn v. Seiderlen-Wächter gehabt haben wollen und in denen er erklärt haben soll, er hoffe, daß die Verhandlungen zu einem guten Ende führen würden.

Dagegen liegt eine neue Tatsache vor. Nach einer Madrider Zeitungsmeldung werden am 29. d. Mts. 500 Soldaten an Bord des Transportdampfers „Almirante Lobo“ abgehen, um Santa Cruz de Mar Pequena zu besetzen. Dieser Hafen liegt südlich von Agadir. Er ist den Spaniern nach dem Kriege mit Marokko im Jahre 1860 zugesprochen worden. Jetzt hält Spanien den Zeitpunkt für günstig, um seine alten Rechtsansprüche anzumelden. Der Hafen soll als militärisches Operationszentrum für eine spanische Truppenabteilung dienen. Offenbar wollen die Spanier sich möglichst viele „Einflussphären“ sichern, um bei der schließlichen Auseinandersetzung über Marokko nicht zu kurz zu kommen. Es ist natürlich nur der scharfe Gegensatz zwischen den Großmächten, der einem so schwachen Lande wie Spanien eine so abenteuerliche Politik gestattet. Das Bedenklliche in dem spanischen Vorgehen liegt, wie die Dinge augenblicklich stehen, vor allem darin, daß diese militärischen Operationen immer neue Beunruhigung in die marokkanischen Stämme hineintragen, die schließlich leicht zu einem gewaltsamen Ausbruch führen können, der den Vorwand zu einem weiteren Vorgehen der hadernben Großmächte bieten könnte. Dadurch käme dann ein weiteres störendes Moment in die diplomatischen Auseinandersetzungen.

Cambon von neuem erkrankt.

Paris, 28. August. Der französische Vorkämpfer in Berlin, Jules Cambon, wird infolge eines leichten Fieberanfalls seine Abreise nach Berlin um ein bis zwei Tage verschoben und Paris am Mittwoch oder Donnerstag verlassen.

Eine Rede des französischen Ministerpräsidenten.

Paris, 27. August. Bei einem vom hiesigen Landwirtschaftlichen Verein gegebenen Festmahle hielt Ministerpräsident Caillaux eine Rede, in der er unter anderem sagte: Ihnen, meine lieben Freunde, die Sie mich seit langer Zeit kennen, habe ich kaum nötig zu sagen, daß Sie bei der Regierung, deren Präsident ich bin, vollkommen darauf rechnen können, daß sie Ihnen die Ordnung im Innern sichern wird. Sie wissen auch, daß alle unsere Anstrengungen, daß alle meine Anstrengungen auf die Aufrechterhaltung des Friedens, eines ehrenvollen Friedens, abzielen werden, es versteht sich, eines Friedens, der mit eiferföchtiger Sorge über die Würde, die Rechte und die wesentlichen Interessen Frankreichs wacht.

Ein Angriff auf spanische Truppen.

Madrid, 26. August. Es wird amtlich bestätigt, daß vier Soldaten, darunter zwei Eingeborene, gestern bei einem Angriff auf die spanischen Truppen am Ueb Aert getötet worden sind. Vier Kompanien mit Maschinengewehren sind von Melilla zu Hilfe geeilt und haben den Marokkanern beträchtliche Verluste an Toten beigebracht. Die maurischen Notabeln holen Spanien ihre Hilfe an, um die Schuldigen zu bestrafen.

Liberaler Marokkofundgebungen.

Am Sonntag haben die Vertrauensleute der national-liberalen Partei von Berlin und der Provinz Brandenburg eine Resolution angenommen, in der sie die Regierung scharf zu machen suchen und jede „Entschödigung“ Deutschlands durch Frankreich außerhalb Marokkos als völlig ungenügend bezeichnen. Zum Schluß heißt es:

„Wir sind der Zubericht, daß auch unsere leitenden Staatsmänner den Ernst der Zeit in voller Stärke erkannt haben. In solcher Ueberzeugung die Reichsregierung unserer Gefolgschaft bei einer ruhig abwägenden, aber selbst vor dem letzten Mittel nicht zurückweichenden Politik in der Vertretung der Weltstellung der deutschen Nation öffentlich zu versichern, ist uns Gebot der Pflicht und Bedürfnis.“

Die nationalliberalen Herren, hinter denen in Berlin und Brandenburg wirklich nicht viel steht, glauben also gerade in diesen kritischen Tagen zum Krieg gehen zu müssen. Aber auch der freisinnige Abg. Müller-Meinigen meinte, ein wenig fabelhaft zu müssen. In einer Rede in Salungen erklärte er, wir seien nicht Kriegslustig, und es wäre tief beklagenswert, wenn die drei fortgeschrittensten Kulturvölker der Erde aufeinander schlugen sollten. Aber wenn der Krieg uns aufgezwungen werden sollte, dann werde das deutsche Volk einzig seinen Mann stehen.

Herr Müller tätete gescheit, eine Politik zu bekämpfen, die uns erst in die Gefahr des Krieges hineintreibt, statt die imperialistische Gehe mit seinen „patriotischen“ Beteuerungen noch zu fördern.

Landesparteitage.

Parteitag der badischen Sozialdemokratie.

Offenburg, 27. August. (Fig. Ver.)

Am heutigen Sonntag hatte sich in Offenburg der Parteitag der Sozialdemokratie Baden versammelt. Den Vorsitz führte Reichstagsabgeordneter Dr. Frank, Mannheim. Der Vertreter der Sozialdemokratie Bayerns, Landtagsabgeordneter Auer, wies auf das Entstehen eines dem Zentrum protegierten konfessionellen Parteieinheitsbundes in Bayern hin. Damit ergeben sich für Bayern ähnliche politische Verhältnisse, wie sie in Baden bestehen. Die Sozialdemokratie in Bayern wird daher auch zu ähnlichen politischen Mitteln greifen müssen, wie die Sozialdemokratie Baden. (Hört! hört!) Reichstagsabgeordneter Auer hob hervor, daß die elsässische Sozialdemokratie sich übereinstimmend mit der Tatsache der Verfassungsreform, so wie sie ist, abgefunden hat. Merkantilismus und Nationalismus haben sich für die bevorstehenden Landtagswahlen zusammengeschlossen, um die Bevölkerung von dem allgemeinen Problem auf ihre engherzigen Ziele abzulenken. Um so mehr sind wir überzeugt, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Zustimmung zur Verfassungsreform auf dem richtigen Wege war. (Zustimmung.)

Zu einer gründlichen Abrechnung mit dem badischen Zentrum und seinen blauen Wadengenossen gestaltete sich das Meistert des Genossen Dr. Frank über: „Die nächsten Reichstagswahlen“. Unter stürmischem Beifall betonte der Redner, daß wir zwar einem schmerzlichen Wahlsieg entgegengehen, jedoch mit gutem politischen Gewissen und hoffnungsvoller Siegeszuversicht in den Wahlsieg eintreten können.

Hervorgehoben wurde die Kampfbereitschaft auf diesem Gebiet allgemeine Übereinstimmung, so kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen bei der Beratung der innerbadischen Angelegenheiten. Bekanntlich hat die sozialdemokratische Fraktion im letzten badischen Landtag der neuen Gemeindeordnung zugestimmt. Schon auf dem Regensburg-Parteitag war diese Zustimmung kritisiert worden. Inzwischen haben nun die ersten Gemeindevahlen unter dem neuen Gesetz stattgefunden und für die Sozialdemokratie auch Einbußen gebracht, vor allem in Pforzheim. Hier setzte nun wieder die Kritik ein, die vor allem durch den Genossen Adolf Weder vertreten wurde. Er sah eine Verletzung des sozialdemokratischen Prinzips darin, daß die Sozialdemokratie Baden einem Gesetze zugestimmt hat, das die Klassenwahl aufrechterhält, wenn es auch durch den Proporz verschönert wurde. Die große Mehrheit des Parteitag erklärte sich aber mit der Zustimmung zum Gesetz einverstanden, das der Partei wertvolle neue Arbeitsgebiete eröffnet habe. Mit überwiegender Mehrheit mißbilligte der Parteitag die Verichterstattung Adolf Weders für den „Vorwärts“, die „Leipziger Volkszeitung“ und die Bremer „Bürgerzeitung“. Arumbach-Freiburg meinte, daß sich diese Tätigkeit Weders zu einem Standal auswähle. Wir verlangten, daß die falschen Berichte über Freiburger Verhältnisse im „Vorwärts“ berichtigt würden, aber die norddeutschen Blätter haben die Aufnahme abgelehnt. (Hört! hört!) Weder rechnete eben bei seiner Forderung der norddeutschen Blätter und des Parteivorstandes in Berlin darauf, daß unsere Verichterstattungen nicht aufgenommen werden. (Sehr richtig!) Kolb-Karlsruhe: Weder bringt uns, immer nur die Lichtseiten der von uns angenommenen Gesetze hervorzuheben, weil er immer nur die Schattenseiten nach Norddeutschland berichtet. Weder sagt, wir könnten machen, was wir wollen, die bürgerliche Gesellschaft herrsche doch. Das ist eine Phrase. Eine einige bürgerliche Gesellschaft im Gedächtnis Sinne gibt es gar nicht. Weder meint, wir hätten die Gemeindeform ablehnen müssen, genau so, wie die Reichstagsfraktion seinerzeit die sozialen Gesetze abgelehnt hätte. Würden wir heute vor der Abfassung über diese Gesetze stehen, wir würden und die Ablehnung sehr überlegen. (Sehr richtig!) Und eine Urabstimmung unter den deutschen Arbeitern würde sicher ergeben, daß sie nicht die Forderung vor der sozialen Gesetzgebung zurückwünschen. (Beifall.) Walter-Heidelberg: Weder könnte unser Führer sein, wenn er nicht fortgesetzt gehandelt, statt aufbauend, wirken würde. Adolf Weder: Arumbach mag beweisen, was er gesagt hat. Wir ist von Verichterstattungen nichts bekannt. Ebert-Berlin: Wir sind für den „Vorwärts“ verantwortlich. Wer Beschwerden über dessen Inhalt hat, mag sich daher an uns, als der Aufsichtsinstanz, wenden. Uebrigens hat mir Engler-Freiburg gefolgt, daß er keine förmliche Verichterstattung dem „Vorwärts“ geschickt hat, sondern vielmehr einen Gegenartikel. Engler-Freiburg: Allerdings habe ich mich nicht auf den § 11 des Verfassungsgesetzes bezogen; aber es ist mir nicht einmal, sondern schon dreimal passiert, daß der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ meine Richtigstellungen zurückgewiesen haben. Die Debatte schloß damit.

Ein Antrag des Vorstandes richtet sich gegen einen „Karl Marx-Klub“ in Mannheim. Dieser Klub war nach dem Regensburg-Parteitag in Mannheim begründet worden, und zwar aus dem Willen der Budgetgegner. Sein Zweck war die Sonderberatung von Fragen, welche die Gesamtpartei betreffen. Durch das Vorgehen der Mitglieder des „Karl Marx-Klubs“ wurde aber nach Ansicht des Landesvorstandes Anlaß zu gegenseitigen Auseinandersetzungen gegeben und die Werbearbeit gehemmt. Es fand daher unter Anwesenheit des Parteivorstandes in Berlin eine Sitzung in Mannheim statt. In dieser Sitzung wurde festgestellt, daß die Gründung und der Zweck dieses Klubs auf Grund des deutschen Parteistatuts unzulässig sei, und den amfendenden Mitgliedern zur Pflicht gemacht, für Auflösung des „Karl Marx-Klubs“ zu sorgen und gemeinsam mit den übrigen Genossen weiterzuarbeiten. Genosse Ebert gab bei diesem Anlaß im Namen des deutschen Parteivorstandes die Erklärung ab, daß das Verbot, als wäre der Parteivorstand mit dieser Sonderbündel einverstanden, unmaßgeblich ist. Im Gegenteil, der deutsche Parteivorstand sei bereit, Hand in Hand mit dem badischen Landesvorstand, mit aller Schärfe gegen diese parteiunzulässige Sonderbündel vorzugehen und, wenn nötig, die äußersten Konsequenzen zu ziehen. Der Parteivorstand ist der Meinung, daß die Besprechung von Parteiangelegenheiten und Auffklärung seitens der Genossen nur Sache der Parteioorganisation sei. Eine Erklärung seitens der Genossen vom „Karl Marx-Klub“, ob der Aufforderung zur Auflösung Rechnung getragen wurde, ist nach den Berichten des Landesvorstandes diesem nicht zugefandt worden. Der Parteitag nahm dann den Antrag des Vorstandes auf Auflösung des „Karl Marx-Klubs“ mit 118 gegen 84 Stimmen an.

Landeskonferenz der Sozialdemokratie Hessens.

Unsere hessischen Genossen hielten am Sonnabend und Sonntag ihre diesjährige Landeskonferenz in Worms ab. Der vom Abgeordneten Oeb erstattete Geschäftsbericht bot das Bild einer stetigen aufsteigenden Entwicklung der Partei im Großherzogtum. Die bevorstehenden Reichstagswahlen behandelte Genosse Busold in einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage. Genosse Raab gab den Tätigkeitsbericht der Landtagsfraktion. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, die der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags volle Anerkennung ausspricht für die energische Vertretung der Interessen der arbeitenden und minderbemittelten Volks. Ueber den Parteitag in Jena sprach Abgeordneter Ulrich, der dem Parteivorstand volles Lob spendete. Das von den vereinigten Reaktionskräften angestimmte Kriegsgebet wegen Marokkos sei nur der Ausfluß des schlechten Gewissens des Finanzreformblocks. Die links-sozialistische Auffassung der Heldenbrand-Raunenbrecher über die Marokkofrage werde von keinem Parteigenossen geteilt. Der Versuch, die Arbeiterklasse vor den Wogen der heutigen Kolonialpolitik zu spannen, müsse zurückgewiesen werden. Der als Vertreter des Parteivorstandes anwesende Genosse Müller gab der Meinung Ausdruck, daß der Antrag Raunen-

*) Wir möchten dazu bemerken, daß wir wiederholt Einsendungen heider Anschauungen ablehnen mußten, da sie trotz ihres räumlichen Umfangs nur wenig zur Klärung der Frage beitrugen. Redaktion des „Vorwärts“.

brecher auf dem Parteitage überhaupt nicht die gehörende Unterhaltung finden und damit wohl erledigt sein dürfte. Dessen konnten sich die Gegner versichert halten, in der Marokkofrage wird die Sozialdemokratie im Kampf gegen den Imperialismus und so geschlossen sein, wie kaum in einer anderen Frage. Zu der in den Diskussionen verschiedentlich gestellten Reisefrage meinte Ulrich, es müsse zu einigen Beschlüssen zwischen Partei und Gewerkschaften kommen. Die „Straußgänger“ und die „Brenner“ müßten sich verständigen. Ein Antrag, daß die Delegierten zum Parteitag in Jena für Aufhebung des Parteitagbeschlusses betröflich die Abführung des Tagesverdienstes am 1. Mai eintreten sollen, wurde mit Mehrheit abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, den Bezugspreis der „Kommunalen Praxis“ zu verbilligen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 28. August 1911.

Dem Ruin entgegen.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen hat dieser Tage über die Entwicklung der Landwirtschaft in den letzten fünf Jahren einen Bericht zusammengestellt, der nach mancher Hinsicht überaus interessant ist. Wird doch nicht nur der Nachweis zu führen gesucht, daß es auch jetzt noch den Agrariern herzlich schlecht geht, sondern auch offen zugegeben, daß die Preissteigerungen, wie sie augenblicklich gang und gäbe im Grundstückshandel sind, zum Ruin der Landwirtschaft führen müssen. Damit wird indirekt das Zollschußsystem verurteilt, durch welches das Steigen der Güterpreise hervorgerufen ist.

Es heißt in dem Bericht: „Die Abchlüsse der landwirtschaftlichen Vorkaufsgenossenschaft zu Königsberg-Jauerburg haben bewiesen, daß die meisten Landwirte sich mit einer sehr bescheidenen Verzinsung zufriedengeben müssen. Die Gesamtstatistik 1908/09 für die von der landwirtschaftlichen Vorkaufsgenossenschaft bearbeiteten 68 Güter weist nur eine durchschnittliche Verzinsung von 2,9 Proz. auf, wobei berücksichtigt werden muß, daß von diesen 68 Gütern 13 ganz ohne Verdienst bzw. noch mit Verlust arbeiteten und 33 nur eine durchschnittliche Verzinsung von 1,7 Proz. erzielten.“

Selbstverständlich ist auf diese agrarische Rechnung absolut nichts zu geben. Ginge es der Landwirtschaft wirklich so schlecht, dann würde nicht eine so tolle Jagd nach Gütern stattfinden. Der Grundstückshandel ist aber in vollster Blüte, wie auch die Landwirtschaftskammer zugeben muß; sie schreibt:

„Die zunehmende Mobilisierung des großen wie des kleinen Grundbesitzes in Ostpreußen hat auch im letzten, am 1. April 1911 abschließenden Berichtsjahr wieder zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß gegeben, zumal da auch die gezahlten Preise wiederum recht erheblich gestiegen sind. Die Zahl der Kauflustigen, insbesondere auch aus den benachbarten Provinzen, war eine sehr große. In einzelnen Bezirken macht sich eine ungeheure Preistreiberie durch gewerbmäßige Güterhändler bemerkbar, die bei jedem Konjunkturaufschwung zum Ruin der Käufer führen muß.“

Es ist wohl gemerkt die amtliche Vertretung der Agrarier, die Landwirtschaftskammer, die in dieser Weise urteilt. Wenn die Agrarier wieder nach höheren Schutzgöllen auf Nahrungsmittel schreien werden — und sie werden bald ganz gewaltig schreien —, so wird man sie auf die obige Auslassung der Landwirtschaftskammer verweisen können.

Wie groß die Preissteigerungen sind, dafür nur ein Beispiel: Das 109 Hektar große Gut Wühlbach bei Drempten hat in zehn Jahren zum sechsten Male den Besitzer gewechselt. Im Jahre 1901 betrug der Kaufpreis 135 000 M., der jetzige Besitzer verkaufte das Gut für 252 000 M. an Gutsbesitzer Gill in Schönfeld bei Angerburg. Das Grundstück hat also ein Mehr von 117 500 M. in zehn Jahren gebracht. Das ist die Wirkung der Schutzgölle. Selbstverständlich wird der neue Besitzer demnächst als „Vollkammer“ aufmarschieren.

Weiter sucht der Bericht der Landwirtschaftskammer nachzuweisen, daß die Landwirte durch Steuern überlastet sind. Es werden die von der bereits genannten Genossenschaft angestellten Ermittlungen über die Belastung von 7 typischen Betrieben durch Steuern und durch die soziale Gesetzgebung mitgeteilt. Hiernach wurden 19,7 Proz. des durchschnittlichen Ertrages durch Steuern und öffentliche Lasten in Anspruch genommen. Auf ein Hektar entfielen an Steuern und Lasten durchschnittlich 9,27 M. Der Bericht behauptet: „Diese Zahlen beweisen, in wie hohem Grade der Boden steuerlich belastet ist.“ Auch diese Beweisführung ist wertlos, denn es ist bekannt, daß gerade die Realsteuern auf dem Lande sehr gering sind, wobei noch die bekannte Selbstverschönerung der Landwirte in Betracht kommt. Im Landkreise Königsberg betragen die Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer nur 40 Proz., und es war gerade der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer v. Watoki-Wiebau, der in diesem Jahre in der Reichstagsitzung erklärte, daß die Realsteuern zu niedrig seien. Und in anderen Kreisen dürften die Verhältnisse ähnlich liegen.

Geklagt wird ferner, wie immer, über den Landarbeitermangel. Das es aber damit in Wirklichkeit auf sich hat, beweisen folgende Tatsachen: Die gesamte Inländervermittlung der Landwirtschaftskammer betrug im letzten Jahre nur 336 Personen, obwohl die Zahl der offenen, beim Arbeitsamt gemeldeten Stellen 754 und die Zahl der arbeitssuchenden Personen 1155 betrug!!

Ein Zentrumblatt unter kapitalistischer Herrschaft.

Der Kächener „Volksfreund“, das im dortigen Gebiet bei weitem am stärksten verbreitete Zentrumorgan, sucht sich geschäftlich zu reorganisieren. Unser Kölner Parteiblatt ist in der Lage, ein Zirkular zu veröffentlichen, wodurch der jetzige Besitzer solvante Parteifreunde als Gesellschafter sucht. Es heißt in dem Zirkular:

„Wie ersichtlich, bietet das Unternehmen eine äußerst sichere und günstige Kapitalanlage, die keine ausschließliche Pflege seiner idealen Werte garantiert. Auch die Leitung desselben bietet die Garantie, daß das Unternehmen auch weiter emporblühen und eine beachtliche Kraft in dem auch Sie lebhaft berührenden Kampfe der Weltanschauungen: „Die Heidentum, die Christentum“ bleiben wird. Es bleibt nämlich die geschäftliche Leitung in den bewährten Händen des jetzigen Besitzers Herrn V. Deterre-Aachen. Im Aufsichtsrate werden vorläufig vertreten sein: Freidier v. Der zu Spelborg (Kammerherr S. M. des Königs von Westfalen), Wiesbaden, Prälat Ehrenkranz Professor Schäffgen, Rechtsanwalt Kleinen-Aachen und Bergwerksdirektor Karl Waack-Köln.“

Es ist erbaulich zu lesen, wie in dem Rundschreiben die Hinweise auf den schönen Profit und auf die „ideellen Werte“ durch ein ultramontanes Gmnd hinter dem Ofen weggedeckt wurde.

Was aber die eigentliche Ursache der geschäftlichen Umwandlung angeht, so liegt sie darin, daß der Kächener „Volksfreund“ sich in

arger Abhängigkeit von einer Bank befindet, die in den Händen der nationalliberalen Kächener Textil-, Kadel- und Montankapitalisten ist. Das Unternehmen ist mit annähernd anderthalb Millionen Verpfändungen belastet, die durch die Umwandlung abgelöst werden sollen. Heute wird in Kachen tatsächlich mit nationalliberalem Gelde die liberale Politik gemacht. Das von den liberalen Kapitalisten erhaltene Zentrumblatt sorgt dafür, daß die Kächener Proletarier sich gegenseitig bekämpfen und dadurch im Kampfe gegen ihre Ausbeuter nichts ausrichten. So trägt das an den „Volksfreund“ ausgeliehene Geld dem Kächener Fabrikantentum zweifach Zinsen.

Schon früher ist die Abhängigkeit des Kächener „Volksfreund“ von dem Ausbeutertum dokumentarisch erwiesen worden. Das Zentrumblatt hatte auf Drängen der christlichen Gewerkschaften Artikel gebracht, die dem Fabrikantentum nicht angenehm waren. Möglicherweise hörten diese Angriffe auf. Nach Jahresfrist erfuhr man aus dem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Geschäftsbericht des Arbeitgeberverbandes, daß die Unternehmer dem „Volksfreund“ die Inserate gesperrt hatten, und der Bericht stellte fest, daß diese Maßregel gescheitert hatte.

Eine bayerische Landtagswahl.

Im bayerischen Landtagswahlkreise Waldmohr (Rheinpfalz) hat gestern eine Landtagswahl stattgefunden. Es erhielt der Zentrumskandidat Dübelt 2945 (bei der Hauptwahl 2972) Stimmen, der nationalliberale Kandidat 2049 (gegen 2677) Stimmen, der von den Wählern unterstützte christlichsoziale Kandidat 516 und unser Genosse Probst 1563 (gegen 539) Stimmen.

Es hat der nationalliberale Kandidat also ungefähr 1600 Stimmen verloren, der sozialdemokratische 1000 Stimmen gewonnen, doch kommt in Betracht, daß bei der Hauptwahl die Wähler und Christlichsozialen zum Teil für den nationalliberalen Kandidaten gestimmt haben, so daß dessen Verlust sich in Wirklichkeit nur auf etwa 1200 Stimmen belaufen dürfte.

Die Komödie der Berliner Marokkoversammlung.

Das famose Komitee, das eine Volksversammlung in Berlin ankündigte, wo die Regierung scharf gemacht werden sollte, läßt sich durch die fortwährenden Blamosen nicht abschrecken. Es kündigt jetzt an, daß in dieser Versammlung der Herr Dr. Birch sprechen wird, der gegenwärtig in Kriegsgefangenschaft ist, dann die Abgeordneten v. Wühlendorff und Lottmann, sowie ein Professor Dumoulin-München. Die Versammlung soll eine machtvolle Kundgebung werden. Aber ach! Die guten Leute haben es mit der Angst. Sie wissen sehr gut, wie das Volk über die infame Kriegsgefangenschaft und ihre Hauptursache, die Fernhaltung des Volkes gellen. Lediglich wird man zu dieser „machtvollen Kundgebung“ nur gegen — Karten zugelassen werden, die eine Reihe „patriotischer Vereine“ verteilen will. Aber dabei ist das Vergnügen nicht mal umsonst zu haben. Die Eintrittskarten kosten 20 Pf. und Galerietickets gar 1 M. Man sieht, dieses filzige Komitee ist entschlossen, aus seiner eigenen Tasche keinen Pfennig für den patriotischen Zweck zu opfern. Es verläßt sich auch darauf auf die Dummen, die nicht alle werden.

Elfaß-Lothringens neue Verfassung.

Das Gesetz über die Verfassung Elfaß-Lothringens vom 31. Mai d. J. tritt in seinem ganzen Umfange am 1. September in Kraft. Die betreffende Verordnung, die vom 21. August datiert ist, ist soden im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden.

Ein konservativer Vorstoß.

Im Frühjahr d. J. kündigten die Leipziger Konservativen an, daß sie gewillt seien, bei den kommenden Reichstagswahlen im 12. sächsischen Reichstagswahlkreise (Leipzig-Stadt) dem Nationalliberalen Dr. Junk einen konservativen Kandidaten entgegenzustellen. Was damals einfach als politischer Bluff angesehen wurde, soll jetzt Wahrheit werden, wie aus einem Zirkular hervorgeht, das der „Leipziger Volkszeitung“ ein günstiger Wind zugeweht hat. Es lautet:

Streng vertraulich!

Herrn

Sehr geehrter Herr!

In nicht allzu ferner Zeit steht das deutsche Volk wiederum vor Neuwahlen zum Reichstage. Wiederum wird das nationale Bürgerturn zu entscheiden haben, ob es stark genug und gewillt ist, den Ansturm der Sozialdemokratie abzuwehren. Diese Partei ist äußerst siegesgewiß und hat bereits jetzt allerorten ihre Vorbereitungen getroffen; ihre Siegeshoffnung wird dadurch wesentlich verstärkt, daß von einer Seite im bürgerlichen Lager der Kampf gegen rechts als Lösung für die nächsten Wahlen ausgegeben wird.

Dagegen haben wir, Bürger und Wähler Leipzigs aus allen Ständen und verschiedenen Parteien, es unternommen, diejenigen zu sammeln, die nicht gegen rechts kämpfen wollen, die es für richtiger halten, unter Abwehr der niederreichenden Sozialdemokratie um die Erreichung hoher nationaler, völkertümlicher Ziele zu kämpfen und die deshalb den Wahlkreis 12. Leipzig durch einen

nationalen, echt deutsch gesinnten Abgeordneten

vertreten sehen möchten. Einen Zusammenschluß solcher Wähler glauben wir sicher erreichen zu können durch die Person unseres Kandidaten.

Wir schlagen keinen ausgesprochenen Parteimann vor, sondern

Herrn Marinexfarer a. D. Wangemann, einen Mann, dessen stets bereit hingabe für vaterländische Ziele und dessen Erfahrung auf vielen Gebieten unseres Volkslebens weit über die Grenzen unseres Wahlkreises hinaus bekannt sind.

Die Unterzeichneten laden Sie nun für Dienstag, den 29. August, abends 8 Uhr, nach dem Saale des Künstlerhauses, VorseitstraÙe, zu einer

Bertrauensmänner-Versammlung

ein, in der die Aufstellung unseres Kandidaten erfolgen soll. Herr Farner Wangemann wird sich bei dieser Gelegenheit seinen Wählern vorstellen.

Unterzeichnet sind dies Zirkular sowohl von Vertretern der Konservativen als auch der Antifemiten und der Mittelstandsvereinigungen. Die Leipziger Nationalliberalen haben also das Vergnügen, nach rechts und nach links schlagen zu müssen. Nach der Hauptwahl, bei der der sozialdemokratische Kandidat sicher in die Stichwahl kommt, läuft natürlich der ganze Ordnungsbrei wieder zusammen. Immerhin ist der konservativer Vorstoß bezeichnend genug dafür, was das rückwärtslose Agrarierturn dem schwammigen Liberalismus selbst in dessen „Domäne“ zu bieten mag.

à la Potemkin.

Anlässlich der Kaiserparade in Altona-Wahrenfeld, wo dem Schaudöbel „Spiele ohne Worte“ geboten wurden, und die „Rebellen“ sogar für lumpige zwanzig Mark einen Tribünenplatz erhalten konnten, hatten die Stabskollegen Altonas einen riesigen

„Reformer“ entwickelt. Die alten aus der jahrzehntelangen Miswirtschaft der Hausarrier im Stadtkollegium resultierenden Gärten hatte man auf Kosten der Gesamtheit durch Längengrün, buntes Tuch und Mitterkränze künstlich verdeckt und neue Beleuchtungsanlagen geschaffen, kurz — in den von den kaiserlichen Automobilen und Wagen berührten Straßen herrschte „Wohlstand“. Und des Kaisers Auge erblinnte mit Wohlgefallen diese Veränderung der Dinge. Inter pocula konstatierte er, daß seit seinem letzten Besuch die Stadt sich recht prächtig entwickelt habe. Nachdem der Oberbürgermeister Schnadenburg — das ins „Geschäft“ gesteckte Geld muß sich verzinsen — auf die durch die unmittelbare Nähe Hamburgs bedingten, aus eigener Kraft kaum überwindbaren Schwierigkeiten der Stadt hingewiesen und mit Rücksicht auf deren Besonderheit ihrer Lage weitere Staatshilfe erbitten hatte, erwiderte der Kaiser, daß sein landesväterliches Herz stets beschäftigt sei, der Stadt nachzuhelfen und sie zu fördern. Nun kann's der Stadt nicht fehlen.

Der muß es toll getrieben haben.

Das Oberkriegsgericht der Hochseeflotte verurteilte am Sonnabend den Ingenieur-Aspiranten Tolleret vom Linienschiff „Pöfen“ wegen vorchriftswidriger Behandlung, Beleidigung Untergebener und Mißbrauch der Dienstgewalt in drei Fällen zu zwei Monaten und zehn Tagen Gefängnis und Degradation. Die Verfehlungen liegen auf sittlichem Gebiete. Welchen Umfang diese Schweinereien angenommen haben, ist öffentlich leider nicht bekannt geworden, denn das Gericht schloß die Öffentlichkeit aus wegen Gefährdung der Sittlichkeit und der militärischen Interessen. Die für einen militärischen Vorgesetzten immerhin hohe Strafe läßt aber erkennen, daß es der Herr Ingenieur-Aspirant gänzlich toll getrieben haben muß.

Frankreich.

Der Führer der Ultraliberalen schwer erkrankt.

Paris, 28. August. Der Zustand des ehemaligen Ministerpräsidenten Combes, der seit etwa acht Tagen krank ist und die letzte Nacht schlecht verbracht hat, sieht ernste Besorgnisse ein.

Portugal.

Arbeiterkämpfe.

Lissabon, 26. August. In Moita am Tajo sind dreitausend Tagelöhner und Landarbeiter in den Aufstand getreten und verlangen Lohnerhöhung. Truppen halten die Ordnung aufrecht. Der Aufstand scheint sich auf die ganze Gegend verbreiten zu wollen.

Lissabon, 27. August. Infolge des Ausstandes der Lastträger werden die Reis am Tajo militärisch bewacht. Der Aufstand breitet sich immer weiter aus. Es kam bereits zu Zusammenstößen. Der Anführer des Aufstandes wurde verhaftet.

Belgien.

Gegen die Zensur.

Brüssel, 28. August. In Verdier werden die Preise für die Lebensmittel von einer Kommission festgesetzt. Alle Verkäufer von Butter, Eiern und Käse sind gehalten, sich streng an die von der Kommission festgesetzten Preise zu halten. Sollten sie sich weigern, diesem Beschlusse nachzukommen, so hat die Kommission bestimmt, daß sie fürderhin nicht mehr zum Handel zugelassen werden.

Eine liberale Kundgebung.

Brüssel, 28. August. Gestern nachmittag fand in Löwen die von den Katholiken zu Ehren des früheren Kabinettschefs Schollaert organisierte große Kundgebung statt. Die Beteiligung war eine starke. Es kam zu mehreren Zusammenstößen mit den Sozialisten und den Liberalen, in deren Verlauf die Polizei dreißig Verhaftungen vornehmen mußte. Die Liberalen hatten das Plakat verschiedener Strahlen, die der Jungpartei, mit blauer Farbe, die Farbe der Liberalen, beschriften lassen sowie an der Front des Vereinslokals der Katholiken mit großen Buchstaben die Worte andringen lassen: „Es lebe das allgemeine gleiche Stimmrecht.“ Der Unzug dauerte drei Stunden. Bei der Rückkehr der Manifestanten nach Brüssel wurden sie von Sozialisten und Liberalen empfangen, die eine Gegenkundgebung veranstalteten. Auch hier mußte die Polizei wiederholt einschreiten und Verhaftungen vornehmen.

Rußland.

Die Streikbewegung.

Petersburg, 28. August. (P. L.) Die Streikbewegung dehnt sich mehr und mehr über die russischen Häfen am Schwarzen Meer aus. Die Verbindungen mit dem Kaukasus und der Halbinsel Krim sind augenblicklich unterbrochen. Für die Krim bedeutet das einen großen Verlust, weil augenblicklich die Ernte in vollem Gange ist. Die Angestellten der Dampfer der russischen Schwarzmeer-Gesellschaften, die den Hauptverkehr vermitteln, sind in den Aufstand eingetreten. Ein Streikführer sind verhaftet worden. Der Streik macht sich namentlich in Odessa bemerkbar, wo er eine große Ausdehnung annimmt.

Amerika.

Die Zollfrage.

Seamilton (Massachusetts), 27. August. Präsident Taft sagte in einer Rede im hiesigen republikanischen Klub, er erkenne die allgemeine Forderung des Landes nach einer Herabminderung der Einfuhrzölle an, soweit sie mit der Aufrechterhaltung der Schutzmahnahmen, die die heimische Industrie lebensfähig machen sollten, in Einklang gebracht werden könne. Wenn das Tarifamt seinen Dezemberbericht über Wolle und Baumwolle herausgegeben habe, werde er selbst dem Kongress eine Revision der beiden Tarife empfehlen.

Ein radikaler Staat.

Nach achtstündiger Debatte hat der Senat mit 56 gegen 18 Stimmen die Annahme der neuen Staaten New Mexico und Arizona beschlossen. Mit 46 gegen 23 Stimmen wurde dabei die Verfassungsbestimmung von Arizona gutgeheißen, die dem Volke das Recht der Abberufung der Richter zuerkennt. Man erwartet, daß Präsident Taft dagegen sein Veto einlegen werde, zu dessen Befestigung ein neuer Beschluß mit Zweidrittelmehrheit erforderlich wäre.

Aus der Partei.

Zum Parteitag in Jena.

Um dem Parteitagkomitee nicht weitere unnötige Arbeit zu machen, wollen wir bekanntgeben, daß den Delegierten des Jenaer Parteitages sämtliche Drucksachen in Jena selbst ausgedruckt werden. Alles was auf den Parteitag Bezug hat, finden die Delegierten in der Parteitagmappe vor. Damit wollen wir auch gleich die an und gestellten Fragen — Sendungen von Drucksachen an den Wohnort des einzelnen Delegierten — beantwortet haben. Das Empfangskomitee wird von Donnerstag mittig, 7. September, im Gewerkschaftshaus, Johannisplatz 14, seine Tätigkeit aufnehmen. Von

Sonnabend, den 8. September, ist das Empfangskomitee im „Volkshaus“ stationiert. Außerdem werden an den 3 Bahnhöfen — Weimar-Geerbahnhof, Saalbahnhof und Paradieshaltestelle — Genossen zum Empfang der Delegierten von Sonnabend mittig ab, in genügender Zahl zur Verfügung stehen.

J. A.: S. Leber, Magdeburg 3.

„Massenandrang“ aus der Partei.

Die Reichsberandspresse krebt mit einer Erzählung aus dem Wahlkreis Dillenburg-Herborn und benützt die Gelegenheit, der Partei vorzuwerfen, sie diene ihren Agitatoren mit einem „Hundelohn“. In den bürgerlichen Blättern des genannten Kreises gibt ein Herr Ludwig Trott-Haiger bekannt, daß er und mit ihm fast alle Genossen aus dem Distrikte und ein Teil derjenigen des Westerwaldes der sozialdemokratischen Partei den Rücken gefehert hätten. Dazu schreibt dann die Reichsberandspresse:

„Zwischen Trott und der sozialdemokratischen Partei bestehen nunmehr Differenzen, die auf dem Brechwege ausgeglichen werden. In einer Aufschrift an das Herborner Tageblatt“ sagt Trott, daß er für einen Hundelohn die Wege im Wahlkreis für die Gewerkschaft ebnend habe und seine Arbeitskraft ausgenützt worden sei. Laut Prüfungsprotokoll vom 17. August schuldete ihm die sozialdemokratische Partei noch 733,54 M. Bis her seien weder Partei noch Gewerkschaft ihren Verpflichtungen ihm gegenüber nachgekommen. Bei der Partei habe er ein Ausbesserungsverfahren gegen sich beantragt. Im Ausschluß des Schiedsgerichts der Parteimitglieder werfe man ihm vor, daß er Revisionist sei.“

Die „Frankfurter Volksstimme“ bemerkt hierzu unter der Ueberschrift „Ein Pimperl Wichtig“:

„Es genügt, die Tatsachen kurz hervorzuheben. Trott hat für seine Bemühungen für Partei und Gewerkschaften genau dasselbe Honorar erhalten, wie jeder andere; allerdings sind das bescheidene Sätze, aber andere, und darunter ganz andere Kerle wie Trott, kriegen auch nicht mehr. Trott hat sich ja zur Parteitätigkeit gedrängt, mehr als der Bezirksleitung lieb war. Wenn Trotts Schlußabrechnung noch nicht geregelt ist, so liegt das an ihm: er hat darin das heillosste Durcheinander, die schrecklichste Konfusion gemacht, so daß erst mühselige Klärung geschaffen werden muß. Bis jetzt sind so unglückliche Falschbuchungen festgesetzt, die dem einfachsten Arbeiter nicht durchgesehen werden können und womit Trott, der sich Kaufmann nennt, sich zum Geißel macht. Trott würde noch gern in der Partei sein, wenn er nicht daran verzweifeln mußte, hier Befriedigung seines Ehrgeizes zu finden. Mit dem Datum vom 16. August schrieb er noch an die „Volksstimme“, es sei nicht wahr, daß er aus der Sozialdemokratie ausgetreten, er sei Mitglied. Dabei hatte er ein paar Tage vorher das Gegenteil geschrieben, ein paar Tage später, offenbar weil die „Volksstimme“ Herrn Trott lächerlich lieh, stellt er sich auf den Markt hin und schreibt seine Schmerzen aus. Konfusionarius, das ist das gelindeste Urteil.“

Die Ehrung eines Großen.

Im Gehlitz von Erwin für Doffe, am Geddenstein Ferdinand Lassalles, gedachten am Sonntag die Genfer Arbeiterorganisationen des vor 47 Jahren gestorbenen Kampfers der Sozialdemokratie. Für die Genfer Sozialisten sprach Genosse Sigg, für die deutschen Genossen der Savoya gedachte Genosse Stoboy des großen Toten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die ungültige Wählerliste.

In Wommern a. d. Rube war von der Mehrheit der Gemeindevertretung die Wahl des Genossen Revoeling für ungültig erklärt worden, weil von sozialdemokratischer Seite Wahlterror verübt worden sei. Im Zeit zu gewinnen und Kosten zu sparen, wurde gegen den Beschluß nicht angegangen. Bei der nachmaligen Wahl ging unser Genosse wieder als Sieger hervor. Nunmehr erklärte die Mehrheit die Wahl nochmals für ungültig. Diesemal sollte die Wählerliste nicht in Ordnung gewesen sein. Das „Böhmische Volksblatt“ brachte einen in satirischer Form gehaltenen Artikel, in dem angedeutet wurde, daß, wenn man böswillig sein wollte, annehmen könne, daß die Wählerliste absichtlich falsch aufgestellt sei, um nur einen Ungültigkeitsgrund zu haben. Das Böhmische Schöffengericht erblickte darin eine Beleidigung und verhängte über den Genossen Bierentämper eine Geldstrafe von 250 M. Der Rechtsanwalt hatte nur 400 M. beantragt.

Aus Industrie und Handel.

1 504 788 Mark Reingewinn.

Das Kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht in einem Ergänzungshefte zu den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs eine eingehende Arbeit über die finanzielle Gebarung der deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1909/10. Die Arbeit ist eine Fortsetzung der Statistiken für 1907/08 und 1908/09.

Von den am 30. Juni 1910 vorhandenen 5261 Aktiengesellschaften (mit Ausschluß der in Liquidation oder in Konkurs befindlichen) kamen für die Rentabilitätsstatistik für 1909/10 4607 sogenannte reine Erwerbsgesellschaften in Betracht. Ausgeschlossen waren alle Gesellschaften mit nicht-wirtschaftlichen Zwecken, solche, die sahrungsgemäß die Gewinnerzielung oder Dividendenverteilung ausschließen oder beschränken, endlich auch solche, deren Bilanzen nicht oder lückenhaft veröffentlicht wurden, ohne daß durch Rückfragen Aufklärung zu erzielen war.

Das eingezahlte Aktienkapital der 4607 Gesellschaften betrug am Tage des Bilanzschlusses 13 721,04 Millionen Mark. Die echten Reserven beliefen sich auf 3013,10 Millionen Mark = 22,0 Proz. des eingezahlten Aktienkapitals. Von jenen 4607 Gesellschaften waren für 3259,13 Millionen Mark Obligationen im Umlauf.

Die Statistik für 1909/10 verzeichnet: a) 3231 Gesellschaften mit Jahresgewinn, b) 707 mit Jahresverlust und c) ohne Jahresgewinn oder -verlust. Bei den Gesellschaften zu a) belief sich der Jahresgewinn auf 1366,08 und bei denen zu b) der Jahresverlust auf 78,44 Millionen Mark, so daß der Jahresmehrgewinn von sämtlichen 4607 Gesellschaften 1287,64 Millionen Mark betrug. Vergleicht man diesen Betrag mit dem eingezahlten Aktienkapital, so ergibt sich eine Rentabilitätsziffer von 9,37 Proz.

Von den 4607 reinen Erwerbsgesellschaften verteilten im Jahre 1909/10 3319 Gesellschaften eine Dividendensumme von 1043,90 Millionen Mark. Auf das dividendenberechtigte Aktienkapital aller reinen Erwerbsgesellschaften machte dies 7,76 Proz. aus.

Eine Zusammenstellung der Hauptergebnisse nach den letzten drei Jahren — weiter reicht die Statistik nicht zurück — gewährt diese Uebersicht:

	1907/08	1908/09	1909/10
Zahl aller Gesellschaften	4 578	4 579	4 607
Eingezahltes Aktienkapital in Millionen Mark	12 788 857	13 200 567	13 721 086
Reingewinn Mark	1 472 019	1 377 254	1 504 788
Dividendensumme Mark	1 022 590	959 704	1 043 900
Dividende in Prozent	8,07	7,38	7,76

Die Durchschnittsdividende des letzten Jahres ist über die des Jahres 1908/09 kräftig hinausgegangen, sie erreicht bald wieder die Höhe des Jahres 1907/08. Mit der Dividendensumme sieht das letzte Jahr an der Spitze. Dabei ist zu berücksichtigen, daß alle Gesellschaften in die Berechnung einbezogen sind, auch solche, die keinen Gewinn auskütten.

Ordnet man die Gesellschaften nach Gewerbegruppen und ermittelt danach die gezahlte Dividende, dann gelangt man zu folgenden Resultaten:

	Dividende in Proz.
Bergbau, Hütten- und Eisenerzgewerbe	7,89
Baugewerbe	8,28
Industrie der Maschinen usw.	8,52
Zugindustrie	8,60
Gewerbetriebe (Hüttenbetrieb, Metall- und Maschinenindustrie, Bergbau)	8,98
Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte	9,01
Leder- und Gummiindustrie	9,71
Verleumdungsgewerbe	10,50
Chemische Industrie	14,86
Versicherungsgewerbe	22,93

Angehts solcher Ergebnisse, die in einer Periode wirtschaftlicher Depression erzielt wurden, darf man die Frage aufwerfen: wie kann das Unternehmertum es wagen, von einer Bedrohung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie durch Steuerdruck und soziale Lasten zu reden?

Soziales.

Ist Verloben ein Verbrechen?

Die Verkäuferin K. Klage gestern beim Innungschiedsgericht gegen den Bäckermeister Alfred Lode auf Zahlung von 15,80 M. verdienten Lohnes. Der Beklagte, der sich durch seine Ehefrau vertreten läßt, verweigerte die Zahlung, weil nach seiner Ansicht die Klägerin kontraktbrüchig geworden sei, wodurch ihm ein Schaden in Höhe von 10,11 M. erwachsen sei, den er gegen die Lohnforderung aufrechnen will. Die Klägerin hatte am 1. zum 15. August gekündigt, weil sie sich zu verheiraten gedachte. Obwohl es im Bäckergewerbe üblich ist, daß mit halbmönatlicher Frist zum 1. oder 15. des Monats gekündigt wird, behauptete der Beklagte, daß die Kündigung nur zum Ersten zulässig wäre. Er beklagte sich auch sehr darüber, daß die Klägerin bei dem vor Monaten erfolgten Engagement verschwiegen habe, daß sie verlobt sei und die Heirat in so absehbarer Zeit erfolgen sollte. Er würde sie dann sicherlich nicht erst engagiert haben.

Das Schiedsgericht vermochte der sonderbaren Rechtsauffassung des Beklagten nicht zu folgen. Es verurteilte ihn zur Zahlung des rückständigen Lohnbetrages und wies die im Termin erhobene und hartnäckig vertretene Widerklage ab. In den Gründen vertrat das Schiedsgericht die Ansicht, daß die Klägerin, auch wenn sie wirklich darnach befragt worden wäre, nicht verpflichtet gewesen sei, dem Beklagten vom bestehenden Verlöbniß Mitteilung zu machen. Ein Kontraktbruch der Klägerin liege nicht vor. Im Gegenteil, sie sei in entgegenkommender Weise noch einige Tage länger beim Beklagten geblieben, um diesen von Schäden zu bewahren. Dieser hätte in dieser Frist den in der Widerklage geltend gemachten Schaden auch sehr wohl abwenden können.

Ruhezeit in offenen Verkaufsstellen.

Fräulein Groß versorgte mit einer anderen Gehilfin eine Filiale der vereinigten pommerischen Meiereien in Berlin. Sie wurde strafrechtlich dafür verantwortlich gemacht, daß sie der anderen Gehilfin nicht eine ununterbrochene Ruhezeit von 11 Stunden gewährt habe. Nachdem die Sache bereits einmal das Kammergericht beschäftigt hatte, verurteilte das Landgericht sie zu einer Geldstrafe, indem es den § 151 der Gewerbeordnung heranzog, wonach auch Personen in bestimmten leitenden Stellungen für gewerbepolizeiliche Uebertretungen bestraft werden können. Es wurde angenommen, daß sie bis zu einem gewissen Grade in dem Geschäft eine leitende Stellung hatte und für diese ausdrücklich engagiert worden sei. Bei der Anstellung hatte sie zum Beispiel unterschrieben, dafür zu sorgen, daß ihre und der anderen Angestellten Ruhezeiten dem Gesetz entsprächen.

Die von der Angestellten eingeleitete Revision wurde jedoch verworfen, weil ihre Sachbarkeit objektiv und subjektiv ohne Rechtsirrtum festgestellt sei.

Der Staat als Arbeitgeber.

Wie steht sich ein im Potsdamer Militärwaisenhaus angestellter Gärtner? Zum Militärwaisenhaus gehören mehrere Obst- und Gemüsegärten, die zusammen eine Größe von etwa drei Morgen haben. Dieses Gartenland wird von einem Gärtner bewirtschaftet, der verheiratet und Vater von drei Kindern ist. Die Arbeitszeit dieses Gärtners beträgt, will er alle seine ihm zugewiesenen Arbeiten richtig erledigen und seiner vertraglichen Verpflichtung, die Pflanze an den Nachmittagen von 2 bis 4 Uhr in Gartenarbeiten zu unterrichten, nachkommen, mindestens täglich 10 Stunden. Für diese Arbeit zahlt ihm die Anstaltsverwaltung 500 M. jährlich. Für diese 500 M. muß der gute Mann eine fünfköpfige Familie ernähren, muß für Wohnung, Heizung und Kleidung sorgen. Weil er selbstverständlich mit diesem Gehalte nicht auskommen kann, ist der Mann gezwungen, trotzdem er von früh bis abends arbeitet, die private Armenpflege in Anspruch zu nehmen. Von seinem schriftlichen Vertrage, den er am 30. Oktober 1910 geschlossen hatte, glaubte er bisher nicht zurücktreten zu dürfen. Dieser Vertrag räumt ihm nämlich erst eine Kündigung vom 1. November 1911 ab ein, während der Waisenhausdirektion bereits vom 1. Dezember 1910 ab eine vierwöchige Kündigung zuzustehen, die auf eine vierzehntägige Herabsetzung werden kann, sobald der Gärtner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder sonst Anlaß zur Unzufriedenheit gibt. Der Arbeiter wird also hier ein Jahr lang von der Kündigung ausgeschlossen, während der Arbeitgeber das Recht der vierwöchigen Kündigung von Anfang des Vertrages an hat. Der Absolutismus im Arbeitsvertrag kommt auch in § 7 des Vertrages zur Erscheinung. Dieser lautet: „Sollte es später für notwendig erachtet werden, Ergänzungen bezw. Änderungen vorstehender Paragraphen vorzunehmen, so muß sich Kontrahent solches gefallen lassen.“ Darnach muß also der Arbeiter sich jede vom Arbeitgeber ohne seine Einwilligung vorgenommene Vertragsveränderung gefallen lassen. Wenn man auch seitens der Junker zuweilen beratige Verträge getohnt ist, so ist es doch für den Staat etwas Beschämendes, wenn seine Institute beratige Verträge abschließen.

Dem Gärtner, der früher selbst Jögling des Waisenhauses war, ist vom Direktor der Anstalt, einem Herrn Friedenreich, noch ehe er den Vertrag unterschrieb, erklärt worden, daß er die Bedürfnisse seines Haushaltes aus dem Garten bestreiten könne, auch wurde ihm erlaubt, an die Beamten und Lehrer der Anstalt aus dem Garten zu verkaufen und den Erlös für sich zu behalten. (Das in dem Garten Gelegene wird nämlich nicht ausschließlich für die Anstalt benutzt.) Hiervon ist allerdings im Vertrage nichts gesagt worden. Anfangs hat denn auch der Gärtner verschiedenen Kauf, ja selbst an den Haushalt des Herrn Friedenreich ist verkauft worden. Jetzt hat man den Verkauf verboten und es wird bestritten, daß jemals ein solches Zugeständnis gemacht worden sei. Um so schlimmer, wenn dieses Zugeständnis nicht gemacht worden ist und man verlangt, daß ein verheirateter Mann mit drei Kindern mit nur 500 M. jährlichem Lohn auskommen soll.

Gewerkschaftliches.

„Christliche“ Kampfweise.

Die christlichen Gewerkschaften, insbesondere ihre Führer, nehmen bekanntlich für sich in Anspruch, Anstand und gute Sitte sowohl in ihrer Agitation als auch namentlich im Kampf gegen die gegnerischen Arbeiterorganisationen in Reinkultur zu pflegen. Alle Kritik, die an ihrem Verhalten in reichlichem Maße geübt werden muß, ist eitel soziodemokratische Verleumdung. Vor kurzem tagte nun die Generalversammlung des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins der Bergarbeiter in Banne i. B. Der Gewerkschaftsverein hatte das zweifelhaftes Vermögen, eine längere Lohnbewegung im Sauerland gemeinsam mit der christlichen Bergarbeiterorganisation führen zu müssen. Was der Hirsch-Dundersche Vorstand über diese gemeinsame Lohnbewegung sagt, verdient registriert zu werden.

In dem Bericht wird zunächst gesagt, daß die Christen die Lohnbewegung im Sauerland, die sie für das Ruhrrevier zu gleicher Zeit trotz der gleichen Voraussetzungen verwarfen, nach dem Geständnis des Abgeordneten Imbusch nicht wegen der berechtigten Beschwerden der Bergarbeiter, sondern nur aus agitatorischen Gründen mitmachten. Dann wird gesagt, daß, obwohl mit den christlichen Streikführern Steger und Scharfenstein ausdrücklich vereinbart worden war, alles gemeinsam zu unternehmen, sagte der Vorstand der christlichen Bergarbeiter selbständig ohne Rücksprache Beschlüsse, die man dem Hirsch-Dunderschen Vorstand „herablassend als Beschluß des Zentralvorstandes per Telephon“ mitteilte. Es heißt dann wörtlich weiter:

„Damit war es aber nicht genug. Noch durch etwas anderes wollte man zeigen, daß man gewerkschaftlich auf dem Standpunkt des „Bravos“ (gedungener Neuchâtel) angekommen war.“

Im Anschluß hieran wird weiter gesagt, daß der Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsverein an einige Streikende, die während des Streiks in anderer Beschäftigung einen nennenswerten Teil (4 M. Tageslohn) mehr verdienten als die Streikunterstützung betrug, nach dem von allen Gewerkschaften vertretenen Standpunkt keine Streikunterstützung weiter zahlte. Anstatt sich nun bei den Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedern und der Leitung des Gewerkschaftsvereins passiv zu verhalten, erklärte der christliche Beamte Scharfenstein den Unzufriedenen, wenn sie die Unterstühtungen nicht von der Organisation erhielten, würden die Christlichen sie ihnen zahlen. In der zur Aussprache einberufenen Versammlung des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins erschien dann Herr Scharfenstein mit fünf oder sechs Getreuen, nachdem er sich vorher 700 M. gepumpt hatte, um eventuell an die unzufriedenen Hirsch-Dunderschen Bergleute die Unterstühtung zu zahlen. Dies sei aber — so heißt es in dem Bericht weiter — nicht nötig gewesen, um zu verhindern, daß die Unzufriedenen Streikbrecher geworden wären, sondern sei nur geschähen, um die Leute für den Gewerkschaftsverein zu gewinnen.

Nachdem den Christen dann noch ein paar Unanständigkeiten vorgehalten werden, schließt der Bericht mit den Sätzen:

„So handelt nicht ein ehelicher Gegner mit dem man vereint schlagen kann, nachdem man getrennt marschiert ist, sondern ein gewerkschaftlicher Bravo, ein Pirat, der nur immer den Augenblick erpäßt, wo er über sein anderseits Opfer herfallen kann. So handelte an uns im Sauerlande der christliche Gewerkschaftsverein.“

Das sind die christlichen Herrschaften, die jeden Tag über soziodemokratischen Terrorismus zetern. Wo sie sich einigermaßen stark fühlen, pflegen diese Leute aber einen Terrorismus, der auch nicht vor dem verwerflichsten Mittel zurückschreckt.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Elektromonteur.

Die streikenden Elektromonteur und Hilfsmonteur versammelten sich am Montagmorgen vollzählig im „Englischen Garten“, um den Bericht über den Verlauf der Bewegung zu hören. Der Streik hat sich auf weitere zwei Firmen ausgedehnt, so daß zurzeit bei folgenden Firmen gestreift wird: Siemens-Schuckertwerke, Siemens u. Halske (alle Betriebe), Gebauer u. Ratz, Siemens, Grünberg u. Kurda, Fleischauser, Tenner, Selhof u. Harnakow, Kronheim, Nielsen u. Dalchow, Nachol u. Parier, Hennig, Schwabe u. Co., Soehring.

Die auf vielen Bauten schon bewiesene Solidarität der Bauarbeiter wird von den Streikenden sehr geschätzt. Auf dem Neubau der Firma Lich haben die Bauarbeiter sehr energisch gegen das Verlangen, mit arbeitswilligen Elektromonteuren zusammenzuarbeiten, protestiert. Die Streikenden haben keinen einzigen Abtrünnigen zu verzeichnen. Am Sonnabend holten sie sich ihren Lohn und bekamen ihre Papiere ausgehändigt, aber das Werkzeug wurde in vielen Fällen nicht zurückgegeben, was als ein Zeichen betrachtet wird, daß die Unternehmer ein baldiges Ende des Streiks erwarten. Die Streikenden der Siemenswerke, die die große Majorität aller Streikenden bilden, erregten Aufsehen, als sie in einem geschlossenen Zuge kamen, um sich ihren Restlohn zu holen. Eine Firma erklärte in einem Schreiben, daß sie die Forderungen in dem neuen Tarif bewilligen wolle, aber nicht mit dem Verband verhandeln möchte, die Organisation der Elektromonteur könne sie nicht anerkennen. Mit einer Reihe von Firmen sind Unterhandlungen ausgenommen worden. — Streikarbeit ist seit zu dreiviertel; Mitteilungen über Versuche, Streikarbeit unterzubringen, sind sofort an die Streikleitung zu richten.

Wartung, Hieslerleger und Hilfsarbeiter! Unser Arbeitsnachweis in der Schützenstr. 18/19 wird verlegt. Vom 31. August befindet sich derselbe im Lokal von Köhlich, Markgrafenstr. 88. Fernsprecher: Amt Korihsplatz, Nr. 10 350. Die Arbeitsvermittlung erfolgt in der Zeit von 6—8 Uhr abends, Sonnabends von 5—7 Uhr. Der Ausschuh des Arbeitsnachweises. A. A.: Emil Kamjunte, D. 31, Ederstr. 12 II.

Unternehmerpraktiken.

Einer sehr durchsichtigen Methode, unliebsame Personen loszuwerden, beschloß sich der Zigarettenfabrikant Glama Kochmann, Marke „Problem“, in der Alexanderstraße.

Im April dieses Jahres eröffnete er einer Anzahl Arbeitern und Arbeiterinnen, daß er gegen den Juli hin auf ihre Dienste als Zigarettenarbeiter verzichten müsse, da er die Sorten auf der Maschine herzustellen gedenke. Der Juli kam, 4 Kollegen und Kolleginnen, die in gewerkschaftlicher Hinsicht immer ihre Schuldigkeit getan hatten, waren überflüssig. Natürlich war es nur ein Zufall, daß die Entlassung ausschließlich Vertrauensleute betraf. Sehr merkwürdig ist es aber doch, daß jetzt Herr Kochmann gerade die Sorten, die er angeblich auf der Maschine herstellen lassen wollte, jetzt nach 6 Wochen durch neue Leute weiter als Handarbeit anfertigen läßt. Dadurch gewinnt das Vorgehen gegen die 4 Entlassenen den ausgesprochenen Charakter einer Maßregelung. Mit solchen Mitteln zu kämpfen, sollte gerade die Firma „Problem“ unterlassen. Sie hat ihr Abgabegeld vorwiegend in Arbeiterfreien. Schon öfter hat Herr Kochmanns Benehmen Empörung bei den Arbeitern hervorgerufen.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil bezantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Zu dem Streik der Schuhmacher bei der Firma Spiegel, Greifswalderstraße 224. Am Sonnabend hat in Folge einer durch die Verhinderung der Firma, in der Nr. 108 des „Vorwärts“, veranlaßte Korrespondenz eine Verhandlung stattgefunden. Diefelbe verlief jedoch resultatlos. Die Firma behauptet, die Entlassung des Vertrauensmannes sei auf schlechte Arbeit zurückzuführen, dagegen bekunden die Arbeiter übereinstimmend, der fehlerhafte Zustand der Arbeit sei der mangelhaften Qualität des Leders zuzuschreiben. Weiter wurden der Firma die Wünsche der Arbeiter in bezug auf Aufbesserung einiger Akkordsätze unterbreitet. Da auch hierüber keine Verständigung herbeigeführt werden konnte, dauert der Streik unverändert fort und bleibt die Firma gesperrt. Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Teilweise Aussperrung in der Metallindustrie.

Die für Sonnabend angekündigte Metallarbeiteraussperrung in Dresden und Chemnitz ist zum Teil eingetreten. Wie bis Montag früh bekannt geworden ist, sind an der Aussperrung 37 Betriebe mit 13 000 Arbeitern beteiligt. Es sind aber bei weitem nicht die vom Industriellenverband verlangten 60 Proz. ausgesperrt worden. Einige Verbandsfirmen haben überhaupt nicht ausgesperrt, andere einen wesentlich geringeren Prozentatz. Wir aus allem hervorgeht, ist die Aussperrung von den Unternehmern ziemlich schlecht durchgeführt. Sie gehen offenbar sehr schweren Herzens an die Aussperrung heran. Montagvormittag finden eine Reihe Versammlungen statt, wo weitere Maßnahmen gegen die Unternehmer beschlossen werden sollen. Es läßt sich dann erst die genaue Zahl der Streikenden und Aussperrten feststellen.

Nach den Feststellungen sind in Dresden bei 34 Firmen 8704 Arbeiter ausgesperrt. Bei 14 Firmen hat die Verbandsleitung 535 Arbeiter herausgezogen. Es kommen also nicht entfernt 80 Prozent in Frage, die ausgesperrt sind, während vorher von 60 Proz. die Rede war.

Bei der Firma Seidel u. Raumann, die allein 2800 Arbeiter beschäftigt ist, die Sache noch nicht geklärt, da sich dort Montag früh sämtliche Arbeiter als nicht organisiert zur Arbeit gemeldet haben. Dabon werden zunächst 1000 beschäftigt, die andern sollen benachrichtigt werden.

Die für Saalfeld i. Thür. auf den 26. August angeordnete Aussperrung der Metallarbeiter hat lange nicht den vom Unternehmertum angekündigten Umfang angenommen. Von den circa 1200 organisierten Metallarbeitern sind über 400 ausgesperrt, dazu kommen noch ungefähr 200, die nicht ausgesperrt werden, aber mit ihren Kollegen die Arbeitsstätte verlassen, so daß insgesamt 600 Arbeiter in den Kampf gezogen wurden. Drei große Firmen und zwar die Mitteldeutschen Elektrizitätswerke, die Maschinenfabrik Paul Auerbach und die Maschinenfabrik Zittel u. Rieß, die über 400 Arbeiter beschäftigen, sperrten nicht aus.

Erfurt, 28. August. Die Verhandlungen in der Metallindustrie in Erfurt sind gescheitert, weil die Arbeiter die Bedingungen der Arbeitgeber mit sehr großer Mehrheit abgelehnt haben. Morgen beginnen die Verhandlungen wegen der Gesamtaussperrung in Berlin.

Hamburg, 28. August. Die Hamburger Elektromonteur und Helfer treten in eine Lohnbewegung ein. Sie unterbreiteten dem Unternehmerverband einen neuen Lohnantrag, auf den sie bis zum 31. d. M. Antwort fordern.

Vom Kampf in Solingen.

Der Industriearbeiter-Verband macht resp. vermittelt vor wie nach Streikarbeit. In der Streiklage der Zäusen- und Federmeßer-reider wird eine Wendung insofern eintreten, als die circa 600 Mitglieder zählende Branche der Anker- und Federmeßerschleifer in ihrer letzten Branchenversammlung in überwältigender Majorität den Sympathiestreik erklärt haben. Demnach werden am Montag vom Deutschen Metallarbeiter-Verband 1212 Mitglieder der Federmeßerbranche streiken. Die Situation ist sehr günstig. Mitglieder des Industriearbeiter-Verbandes erklären sich vielfach mit den Streikenden solidarisch. Die Christen leisten Streikarbeit. Allerdings ist das Väterdühend nur einen sehr geringen Einfluß aus. Noch wie vor ist Zugang von Messerarbeitern nach Solingen zu vermeiden.

Auch die beiden Firmen Schmachtenberg u. Türk und Krups in Wald sind bestreikt. Die Ortsverwaltung. Alle Anfragen und Zuschriften in dieser Angelegenheit sind an Karl Rapp, Solingen, Kölner Str. 45, zu richten.

Die Ausübung des Koalitionsrechts — strafbar.

In Mührungen streikten die Maurer, und der Angestellte des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, Genosse Kriese-Königsberg, mußte die Bewegung in Mührungen leiten. Da hatte er es aber gewaltig mit dem Bürgermeister von Mührungen verbunden. Dieser ließ den Genossen Kriese auf sein Bureau kommen und hielt ihm eine ordentliche Standrede. Er bezeichnete es einfach als strafbar, daß unser Genosse ohne Erlaubnisliste den Maurern mit Rat und Tat zur Seite stünde, sah überhaupt jede Handlung, die zur Leistung des Streiks notwendig war, ja, selbst das Reden mit den Maurern als strafbar an. Sodann verlangte das städtische Oberhaupt von dem Streikleiter eine polizeiliche Ausweiskarte! Trotz all dieser Demütigungen war der Sieg der Maurer nicht zu verhindern.

Münchener Gewerkschaftshaus. Unter diesem Titel wurde in das Vereinsregister ein Verein eingetragen, der den Zweck hat, die schon längst gewünschte Vereinigung der freien Gewerkschaften und anderer Körperschaften herbeizuführen. Dieses Ziel ist seiner Verwirklichung so nahe gerückt, daß voraussichtlich schon am 1. Oktober 1912 die Münchener Gewerkschaften ihre Ueberlieferung in ihr ebenso imponantes wie prächtiges Heim bewerkstelligen können. Es wurde ein circa 30 000 Quadratfuß großer Bauplatz mit 45 Meter Straßenfront in der Pestalozzistraße, also fast in zentraler Lage, erworben. Mit dem Bau soll anfangs des kommenden Jahres begonnen werden. Mit Ausnahme der Buchdrucker sind alle Gewerkschaften, die eigene Bureauräume haben, dem Verein beigetreten. Der Verein ist ein neues sichtbares Zeichen des Aufschwungs und der Stärke der Münchener Gewerkschaftsbewegung.

Aus der Frauenbewegung.

Tariffbewegung der Münchener Kellnerinnen.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen hat für seine 500 Mitglieder starke Sektion der Kellnerinnen den Münchener Birtorporationen eine Tarifvorlage unterbreitet. Die bisherige gemeinsame Verottung hatte folgendes Ergebnis: Mit dem Inkrafttreten des Tarifs dürfen von den Kellnerinnen keinerlei Abgaben mehr erhoben werden, sei es in Form von Bezahlung des Hilfspersonals, Zeitungen, Garderobegebühren usw. Bruchgeld ist nur bei nachgewiesener Fahrlässigkeit zu bezahlen. — Die in verschiedenen Betrieben noch von den Kellnerinnen erhobenen sehr hohen Abgaben wurden einmütig abfällig be-

urteilt und selbst von den Arbeitgebern als unmoralisch bezeichnet. In bezug auf die Arbeitsvermittlung verlangte die Organisation, das Personal solle nur vom städtischen Arbeitsnachweis bezogen werden. Bei Inanspruchnahme der Stellungsvermittler sei die ganze Gebühr vom Arbeitgeber zu tragen. Die Arbeitgeber erklärten dies für unannehmbar und meinten, daß sie ohne Stellungsvermittler nicht auskommen können. Man einigte sich schließlich dahin, daß in erster Linie der städtische Arbeitsnachweis für das Gastwirtsgerwebe in Anspruch zu nehmen sei. In der Lohnfrage konnte eine Einigung noch nicht erzielt werden. Verlangt wurde ein Monatslohn von 25 M. nebst Kost, die Arbeitgeber wollten nur 10 M. geben. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen schließlich verort.

Leseabende.

Riederschneweide, Leseabend, Dienstag, den 29. August, bei Genossen Bengsch, Briker Straße 17.

Verfammlungen.

Zentralverband der Maschinisten, Dreizer und Berufsgenossen. Die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin fand am Sonnabend in den „Armenhallen“ statt. Der Vorsitzende Schmittau erstattete den Geschäftsbericht über das zweite Vierteljahr 1911: In der Bewegung in der Wäfigebiranche beteiligten sich auch die Maschinisten und Dreizer. Im Holzgerwebe, setzte man die Veruche fort, zu einem Tarifverhältnis zu gelangen. Im Lauggerwebe gab es verschiedene Differenzen wegen der Umlauffragen zu schlichten. Zwei Lohnbewegungen seien zu einem guten Abschluß geführt worden. Mit der Firma Jandorf werde noch verhandelt und man erwarte einen zufriedenstellenden Abschluß. Schmittau ging auf einen Streik in den Turbinenwerken näher ein und verurteilte, daß die Mitglieder ohne vorherige Besprechung mit der Verbandsleitung den Streik begonnen hatten. In der Berichtszeit fanden 4 Verwaltungssitzungen, 1 Generalversammlung, eine außerordentliche Generalversammlung, 4 Vertrauensmannersitzungen und 33 Verhandlungen mit Unternehmern statt. Der Verband zählt 1782 Mitglieder gegenüber 1750 am Schlusse des 1. Quartals. Aufgenommen wurden 122 als neue und 20 als übergetretene Mitglieder, 112 mußten gestrichen werden, 5 traten zu anderen Verbänden über und 2 starben.

In der Diskussion über den Bericht wurde besonders das Verhältnis zu den Gelben näher besprochen. Als Regel, von der nur unter besonderen Umständen Ausnahmen gelten dürften, soll an einer reinlichen Scheidung zwischen den Gelben und den Mitgliedern der freien Gewerkschaft festgehalten werden, erklärte Schmittau, und fand damit auch die Zustimmung der Versammelten.

Der Kassierer R. Holz legte den Kassenbericht vor. Die Einnahmen betragen in dem Quartal vom 1. April bis 30. Juni 11 756,20 M., die Ausgaben 10 799,82 M. Danach ist eine Mehreinnahme von 956,38 M. zu verzeichnen. Der Kassenbestand betrug am Schlusse des Quartals 15 780,84 M. Unter den Ausgaben stehen als Unterstühtung in Streikfällen 232,50 M., als Extrainterstühtung 160 M., als Zuschuh zum Sterbegeld 80 M. verzeichnet. Aus der Hauptkasse wurden an Unterstühtungen gezahlt: Bei Arbeitslosigkeit 1784,84 M., in Krankheitsfällen 1032,89 M., in Sterbefällen 230 M., an Streikende 1363,68 M., an ausgesperrte 130,69 M., an Gemahregelte 223,65 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. — Die Versammlung hörte zum Schluß den Bericht des Delegierten Müller von der Gewerkschaftskommission.

Letzte Nachrichten.

Tödlicher Unfall beim Baden.

Worms, 28. August. Der sechzehnjährige Reich Dörtz sprang heute nachmittag in der Rheinbadeanstalt vom Sprungbrett so unglücklich auf einen unter Wasser schwimmenden, den er nicht bemerkte, daß er tödlich verort, unterging. Die Leiche Dörtz ist noch nicht geborgen.

Schwere Automobilunfälle.

St. Gallen, 28. August. (Pr.-G.) Bei einer Automobilfahrt, die ein St. Galler Großkaufmann von seiner Heimatstadt nach Regenz unternahm, kürzte das Auto, das mit einer rasenden Schnelligkeit dahinfuhrte, bei Stadt ein Straßeneck hinab, überschlug sich und blieb total zertrümmert im Chaußeegraben liegen. Die beiden Angestellten des Großkaufmanns, der Prokurist Eberlin und der Buchhalter Rastli, die sich in der Gesellschaft des Kaufmanns befanden, kamen so unglücklich unter das Automobil zu liegen, daß beiden der Brustkasten eingedrückt wurde und sie schon nach wenigen Minuten starben. Der Führer, dem infolge seines übermütigen, tollren Fahrens die Schuld beigemessen wird, kam mit verhältnismäßig leichten Hautabstühtungen davon. Er bemühte sich sofort um seinen Herrn, schaffte ihn unter dem zertrümmerten Auto hervor und sorgte für seine Ueberführung nach dem konstanzer Krankenhaus. Er hat neben einem komplizierten Beinbruch eine schwere Gehirnerschütterung davongetragen.

Jirshberg, 28. August. (W. T. N.) In der Nähe von Jungbunzlau in Böhmen stieß das Automobil des Kommerzienrats Kinkel aus Landsrut mit dem des Fabrikbesizers Steffan aus Prag zusammen. Das Kinkel'sche Automobil wollte gemäß den preußischen Vorschriften rechts, das andere gemäß den böhmischen links ausweichen. Dabei kam es zu dem Zusammenstoß. Kinkel erlitt eine Gehirnerschütterung, Steffan Quetschungen und einen Bruch des linken Unterarmes. Beide wurden in das Krankenhaus nach Jungbunzlau gebracht.

Erdbeben in Norwegen.

Christiania, 28. August. (W. T. N.) Gestern abend 10.50 Uhr wurden in Christiania und in nordwestlicher Richtung ziemlich starke Erdstöße verspürt.

Ein Cyclon in Odessa.

Wien, 28. August. (Pr.-G.) Schwere Gewitter, die von einem furchtbaren Cyclon begleitet wurden, gingen heute über Odessa und seine Umgebung nieder. Das Unwetter währte 3 Stunden und richtete einen unberechenbaren Schaden an. Zahllose Dächer wurden abgetragen, Schornsteine zum Einsturz gebracht und die Straßen viele Meter hoch unter Wasser gesetzt. Der Schuppen der Asiatischen Gesellschaft wurde vollständig zerstört. Die darin befindlichen Harmonik-Apparate wurden vollständig vernichtet. Durch herabfallende Ziegelsteine wurden 50 Personen so schwer verort, daß sie in den Krankenhäusern Aufnahme finden mußten. Im Hafen sind zahlreiche Fahrzeuge gesunken und hierbei eine ganze Anzahl Matrosen ertrunken. Durch die fortwährend herniederzukommenden Blize wurden 20 Personen getötet. Eine ganze Anzahl Personen wurde durch schwere Brandwunden verort.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterstühtungsbl.

Eine Musterkritik.

Es sind zwei Wochen her, da veröffentlichte der Parteivorstand ein Flugblatt zur Aufklärung über die heutige Lage, unter dem Titel „Weltpolitik, Weltkrieg und Sozialdemokratie“. Jetzt erfährt es eine höchst herabsetzende Kritik aus der Feder der Genossin Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung“.

Ein solches Vorgehen ist ungewöhnlich. Ein Flugblatt, das von der Partei zur Unterstützung einer Aktion ausgegeben wird, vermehrt man ohne Not nicht während der Aktion, weil man diese dadurch stört. Erweist es sich als unzulänglich, dann hat der Kritiker die Aufgabe, ein besseres zu schreiben und dadurch das frühere zu ergänzen und zurückzudrängen. Ein Parteiflugblatt muß schon ganz unter der Kanone, für die Partei geradezu beschämend sein, wenn man es während der Aktion heruntermacht.

Wenn man der Genossin Luxemburg glauben darf, ist das letzte Parteiflugblatt herausfordernd miserabel. Sie findet, es sei von einer „allgemeinen, entsehligen Flachheit“, es mache den Eindruck einer „sozialdemokratischen Stagnation“. Sie wird „unwillkürlich verlegen“, wenn es von der „Unwissenheit der bürgerlichen Parteien in weltpolitischen Fragen spricht“, so groß ist die Unwissenheit, die es selbst bekundet.

Da wird es doch Pflicht desjenigen, der dies angeblich so erbärmliche Nachwerk auf dem Gewissen hat, die persönliche Verantwortung dafür zu übernehmen. Und so gestehe ich, daß ich der Verbrecher bin.

Die Genossin Luxemburg wird dadurch kaum überrascht sein. Meine Urheberschaft war unschwer zu erkennen. Andererseits übertrifft es auch mich nicht, daß sie mich als unwissenden Flachkopf behandelt. Das ist so ihre Manier seit unserer Polemik über den Massenstreik, ich erinnere z. B. an ihre wegwerfenden Ausführungen gelegentlich der Abrüstungsfrage. Handelte es sich nur um mich persönlich, so würde ich diese Kritik ebenso ignorieren wie die vorhergehende und wie ich zukünftige Kritiken dieser Art zu ignorieren gedenke, denn ein sachlicher Gewinn kann bei einer Diskussion nicht herauskommen, bei der eine Teil Methoden der Kritik anwendet, wie jene, die ich gleichig auszuweisen werde. Diesmal darf ich nicht schweigen, weil das Flugblatt im Namen der Partei erschien.

Ist es wirklich so schlecht, wie behauptet, dann trifft nicht bloß den Verfasser, sondern auch den Parteivorstand, ja alle Parteigenossen, die nicht dagegen protestierten, der Vorwurf trassierter Unfähigkeit.

Womit begründet die Genossin Luxemburg ihr vernichtendes Urteil?

Sie erklärt, das Flugblatt sei unter der Kanone, weil darin Aufklärung fehlt über „Das Wesen der Weltpolitik“ und „Die Auseinandersetzung ihres Zusammenhangs mit der hohen Reise des heutigen Kapitalismus“, sowie über die „Weltpolitik als internationale Erscheinung“. Weiter vermißt sie eine Erörterung des Zusammenhangs der Weltpolitik mit der Marokkoaffäre im besonderen, mit der inneren Entwicklung Deutschlands, mit dem Militarismus, Marinismus, mit der Finanz- und Steuerpolitik, mit dem Stillstand und der Reaktion auf sozialpolitischem Gebiet, mit der Unhaltbarkeit der ganzen inneren Lage. „Fügen wir noch hinzu, daß in dem ganzen Flugblatt nicht ein Wort von den Völkern, von den Eingeborenen der Kolonien, von ihren Rechten, Interessen und Leiden infolge der Weltpolitik gesagt wird...“ fügen wir hinzu, daß in dem Flugblatt nicht ein Wort von der beschämenden Lage des deutschen Volkes gesagt wird, das völlig unumwunden der Entscheidung über den Marokkofrage harret, nicht ein Wort von der kläglichen Rolle des Reichstags und der Notwendigkeit seiner Einberufung, nicht ein Wort von dem persönlichen Regiment der Monarchie und seiner Rolle in der Weltpolitik, und schließlich — nicht ein Wort vom Sozialismus und seinen Zielen.

Ein wahres Glück, daß der Raum eines Leitartikels ein beschränkter ist: wie weit hätte man sonst diese Speisefarte noch ausdehnen können! Nichts leichter, als nachzuweisen, daß jede Darstellung unvollkommen ist, die nicht auf den Universalzusammenhang zurückgeht.

In Wirklichkeit würde schon eine einzige der Forderungen der Genossin Luxemburg, etwa die Aufklärung über das Wesen der Weltpolitik und ihres Zusammenhangs mit der heutigen Reise des Kapitalismus allein eine ganze Abhandlung für sich erfordern. Und ebenso jeder andere der Punkte, die sie vermißt, bis zum letzten, Aufklärung über den Sozialismus und seine Ziele.

Aber wahrscheinlich meint es Genossin Luxemburg nicht so, daß das Flugblatt über alle diese Punkte Aufklärung bringen soll. Es soll sie alle nur nennen. Dazu wäre allerdings im Flugblatt zur Rot Platz gewesen, aber welchen Zweck hätte es erreicht? Es wäre dann bloß für Leute verständlich geworden, die unsere Parteiliteratur kennen — und die bedürften seiner nicht. Für einfache Leser, die unsere Parteizeitungen nicht kennen, bliebe es eine Häufung großer, aber unverständlicher Worte.

Aber selbst wenn diese Häufung von Gesichtspunkten in einem kurzen, populären Flugblatt nicht sinnlos, sondern zweckmäßig wäre, bewiese das schon, daß ein Flugblatt anderer Art schlecht sein müßte? Ich setzte meine Aufgabe dahin auf, daß es jetzt gilt, nicht von Weltpolitik und Weltkrieg im allgemeinen zu reden. Wir stehen jetzt vor der Gefahr eines bestimmten Kriegs mit bestimmten Mächten wegen einer bestimmten Art Weltpolitik. Es galt darzustellen, wie diese Situation aus der besonderen Art Weltpolitik entspringt, die hier in Frage kommt.

Nichts wäre leichter gewesen, als im allgemeinen von Weltpolitik und Weltkrieg zu reden. Ich hätte nichts zu tun gebraucht, als die ausgezeichnete Resolution abzuschreiben, die der Mainzer Parteitag über die Weltpolitik angenommen hat und die alles enthält, was prinzipiell darüber zu sagen ist. Es wäre wohl am Platze, auch diese Resolution als Flugblatt zu verbreiten, es wäre dagegen höchst überflüssig von mir gewesen, dieselbe Resolution nochmals zu schreiben. Meine Aufgabe war eine andere.

Wünscht aber die Genossin Luxemburg daneben noch das ideale Flugblatt, von dem sie träumt, glaubt sie, daß es auf die Masse von besonders aufklärender oder begeistender Wirkung sein wird, wenn man ihnen auf zwei Seiten alles und noch einiges dazu rasch andeutet: nun, so möge sie es selber machen.

Meiner Ansicht nach heißt populär sein, nicht Abstraktionen, sondern konkrete Tatsachen vorbringen. Der Vortragende oder Schreibende muß die großen Zusammenhänge sicher alle kennen, er muß sich von dieser Erkenntnis leiten lassen, er kann sie aber, wenn er populär sein will, unmöglich bei jeder Gelegenheit dem Publikum auseinandersetzen. Man kann nicht immer mit Adam und Eva beginnen, man kommt dabei nicht vom Fleck.

Run wendet sich Genossin Luxemburg freilich auch gegen die konkreten Tatsachen, die ich vorbringe. Sie sollen ganz falsch oder schief dargestellt und das Wichtigste übersehen sein, weil ich die ganze Sache auf eine falsche Basis gestellt habe — offenbar wegen Mangels an der nötigen theoretischen Einsicht.

Zwei große Gesichtspunkte setzte ich in meinem Flugblatt auseinander und versuchte sie den Lesern klar zu machen.

Einmal, daß die größte Gefahr in der gegenwärtigen Situation nicht von dem Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland, sondern zwischen England und Deutschland droht, ein Gegensatz, der sich immer mehr verschärft und die Kriegsgefahr zu einer dauernden macht, auch wenn im Augenblick Frankreich und Deutschland sich verständigen sollten.

Widerlegt Genossin Luxemburg diese Anschauung? Sie geht verächtlich darüber hinweg mit den Worten: „Statt die Marokkoaffäre nun als eine Teilerscheinung der internationalen Weltpolitik in großen allgemeinen Zusammenhängen zu fassen, wie es der Titel verspricht, verbohrt sich das Flugblatt in den partiellen Gegensatz zwischen Deutschland und England.“ Das heißt, statt über die Marokkoaffäre einen großen, allgemeinen weltpolitischen Schwefel zu machen, bemühe ich mich, jenen Gegensatz herauszuarbeiten, der die heutige Weltpolitik beherrscht, in dem ihre Tendenzen am anschaulichsten zu Tage treten. Welche Borniertheit!

So rasch Genossin Luxemburg über diesen Punkt hinweggleitet, so lange verweilt sie bei dem anderen, den ich in dem Flugblatt hervorhebe, daß jene besondere Form der Weltpolitik, die als Kolonialpolitik auftritt, für die bestehenden Klassen Englands eine Lebensfrage ist, für die bestehenden Klassen Deutschlands dagegen nur eine Sache des Profits, und das nicht einmal für ihre Gesamtheit. Die Interessen der bestehenden Klassen Deutschlands an der Kolonialpolitik sind vielmehr gespalten. Nur ein Teil zieht aus ihr Profit, ein anderer Teil wird durch sie geschädigt. Wenn jene Schichten, die im Freisinn und im Zentrum vertreten sind, heute trotzdem für die Kolonialpolitik eintreten, geschieht es aus Unwissenheit und Streberei.

Diese Gesichtspunkte erscheinen mir sehr wichtig für das Verständnis der heutigen Sachlage: auf der einen Seite die Geschlossenheit und Entschlossenheit der bestehenden Klassen Englands Deutschland gegenüber, auf der anderen Seite der Zwiespalt innerhalb der bestehenden Klassen Deutschlands und die Auslosigkeit seiner Plottenrüstungen und seiner Kolonialpolitik für seine industrielle Entwidlung und für einen erheblichen Teil seiner bestehenden Klassen.

Je mehr wir uns dieser Sachlage bewußt werden, desto ausdrucksvoller muß der Versuch erscheinen, durch energische Friedensdemonstrationen eine praktische Wirkung auf die deutsche Politik auszuüben. Nichts ist bequemer, aber nichts verführt auch leider mehr zu Fehlern in der praktischen Politik, als wenn man in jeder Situation alle Gegner einfach über einen Kamm schert und die Unterschiede und Gegensätze unter ihnen nicht beachtet. Marx und Engels haben sich gegen dieses geistlose Schablonisieren stets gewandt, und wie in anderer Beziehung habe ich auch in dieser Beziehung von ihnen gelernt.

Nun mag Genossin Luxemburg anderer Meinung sein und die meine kritisieren, das ist ihr gutes Recht. Aber es fällt ihr gar nicht ein, das zu kritisieren, was ich gesagt. Dazu ist es wohl zu einwandfrei. Da aber heruntergerissen sein muß, schiebt sie mir einfach Dinge unter, die ich nie gesagt. Ich erkläre, die Kolonialpolitik ist eine Lebensfrage für die bestehenden Klassen Englands, nicht aber für die Deutschlands, für welche „diese Art Weltpolitik“ nicht erforderlich sei. In Deutschland habe nur ein Teil der bestehenden Klassen ein wirkliches Interesse an der Kolonialpolitik. Einen anderen Teil schädige sie.

Genossin Luxemburg macht keine Miene, das zu bestreiten. Es würde ihr auch schwer fallen. Um die lächerliche Unwissenheit des Parteiflugblatts zu erweisen, hat sie ein viel einfacheres Mittel. Das Flugblatt spricht von einem Teil der bestehenden Klassen Deutschlands — und unter den „bestehenden Klassen“ sind alle Klassen der Gesellschaft zu verstehen, mit Ausnahme des Proletariats, also nicht bloß Kapitalisten, sondern auch Kleinbürger. Aus dem Teil der bestehenden Klassen Deutschlands macht sie einfach die Gesamtheit der bestehenden Klassen aller Länder, die kapitalistische Gesellschaft, und aus „dieser Art Weltpolitik“, der Kolonialpolitik, macht sie jede Art Weltpolitik. Durch dieses probate Verfahren verwandelt sie Sinn in Unsinn:

„Das Flugblatt müht sich die ganze Zeit ab, die Weltpolitik als eine Sinnlosigkeit, einen Witz auch vom Standpunkt der kapitalistischen Gesellschaft hinzustellen...“ Von diesem originellen Einfall geleitet, sucht das Flugblatt auf Schritt und Tritt zu beweisen, daß die Welt- und Kolonialpolitik auch für die bestehenden Klassen gar kein Gewinn, vielmehr eine Last wäre.

Nach dieser Methode geht die ganze Kritik des Flugblattes vor sich. Überall wird unbedingt verallgemeinert, was ich bebingt nur für besondere Gruppen innerhalb der bürgerlichen Welt sage und damit das, was ich betone, nicht nur nicht zur Darstellung gebracht, sondern zur Sinnlosigkeit entstellt. Dafür noch ein Beispiel.

Ich spreche von den Politikern des Freisinn und des Zentrums und sage:

„Den Krieg gegen England wollen freilich diese bürgerlichen Politiker nicht. Angstlich sind sie für den Frieden besorgt. Und selbst unter den Konservativen und National-Liberalen dürfte die Zahl der gewissenlosen Kurzsinnen gering sein, die nach dem Krieg verlangen. Das beweist aber bloß die Dalklosigkeit ihrer Politik: Sie schrecken vor den unvermeidlichen Konsequenzen ihres eigenen Tuns zurück und zernern doch gegen die Sozialdemokratie, die sich diesem Tun widersetzt. Sie wünschen den Frieden, verabscheuen den Krieg und fördern und fordern doch eine Politik, die notwendigerweise zum Kriege führt, wenn nicht die Sozialdemokratie haben und drüben stark genug ist, den Krieg zu verhindern.“

Auch dagegen weiß Genossin Luxemburg nichts vorzubringen. Aber sie weiß auch hier Sinn in Unsinn zu verwandeln, indem sie diesen Passus in der Weise erwähnt, daß sie mir zuerst unterstellt, ich konstatiere eine Interessensharmonie zwischen dem Proletariat und der Masse der bestehenden Klassen, und dann fortfährt:

„Um diese phantastische Interessensharmonie zu beweisen, versteigt sich das Flugblatt dazu, von den bürgerlichen Klassen zu behaupten, sie seien gar nicht kriegerisch-patriotisch, sie seien ängstlich für den Frieden besorgt.“

Aus den freisinnigen Politikern wird im Handumdrehen die Gesamtheit der bürgerlichen Klassen“, und die Behauptung, auch die Freisinnigen wünschten wohl in Worten den Frieden, förderten aber durch ihre praktische Politik den Krieg, wandelt sich durch den Zauberstab unserer wunderwirkenden See in die Behauptung, in der Gesamtheit der bürgerlichen Klassen sei von Kriegspatriotismus nichts zu merken.

Aber auch mit diesen Leistungen zur Entstellung des Parteiflugblatts ist sie nicht zufrieden. Ihr Ehrgeiz verlangt mehr. Sie weist darauf hin,

„daß das Flugblatt mehrmals von der „glänzenden englischen Kolonialpolitik“ spricht, ohne den periodischen Hungerstypus der Indier, die Ausrottung der Eingeborenen Australiens, die Rhiperpeitsche auf dem Rücken der ägyptischen Fellahs zu erwähnen“.

Wer das so liest, muß glauben, daß das Flugblatt die englische Kolonialpolitik vom sozialistischen Standpunkt aus für glänzend und befriedigend erklärt und ganz vergißt, wie sie die Eingeborenen mißhandelt.

In Wirklichkeit spricht das Flugblatt nicht nur nicht mehrmals, sondern gar nicht von der „glänzenden englischen Kolonialpolitik“. Sondern es spricht davon, daß die Kolonialpolitik Englands „eine unerhört gewinnreiche war“, daß „der reiche Gewinn aus den Kolonien“ die Klassenengegenseite milderte; es spricht endlich von dem „Reichtum“, den England im 18. und 19. Jahrhundert aus kolonialem Besitz zog, und in diesem Zusammenhang gebraucht es einmal das Wort von den „glänzenden Ergebnissen der englischen Kolonialpolitik“. Niemand, der das Flugblatt im Zusammenhang liest, kann im geringsten im Zweifel sein, daß unter den glänzenden Ergebnissen der Reichtum verstanden ist, der England durch die Kolonialpolitik erwuchs. Ich wies darauf hin, um begreiflich zu machen, warum die bestehenden Klassen Englands mit solcher Zähigkeit an ihrem Kolonialbesitz hängen. In diesem Zusammenhang auf die Mißhandlung der Eingeborenen hinzuweisen, wäre nicht nur überflüssig, sondern direkt sinnlos gewesen. Das weiß Rosa Luxemburg so gut wie ich, aber es ergibt eine so schöne Verdächtigung, wenn man mich einfach die englische Kolonialpolitik preisen läßt, ohne daß ich ihrer Schattenseiten gedenke.

Das gleiche Manöver wiederholt sie an anderer Stelle. Um zu zeigen, daß die Interessen der bestehenden Klassen Deutschlands an der Kolonialpolitik andere seien, als die Englands, weist das Flugblatt darauf hin, daß die deutschen Kolonien ein schlechtes Geschäft sogar für die Mehrheit der bestehenden Klassen darstellten. Das kann natürlich Rosa Luxemburg ebensowenig bestreiten, wie irgendeine andere meiner Behauptungen — das heißt eine meiner wirklichen Behauptungen, nicht das, was sie daraus zurechnet. Trotzdem versteht sie es, mich wegen dieses Hinweises zu hängen. Sie erklärt:

„Es wird hier nur mit dem abgebrauchten Schema gearbeitet, wonach die Kolonialpolitik ein schlechtes Geschäft für alle sei. Danach bekämpfen wir die Kolonialpolitik nur, weil sie nichts einbringt.“

Also wer einmal nur davon spricht, daß die Kolonialpolitik ein schlechtes Geschäft sei, der sagt damit auch, daß wir die Kolonialpolitik nur deshalb bekämpfen, weil sie ein schlechtes Geschäft ist!

Welch Waisenknecht im Verdächtigen ist doch Basilio gegen Rosa Luxemburg.

Selbst wenn in dem ganzen Flugblatt nirgends die Kolonialpolitik aus einem anderen Grunde verworfen würde, als aus dem ihrer Unergiebigkeit, wäre es eine leichtfertige Verdächtigung gewesen, dem Flugblatt unterzuschreiben, daß es die Kolonialpolitik im Gegensatz zu den Resolutionen unserer Parteitage und internationalen Kongresse einzig und allein aus diesem Grunde bekämpfe.

Run befindet sich aber zufälligerweise im Flugblatt selbst ein Absatz, der das Gegenteil bezug. Es konstatiert nämlich, daß selbst in England, dessen Kolonialpolitik so profitabel ist, ein Gegensatz besteht zwischen den Besitzenden, die ein Interesse an ihr haben, und den Arbeitern, die an ihrem Zusammenbruch interessiert sind. Rosa Luxemburg aber hat die Stirn, mir zu unterzeichnen, ich bekämpfe die Kolonialpolitik nur dort, wo sie nichts einbringt.

Höher geht nicht mehr, und so ist man ganz zufrieden, wenn Genossin Luxemburg sich den Beweis für alle die „historischen Schiefheiten“ schenkt, die sie im Flugblatt entdeckt haben will und ohne jeden Beweis erklärt, diese Schiefheiten bewiesen eine solche Unwissenheit, daß sie sich dadurch kompromittiert fühle und „unwillkürlich verlegen“ werde.

Welch verschämte Verlegenheit (ich bitte den Druckfehlerteufel, ja nicht zu sehen: Verlogenheit!)

Indes ist die Sache zu ernst, sie scherzhaft zu nehmen. Mir persönlich kann es sehr gleichgültig sein, was Rosa Luxemburg über mich schreibt. Ich darf erwarten, daß man mich nach meinen Leistungen beurteilt und nicht nach dem, was Genossin Luxemburg als solche darstellt. Mit der Kolonialfrage speziell beschäftige ich mich seit dreißig Jahren, ich habe in ihr seit jeher den gleichen Standpunkt vertreten. Alle die theoretischen Zusammenhänge, die Genossin Luxemburg hier vermißt, habe ich seit Jahrzehnten in größeren Abhandlungen und Broschüren entwickelt und ich darf annehmen, daß auch Rosa Luxemburg nicht wenig von dem, was sie heute darüber weiß, von mir gelernt hat.

Ich könnte also ruhig an ihrer Kritik vorübergehen. Aber das Flugblatt erschien nicht in meinem Namen, sondern im Namen der Partei. Die Partei hat es ohne Widerspruch akzeptiert, und auch Rosa Luxemburg macht dafür nicht bloß die Person des Verfassers verantwortlich, sondern benutzte es als Beweis dafür, „daß die Marokkofrage und die Weltpolitik noch in unseren Reihen einer Klärung bedürfen“.

In Wirklichkeit bewiese ihre Kritik, wenn sie berechtigt wäre, noch weit mehr und schlimmeres. Wenn ihre Darstellung des Flugblattes der Wahrheit entzöge, dann wäre es so entsetzlich konfus, unzulänglich und unsozialistisch, daß es eine erschreckende Verworfenheit der Partei bedeutete, wenn es nicht einstimmig abgelehnt worden wäre.

Niemals bedurfte unsere Partei mehr des allgemeinen Ansehens, mehr der allgemeinen Zuechtung in ihre Klarheit und Geschlossenheit, wie jetzt, und nie verdiente sie sie mehr. In keiner Frage seit dem Fall des Sozialistengesetzes ist unsere Partei so einmütig gewesen, wie jetzt in der Frage des Krieges und der Kolonialpolitik. Nirgendes treten wirkliche prinzipielle oder taktische Differenzen zutage, sondern höchstens Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Details. Man wünscht etwa beim Vorstand mehr Energie und größere Raschheit in der Anregung der Protestbewegung. Man mag auch mein Flugblatt kritisieren, finden, es solle mehr agitatorisch sein, weniger lehrhaft, oder es solle den einen oder anderen Punkt noch enthalten: Solche Kritik ist am Platze und fördert nur die Sache.

Aber wenn man seinen ganzen Scharfsinn dazu aufwendet, um Rundgebungen der Partei in einer Weise zu entstellen und grundlos zu verdächtigen, daß die Welt den Eindruck erhält, jetzt, in dieser entscheidenden Krise versage die Partei vollständig, zeige sie sich völlig hilflos und unfähig und verleugne sie ihre Grundsätze — wenn man ohne jede Veranlassung solche unwahre Kritik übt in solchem Moment, dann verübt man sich auf das frevelhafteste gegen das Wohl der Partei.

Provinzialkonferenz für die Provinz Brandenburg.

Am festlich geschmückten Saale des Gewerkschaftshauses wurde am Sonntag die Konferenz abgehalten. — Nachdem der Arbeiter-Gesangverein „Vierteltel West“ durch Vortrag von proletarischen Kampfliedern eine stimmungsvolle Einleitung gegeben hatte, eröffnete Genosse Juch die Konferenz, indem er die Delegierten begrüßte und den Arbeiten, die besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen von größter Wichtigkeit seien, guten Erfolg wünschte. Auch den verstorbenen Genossen Singer und Vorkmann widmete der Redner einen ehrenden Nachruf, den die Anwesenden stehend anhörten.

Mit der Leitung der Verhandlungen wurden betraut: Als erster Vorsitzender Juch, als zweiter Vorsitzender Sydow - Brandenburg, als Schriftführer Sydow - Kottbus. — Ferner wurde eine Mandatsprüfungskommission gewählt. — Den

Geschäftsbericht des Zentralvorstandes

erstattete Wels. Er führte u. a. aus: Die auf der vorigen Konferenz ausgesprochene Hoffnung, daß wir in diesem Jahre noch in den Reichstagswahlen eintreten würden, hat sich nicht erfüllt. Aber auch ohne den Agitation so reichhaltig, daß wir das Aufstreben der Wahl nicht bedauern brauchen. Die Fehler und Ungeheuerlichkeiten der Regierung gaben uns eine Fülle von Agitationsstoff. Diese Erregung benutzte sich selbst der bürgerlichen Kreise infolge der Königsberger Kaiserrede, die das persönliche Regiment proklamierte und die Frauen ermahnte, sich von der Politik fernzuhalten. In zahlreichen Versammlungen protestierte die Bevölkerung gegen diese Ausrufungen. In vielen Versammlungen verlangte das Volk die Öffnung der Grenzen, damit der allgemeinen Fleischsteuerung entgegengetreten werde. Auch sonst gaben uns die Wirkungen der Reichsfinanzreform Anlaß zur Abhaltung zahlreicher Versammlungen. In fast allen Städten der Provinz wurden Protestversammlungen abgehalten, die sich gegen die Haltung der Regierung und der bürgerlichen Parteien bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wandten. Diese Versammlungen ließen leider den Massenbesuch vermissen, der notwendig gewesen wäre, um Einbruch auf die Gegner zu machen und die Forderungen unserer Parteigenossen in Reichstagswochen zu unterstützen. — Der Wahlrechtskampf in Preußen ist ebenfalls in einer Reihe von Versammlungen gefördert worden. — Die Vorgänge in Moabit, die von den Gegnern zur Ausgabe einer Wahlparole benutzt werden sollten, machten es notwendig, die Bevölkerung über den wahren Sachverhalt aufzuklären. Wir taten das in Flugblättern und Versammlungen. Der Moabit-Prozess gestaltete sich zu einer Anklage gegen die Polizei. Der neueste Erlass des Polizeipräsidenten v. Jagow, monach Schulleute, welche zu spät schliessen, bestraft werden, eröffnete eigenartige Ausfälle für läufige Demonstrationen. Wenn Herr v. Jagow glaubt, er könne durch diesen Erlass die Demonstrationen und den Wagemut der Arbeiterschaft beeinflussen, dann hat er die Rechnung ohne den Wirt gemacht. — Auch der Frauenagitation wandten wir in diesem Jahre unsere besondere Aufmerksamkeit zu. Anlässlich des Frauentages im März wurden mit Unterstützung des Frauenbundes 35 Versammlungen abgehalten, die ein zufriedenstellendes Resultat brachten.

Schwere Arbeit wurde der Organisation verursacht durch die Nachwahl in Frankfurt-Rebus. Der Ausgang der Wahl ist bekannt. Nach heftigen Kämpfen hat unser Genosse Jaber den Sieg davongetragen. Sie wissen, Parteigenossen, welche Hoffnungen die Gegner auf diesen Wahlkampf setzten und wie durch deren Vorgehen unsere Energie verdoppelt wurde, um den Nationalliberalen den Sieg zu entreißen. Was uns einzig und allein unseren schönen Sieg verschafft hat, das ist der Ausbau unserer Organisation in den größeren Städten des Kreises. Gerade dieser Wahlkampf lehrte uns, wie notwendig es ist, daß wir in allen größeren Städten unsere Organisation ausbauen und festigen. Bei der Hauptwahl in Frankfurt-Rebus haben wir die Erfahrung machen müssen, daß der Apparat, der den Gegnern für den Schlepplisten zur Verfügung stand, viel besser funktionierte als der unsere. Wir haben deshalb für die Stichwahl einen besseren Schlepplisten vorbereitet, und der Erfolg hat sich darin gezeigt, daß sich die bei der Hauptwahl für uns abgegebenen Stimmen in der Stichwahl bedeutend vermehrten. Es muß unsere Aufgabe sein, mit den Wählern nicht erst kurz vor der Wahl in Verbindung zu treten, sondern schon lange vorher Fühlung zu suchen. In den größeren Städten müßten wir womöglich für jedes Haus einen Vertrauensmann haben, der die Leute kennt und die ständigen Wähler schon vor der Wahl in unserem Sinne beeinflusst. Hand in Hand damit muß die Bildung von Kommissionen für die Landstädte gehen. So muß es gelingen, daß bei der Landagitation für dieselben Orte immer dieselben Personen zur Verfügung stehen. Dadurch kommen wir zu einer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse und der Einwohner, die uns bei unserer Agitation und bei den Wahlen von großem Nutzen ist. Den Berliner Genossen, die schon viel getan zu haben glauben, wenn sie einige Häuser mit Flugblättern besetzen, möchte ich als Beispiel die tätigen Genossen in der Provinz vorhalten. Touren, wo der einzelne 20-30 Kilometer im Tage zurückzulegen hat, bilden die Regel. Nicht selten werden auch 40, 50, ja 80 Kilometer per Rad oder Bahn bei Flugblatt-

verbreitungen an einem Tage zurückgelegt. — Der angegebene Ausbau der Organisation hat uns in Frankfurt-Rebus den Sieg gebracht. Es ist notwendig, daß wir auch in den anderen Kreisen in derselben Weise arbeiten und schon recht bald damit anfangen, denn es ist nicht mehr lange hin bis zur Reichstagswahl. — Unsere Gegner sind durch unsere Erfolge genötigt. Sie entfalten eine intensive Arbeit. Die Nationalliberalen und Freisinnigen haben bereits die Kreise der Provinz unter sich verteilt und sich zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden. Es ist sicher, daß die Nationalliberalen auf die Stimmen der Freisinnigen rechnen können. Wir müssen deshalb unseren Wahlkampf sobald wie möglich beginnen und die Wahlarbeit intensiv betreiben. Unsere Beteiligung an den Gemeindevahlen hat uns eine Steigerung unserer Stimmen und eine Vermehrung unserer Mandate gebracht. Wir können sogar sagen, daß wir in der Provinz Brandenburg einen von der Regierung besetzten Gemeindevahlen haben. Das spricht nicht gegen den betreffenden Genossen, denn er hat der Regierung oft genug tüchtig eingeschlagen. Doch ich glaube nicht, daß diese Besetzung eine Umkehr der Regierung zum Besseren ist. Wenn die Regierung den „Fehler“ bemerkt, wird sie ihn wieder gut zu machen suchen. Wir werden natürlich auch ohne Anerkennung der Regierung unsere Kämpfe zu führen wissen.

Eine notwendige Voraussetzung für die Ausübung des Landtags- und Gemeindevahlrechts ist die Erwerbung des preussischen Staatsbürgerrechts. Die Agitation dafür muß energischer wie bisher betrieben werden. Wir haben zu diesem Zwecke eine Broschüre herausgegeben. Die Gauleiter der Gewerkschaften haben uns versprochen, auch in den Gewerkschaften für die Erwerbung des Staatsbürgerrechts zu wirken. — In einer Reihe von Städten wird die Ausübung des Gemeindevahlrechts abhängig gemacht von der Zahlung eines Bürgerrechtsgeldes. Um zu ermitteln, in welchen Städten das der Fall ist, haben wir Fragebogen herausgegeben und Antworten darauf aus 123 Städten erhalten. Aus diesen Angaben geht hervor, daß viele Gemeinden ein Bürgerrechtsgeld nicht erhoben haben, so lange sich die Sozialdemokratie nicht an den Wahlen beteiligte. Sobald sich unsere Parteigenossen mit Erfolg an den Gemeindevahlen beteiligten, wurde in den betreffenden Städten die Erhebung von Bürgerrechtsgeld beschlossen. Das geschah beispielsweise in Veitshagen. In dort verlangte man das Bürgerrechtsgeld sogar von den Einwohnern, die es vor Jahren, als es schon einmal bestand, bezahlt hatten. In Järnschwalde haben unsere Genossen seit der Beseitigung des Bürgerrechtsgeldes großen Einfluß in der Stadtverordnetenversammlung. In Trebbin haben unsere Genossen mehrmals, doch bis jetzt vergebens, die Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes gefordert. Auch in Kottbus ist die Abschaffung nicht gelungen. Der dortige Magistrat erklärte, er könne auf die 6000 M. betragenden Einnahmen aus den Bürgerrechtsgeldern nicht verzichten. Diese Begründung kann natürlich nicht ernst genommen werden. Man will eben die Vertreter der Arbeiterschaft aus dem Stadtparlament fernhalten. Zufällig haben wir denn auch nur einen sozialdemokratischen Stadtverordneten in dem von Arbeitern so stark bevölkerten Kottbus. In 82 Städten der Provinz wird Bürgerrechtsgeld erhoben. In 45 derselben ist es für alle gleich, in 34 Städten wird es nach der Wählerklasse oder nach der Steuerhöhe des Verheirateten erhoben. In manchen Orten verlangt man Bürgerrechtsgeld nur von Eingekessenen und selbständigen Gewerbetreibenden. Die Höhe des Bürgerrechtsgeldes beträgt im allgemeinen 16-18 M., manchmal aber auch 30, ja 45 M. In Freiental werden 1-12 M. erhoben. Eine Bearbeitung des Ergebnisses der Fragebogen soll demnächst veröffentlicht werden. Die Parteigenossen müssen die Angelegenheit des Bürgerrechtsgeldes in den Versammlungen besprechen und dahin wirken, daß in den Gemeindevahlen Anträge auf Beseitigung desselben gestellt werden.

Das Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften ist ein ganz erfreuliches gewesen. Es ist ausgeschlossen, daß hierin ein Mißton eintreten könnte. In den Bezirken, wo es der Arbeiterbewegung schwer ist, Fuß zu fassen, wird die Agitation für Partei und Gewerkschaft gemeinsam betrieben in der Weise, daß die Arbeiter im Hause besucht werden, um sie durch persönliche Vorstellungen für die Gewerkschaft ihres Berufs und für die Partei zu gewinnen. Diese Hausagitation wird an bestimmten Orten zu bestimmten Zeiten betrieben. Davon sind auch für die Reichstagswahlen außerordentliche Erfolge zu erwarten. — Der Weisener-Bezirksfonds wird von Partei und Gewerkschaft gemeinsam verwaltet. Er beläuft sich auf 6500 M. und ist nur wenig in Anspruch genommen worden. Die Arbeiten für Erziehung und Bildung der Jugend werden auch von Partei und Gewerkschaft gemeinsam betrieben. Ein Bildungsausschuß für die Provinz ist ins Leben gerufen.

Viel Arbeit hat dem Zentralvorstand das Ausschlußverfahren verursacht. 50 Ausschlußanträge waren zu erledigen. 30 davon richteten sich gegen „Viertelwest“, „Märk. Volkstz.“ und der „Brandenburger Zeitung“, die entgegen dem Rürnberger Parteitagbeschlusse ihren Tagesdienst nicht an den Rürnbergs zahlten. Da diese Verweigerung schon vor zwei Jahren erfolgte, so liegt ein behördlicher Verstoß gegen einen Parteitagbeschlusse und damit die Voraussetzung des Ausschlusses vor, der denn auch beschlossen worden ist. Es kann hier natürlich nicht Stellung genommen werden zu dem Rürnberger Beschlusse, aber so lange er besteht, muß er unbedingt befolgt werden. Da die ausgeschlossenen Verurteilung eingeleitet haben, so hat sich der Parteitag mit der Angelegenheit zu beschäftigen und kann also erneut zu dem Rürnberger Beschlusse Stellung nehmen.

Der Berliner Wähler mit Erfolg gegebener Sachen („Rimon de l'Enclou“ und „Summur“) versucht sich diesmal an einem Stoffe aus der blutigen römischen Kaiserzeit, die ebendieser der Lieblingsthemelplay für jambenscheidende Tragödiendichter war. Nicht die Gelegenheiten zu pathetischen Deklamationen — die Fülle satirischer Kontraste, die sich in dieser aus den Zügen geratener Welt zur höchsten Steigerung entfalten kann, zieht ihn an. Einen plumpen Genähling, einen Fresser, der seine gemästete Leibeslast nicht mehr fortzuschleppen vermag, einen Thunmächtigen, Entorteten, dem aber seine ungezählten Millionen die Macht geben, das Römervolk durch Kaufauf der Besten auszuwahren und selbst Kaiser zu werden, will er auf diesen Hintergrund zeichnen, die wahnsinnige Verherrlichung aller natürlichen Verhältnisse durch die brutale kapitalistische Gewalt in framponten Bildern symbolisieren. Er stellt seinen Feldern als einen Weichling dar, der aus Bequemlichkeit auch die Bluttaten, die am ihn her im Schwange sind, nicht mitmacht, als einen Spielball in den Händen anderer, als einen halbdrolligen Idioten, der jedes Augenmaß verlierend hilflos und wehrlos ins Verderben tolt. So wird allerdings im Rahmen der Satire die Ironie zum Stimmung gebenden Moment. Der Mann der allgewaltigen Millionen erscheint weniger als Verderber, wie als das Opfer seines eigenen Reichthums — ein armer Tropf, der hier und da in seiner Not etwas wie Mitleid auskommen läßt.

Doch wenn die Absichten des Interesses nicht entbehren, die dramatische Verflechtung des Stoffes gelang nur in geringem Maße. Der römische Senator Didius Julianus, der nach des Verimag's Ermordung für kurze Zeit Imperator wird, ist wohl die einzige Figur von individueller Prägung. Doch dieser Typus geistlos größter Reichthums erschöpft sich hier in einigen wenigen Wesenszügen, in deren Entfaltung die später wechselnden Figuren fehlen. Alle übrigen Personen, wie die verwiderten Intrigier, die den Schein von Handlung und Bewegung erzeugen sollen, kommen über einen blutigen leeren Schematismus nicht hinaus.

Eine glänzende Leistung war Wegeners fetter Caesar. Er gab den animalischen Instinkten dieser trägen Fleischmassen einen trefflicheren Ausdruck und dämpfte bei allem Naturalismus die Widerwärtigkeit durch einen Einschlag kindlich-indischer Romik, die noch in dem Jammer um den Tod der Geliebten nachklang, ab. Die Verleugung der weiblichen Rollen ließ zu wünschen übrig. dt.

Humor und Satire.

Sichere Hilfe.

Sunger, Schwindacht, Rot und Krotfeln fürchtet der besüßte Christ,

Die Wahlagitaktion, in die wir eintreten, wird unsere Organisation so geschlossen und festgelegt haben wie bei früheren Wahlen. Unsere Flugblatt-Zentralstelle wird uns dabei unterstützen. Wenn jetzt die bekannten Flugblätter des Reichsverbandes verbreitet werden, dann brauchen die Parteigenossen und nur die Nummer des betreffenden Blattes mitzutheilen und sie bekommen ein Flugblatt mit derselben Ueberschrift, worin das Flugblatt des Reichsverbandes widerlegt wird. Die Parteigenossen mögen von dieser Einrichtung Gebrauch machen.

Daß die bürgerliche Presse für den Wahlkampf besonders ausgebildet werden würde, war zu erwarten. Ein von konservativer Seite angelegtes Blatt wird im Wahlkampf eine führende Rolle spielen. Das Blatt führt den Titel „Brandenburgische Landeszeitung“ und ist amtliches Publikationsorgan. Die dies Blatt in die Agitation eingreifen wird, davon kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man einen Blick in eine Nummer desselben wirft. Da wird ausgeführt, daß ein Landarbeiter bei einem Jahreseinkommen von 1121 M. 46 M., ein anderer, der 1530 M. einnahm, sogar 201 M. erübrigt hat. Das Blatt will damit beweisen, wie gut es die Landarbeiter haben und daß sie besser dastehen, wie die Industriearbeiter. — Wie die Lage der Landarbeiter in Wirklichkeit beschaffen ist, dafür zeugen zahlreiche Aufschreie, die wir häufig von Landarbeitern erhalten. Der Redner verlas einen solchen Brief, der kürzlich eingegangen ist. Der Arbeiter schreibt unter anderem, er habe seit dem 8. Januar auf einem Gute in Arbeit gestanden. Die ihm zugewiesene Wohnung sei so schlecht wie ein Schweinestall. Der Tagelohn betrage im Winter 1,25 M., im Sommer 1,50 M., bei einer Arbeitszeit von 1/8 Uhr morgens bis 1/8 Uhr abends. Es bestehe eine vierteljährliche Kündigung. Als er, der Arbeiter, gekündigt hatte, habe ihn der Gutbesitzer schon drei Tage nach der Kündigung aus der Wohnung gewiesen und ihn sofort entlassen. 10 M. habe der Arbeiter noch an Lohn zu fordern gehabt. Davon habe der Gutbesitzer 6 M. abgezogen, weil für die Frau des Arbeiters eine Hebamme geholt werden mußte. Auf vier Stellen habe er andere Arbeit bekommen können, doch der Gutbesitzer habe dafür gesorgt, daß er nicht angenommen worden sei. So habe er mit seiner Frau und sechs Kindern unter freiem Himmel zubringen müssen.

Das ist eine Stimme aus Landarbeiterkreisen — sagte der Redner — und ich könnte noch viele ähnliche Fälle anführen, wo sich Leute in ihrer Not an die Sozialdemokratie um Rat wenden. Die „Brandenburgische Landeszeitung“ mag schreiben was sie will. Die tatsächlichen Verhältnisse zeigen, daß die bürgerliche Gesellschaft an ihren eigenen Fehlern zugrunde gehen muß. Bei den Wahlen werden wir dafür sorgen, daß der Zusammenbruch beschleunigt und Raum für die sozialistische Gesellschaft geschaffen wird. (Beifall.)

In der Diskussion führte Brückner Beispiele dafür an, wie den Parteigenossen auf dem Lande die Rede- und Versammlungsfreiheit beeinträchtigt wird. Der Verwandte auf dem Lande hat, der möge deren Adressen angeben, damit wir uns in solchen Orten, wo keine Versammlungen abgehalten werden können, persönlich an die Betroffenen wenden.

Damit war die Diskussion erschöpft. Die Sekretäre wurden einstimmig entlassen und der nachstehende Antrag S u b e n - L ä d e n angenommen:

Das Provinzialsekretariat wird beauftragt, eine Liste der in den Wahlkreisen der Provinz wohnhaften, zu Referenten geeigneten Genossen aufzustellen.

Desgleichen wird das Provinzialsekretariat beauftragt, eine Liste zuverlässiger Parteigenossen aufzustellen, die als Diskussionsredner in gegnerischen Versammlungen den Standpunkt der Sozialdemokratie vertreten können.

Nach der Mittagspause gab Schuber - Spandau den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 119 Delegierte anwesend und zwar 63 (darunter 3 weiblich) aus den 18 Provinzbezirken, 24 (darunter 3 weiblich) aus den Berliner Kreisen, außerdem die Funktionäre, Abgeordneten und Vertreter der Parteipresse.

Darauf sprach Genosse P f a n n k u c h über die Reichstagswahl.

Nach einem längeren historischen Rückblick auf die politische Entwicklung in Deutschland, dem ungeheuren Anwachsen der Militärlasten und der volksauszehrenden Steuerpolitik führte der Redner aus: Wir stehen jetzt vor der Frage, entweder weiter geschädigt zu werden, oder einen Reichstag zusammenzubringen, der die Pläne der Reaktion zunichte macht, der es verhindert, daß die verbrecherischen Absichten der Großindustriellen, das Koalitionsrecht zu vernichten und die Verbesserung der Lage der Arbeiter zu verhindern, ausgeführt werden. Auf der anderen Seite müssen unsere politischen Rechte so ausgebildet werden, daß die Möglichkeit eines weiteren kulturellen Fortschrittes gegeben ist. Das Kampffeld, auf dem wir uns befinden, ist vollkommen klar. In Wirklichkeit haben wir kein gleiches Wahlrecht, denn es gibt Wahlkreise, die nach der Bevölkerungszahl drei, vier, fünf, ja sechs Abgeordnete wählen müßten, während andere Kreise kaum zwei Drittel der gesetzlich erforderlichen Einwohnerzahl haben. Wir haben also neben der Forderung des Proporzwahlrechts eine neue Wahlkreiseinteilung zu verlangen. Wir haben in Berlin und der Provinz Brandenburg 20 Wahlkreise. Davon sind 8 sozialdemokratisch, 14 konservativ, davon einer mit antisemitischer Couleur, 3 nationalliberal und freisinnig vertreten

Da die Aussicht auf Kartoffeln Leider sehr verdunkelt ist.

Darum blüht du gar so düster, Liebe Seele? Amne frei! Sieh nur: alle Staatsminister Denken, wie zu helfen sei.

Welch, ihr Sorgen! Nummer, Mühe! Wenn man sich da oben rühet, Sind die größten Anstößlinge Ohne weiteres garantiert.

Katalösk (im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Ein flagernder Jensor. Herr von Glasenapp, dem das Amt des Jensors, sowie die Oberaufsicht über den Gewerbebetrieb der Theaterleiter obliegt, hat gegen ein Berliner Montagsblatt Strafantrag wegen Verleumdung gestellt, weil ihm vorgeworfen wurde, er habe verschiedene SchauspielereInnen unter Hinweis auf seine berufliche Stellung um Stellbitteln gebeten, die ihm angeblich auch gewährt worden seien. Solche Sommermärchen zu glauben, fällt schon allein im Hinblick auf die harmlose Briefaffäre des Polizeipräsidenten von Jagow schwer. Aber der Prozeß verpflichtet manderlei interessante Blicke hinter die Kulissen gewisser Schieber und Geschöbener.

— Die Festspielische und Freilicht-Theatererei am ganzen Rhein wie anderwärts wird bereits auch von denen, die liberaler mitrummeln, zum wenigsten „mitten mang“ sein müssen, als ekelhaft empfunden. Es gibt schon bald kein Rönchen und keine Klosterchronik mehr — der „patriotischen“ und „nationalen“ Festspiele ganz zu geschweigen —, die nicht in Schauerdramen umgeformt worden sind. Anlässlich soll's im alten Kloster Heisterbach (Siebengebirge) sogar Wagner'sche Musikdramen, deutsche Dramen und Marionettenspiele teilweise in englischer Sprache geben. Die Kapitalisten wissen eben nicht mehr, wohin mit dem Mammon.

— Cesare Lombroso, dem Begründer der sogenannten kriminellen Anthropologie wird seine Vaterstadt ein Denkmal setzen. Obgleich dies als ein Nationaldenkmal gedacht gewesen ist, hat es sich gezeigt, daß die ganze Gegend nicht nur in Europa, sondern auch darüber hinaus an diesem Unternehmen beteiligt sein will: in Nord- und Südamerika sowohl als in Japan. Der Rat von Verona hat das Denkmal bereits in Auftrag gegeben, und zwar an einen der besten italienischen Bildhauer Leonardo Bistoff, den Schöpfer des Segantini-Monuments.

Kleines feuilleton.

Neue Dinosaurierfunde. Abermals, wie bereits im vorigen Jahre, sind in der an der Straße von Halberstadt nach Quedlinburg gelegenen Tongruhe der Baerederischen Ziegelei gleich zwei tierische Leichen der Urwelt ausgegraben worden. Wie in einem Hockergrab liegt das ganz vorzüglich erhaltene Skelett des einen Sauriers im Ton gebettet; der Lehm des Erdreichs hat das Knochengewebe des Geschöpfes, das eine Länge von 8 Meter gehabt haben mag, so vollständig durchdrungen, daß er direkt an Stelle des Knochenmarks getreten ist. Aber nicht nur vom Skelett ist ein großer Zell erhalten, auch die Muskeln und sogar die Adern sind deutlich im Erdreich abgedrückt, so daß es sich ermöglicht, von der äußeren Form dieses Sauriers eine genaue, nicht mehr auf Annahmen und Rückschlüsse gestützte Vorstellung, ein Bild von untrüglicher Klarheit zu gewinnen. Diese Riesenschnecke war ungeheuer dick und plump und stützte sich auf ein breites Becken mit schwerfälligen Hinterbeinen und einem langen Schwanz. Der verhältnismäßig sehr kleine Kopf sah an einem langen Hals. Der Gang des Untiers, das, wie die meisten Saurier, ein Kriechgeschlecht war, muß nach dem ganzen Körperbau watscheln und langsam sein. Interessant ist der Vergleich dieses Skeletts mit dem an der östlichen Seite der Grube, an einer weit höheren Stelle gemachten Fund. Auch dort liegt ein Dinosaurius von gewaltigen Körpermaßen, bei dem das Becken mit den mächtigen Schenkelbeinen, das Rückenbecken, die Rückenknorpel (Saccra genannt) sowie die Gliedmaßen und Halswirbel sehr gut erhalten sind. Nach der Lage des Skeletts ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Geschöpf, als es vom Untergang überrollt ward, auf die rechte Seite fiel und infolge des Mißverhältnisses seines Körpers ein Bein drückte. Auch sonst sind in jüngster Zeit im Sande der so überaus reichhaltigen Grube in recht geringer Tiefe, wenig über einen Meter, wertvolle Funde jüngerer Dinosaurier gemacht worden, darunter respektable Zähne von Krokodilen, Knochen von solchen, Zähne kleinerer Käsen, der Stachel einer Haihäufige und dergleichen mehr. Bezüglich des Alters der beiden Saurier sei bemerkt, daß der an erster Stelle genannte der Älteste ist, woraus auf der geringeren Zahl der Saccra und anderen auf eine Verästeltheit der Lebensbedingungen hinweisenden Unterschiebe geschlossen wird. Immerhin sind über die Gebeine der erwähnten beiden ungeheueren Sauriermächte dahingeraucht!

Theater.

Deutsches Theater. „Der fette Caesar“ von Friedrich Freisa. Der gleichnamige Verfasser zweier an

Die letzteren braucht man nicht mehr besonders zu nennen. Sie stehen in einer Reihe mit Konfessionen und Antisemiten. Gegen diese richtet sich unter Kampf in jeder Form. In Berlin machen die Freisinnigen immer noch den Anspruch, im Namen des liberalen Bürgerturns reden zu wollen. Daß wir die Freisinnigen in Berlin nicht anders behandeln können und dürfen wie in der Provinz, ist selbstverständlich. Dafür hat ja auch der Führer des Berliner Kommunalvereins, Herr Cassel, gesorgt. Hat er doch nach Zeitungsberichten am 11. Berliner Landtagswahlziel gesagt, die Sozialdemokratie vergifte durch ihre gefährliche Agitationsweise den politischen Kampf, wie sie durch ihre verheerenden und verwerflichen Kampfmittel das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vergifte und dadurch die Reaktion fördere, indem sie weite Volksteile, die mit dem sozialdemokratischen Treiben nicht einverstanden seien, ins reaktionäre Lager treibe. — Das ist, als ob man den verstorbenen Eugen Richter reden hörte. Aus dessen nachgelassenen Papieren wird wohl Herr Cassel seine Neugierungen entnommen haben. — Noch der „Vossischen Zeitung“ hat Herr Cassel ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten zur Erringung eines freien Landtagswahlrechts ganz entschieden abgelehnt. Er halte mit allen Kräften — sagte er — an der konstitutionellen Monarchie und an der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung fest und er habe nichts mit denen gemein, die alle Grundgesetze der Staats- und Gesellschaftsordnung umstoßen wollen. Ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie würde die Einführung des Reichstagswahlrechts für den Landtag nicht verdrängen. Ein Freisinniger, der seinen Parteigenossen einen solchen Weg zumute, würde bald ein Führer ohne Heer sein. Ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie würde die Selbstvernichtung der freisinnigen Partei sein.

Da haben wir ein Bekenntnis einer Berliner Freisinnigröße, die doch glaubt, in ihrer Stellung als Landtagsabgeordneter und Stadtverordneter ein Anrecht auf Bedeutung zu haben. Wenn die freisinnige Partei den Reichstagswahlrechts folgt, dann darf man nicht nur sagen, sie kann sich begraben lassen, sondern sie ist schon begraben. — Für Berlin kann ja ein Pakt mit den Freisinnigen gar nicht in Frage kommen. Einig ist unsere Partei darin: Wie auch der Name der bürgerlichen Parteien lauten möge, wir sehen in ihren Angehörigen Vertreter der bürgerlichen Klasse und Gegner der Arbeiterklasse. Sie sind Leute, die in der Stärkung der Mittelmacht das einzige Zielwerk gegen die Arbeiterklasse sehen, durch das sie den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft glauben aufhalten zu können. Das also ist unser Standpunkt bei den Wahlen. Die Sozialdemokratie ist auf sich allein angewiesen, und sie ist stolz darauf, daß sie den Kampf aus eigener Kraft führen kann. Sie wird den Kampf so führen, daß die Hoffnung, die sie auf die Abrechnung mit dem schwarzblauen Vlod setzt, in Erfüllung geht.

Nun noch ein Wort über das, was uns alle in letzter Zeit berührt hat: die Marokkofrage. Ich habe nicht die Absicht, darüber zu reden, ob die Angriffe, die aus diesem Anlaß gegen den Parteivorstand aus Parteikreisen gerichtet wurden, gerechtfertigt sind oder nicht. Hier ist nicht der Ort dazu. Das wird in Jena entschieden. Hier ist nur zu sagen: Ob der Marokkomindebel ansehnlicher wäre oder nicht, die Stellung der Partei zur Kolonialpolitik bleibt doch wie vor dieselbe. Unsere Parole ist: Gegen Kolonial- und Weltpolitik für den Völkfrieden. Danach hat jeder Parteigenosse seine Handlungen einzurichten. Wir sind der Meinung, wenn die Stimmen, die der Militarismus verschlungen hat, für die innere Kolonisation Deutschlands aufgewandt worden wären, dann hätten wir in Deutschland keine Oed- und Moorländer mehr und könnten zahlreiche Familien auf dem so gewonnenen Boden ernähren und den Lebensmittelpbedarf der Bevölkerung besser decken als es heute der Fall ist. Was jetzt haben uns unsere Kolonien nicht eingebracht. Wir müssen sogar fortgesetzt erhebliche Zuschüsse zahlen. Wenn wir selbst Hinterland von Kamerun und Zulufraktionen vom Kongo bis zum Meere bekommen würden, was will das bedeuten gegenüber den Aufwendungen, die für die Sumpfgelände gemacht werden müßten, ehe sie produktives Land würden. Wenn wir unter und ein paar Leute haben, die mit Hinderbranten Anträgen an den Parteitag gekommen sind, Leute, die davon träumen, daß der Kolonialbesitz den Bedarf an Rohstoffen von Erz und Baumwolle decken würde, dann kann man das nur als Phantasie betrachten. Wir meinen, daß der Spatz in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dache. Wir sind für innere Kolonisation, verweigern aber dem System der Kolonialpolitik jeden Mann und jeden Groschen. Damit ist unsere Stellung zur Kolonialpolitik gegeben. Man kann also nur noch darüber streiten, ob wir den Zeitpunkt, die Bevölkerung zum Protest aufzurufen, um 24 oder um 28 Stunden versetzt haben.

Man muß es als Ausbruch erhöhter Phantasie betrachten, wenn die alldeutsche Presse zum Kriege jetzt unter dem Gesichtswinkel Deutschlands Ehre und Würde sei so in den Schmutz getreten, daß nur die Empörung des Volkes die nicht staatsmännische Haltung der Regierung korrigieren könne. Diese Bewegung geht von den Kapitalisten in der schweren Industrie aus. Aber selbst bis in die Reihen des liberalen Bürgerturns geht diese Meinung. Sagt doch auch die „Vossische Zeitung“, das deutsche Volk stehe hinter dieser Bewegung. Die Leute vergessen nur, daß die Millionen von Sozialdemokraten, die doch auch zum Volke gehören, von Krieg nichts wissen wollen. Wir weisen es weit von uns, daß das deutsche Volk in einen Krieg mit Frankreich oder England gehest werde. So geschieht sind übrigens auch die Regierungen schon geworden, daß sie wissen, wer die Kanonen bedient und wer die Gewehre trägt.

Sollte es dahin kommen, was wir mit aller Kraft zu verhindern bestrebt sind, daß die Völker im Kriege gegeneinander gehet werden, dann ist nicht abzusehen, ob nicht das Strafgericht hereinbrechen wird über jene unverantwortlichen Heer, welche vorige Woche in Wien i. V. das große Wort geführt haben. — Ich glaube zwar nicht, daß das Geschick der Alldeutschen Erfolg haben wird, aber die Dinge entwickeln sich in der deutschen Politik so sprunghaft, daß man heute nie wissen kann, was morgen passiert. — Wenn im deutschen Bürgerturn noch ein Funke von Liberalismus vorhanden wäre, dann hätte es wie wir den Ruf erschallen lassen müssen: Wer regiert in Deutschland. Der Monarch oder das Volk. Soll das Volk wie unmündige Kinder behandelt werden, die nicht zu wissen brauchen, was über ihre Angelegenheiten beschlossen wird?

Es gilt nun, durch die Wahlen im Reichstag zusammenzubringen, der dafür sorgt, daß das im November 1908 bei den Debatten über das persönliche Regime im Reichstage gegebene Versprechen erfüllt wird, daß wir nicht nur konstitutionelle Garantien bekommen, sondern daß der Anfang gemacht wird mit dem parlamentarischen Regime in Deutschland. (Beifall.) Die Diskussion wird eröffnet.

Dauell: Die Freisinnigen meinen, daß wir diesmal in den Stichwahlen mit Pauken und Trompeten für sie eintreten müssen. Selbstverständlich geben wir jetzt noch keine Stichwahlparole aus, aber das muß ausgesprochen werden, daß von einem unbedingten Eintreten für den Freisinn keine Rede sein kann. Die für die Stichwahlparole maßgebende Situation war ja immer verschieden, und so wurden wir veranlaßt, einmal für das Zentrum, ein anderes Mal für den Freisinn zu stimmen. Wir waren also in diesen Fällen ein Spiel des Zufalls. Es fragt sich, ob das so weiter gehen soll. Jedenfalls müssen wir den Freisinnigen sagen: Von einem Verhalten allein hängt es ab, ob wir für euch eintreten oder nicht. Wenn ihr den geringsten Versuch macht, der Reaktion Helferdienste zu leisten, dann lassen wir euch ohne Rücksicht untergehen. Es fragt sich, ob es überhaupt klümmiger geworden wäre, wenn der Freisinn von der politischen Bühne verdrängt wäre. Ich sage nein. — Das zur Stichwahlparole. Nun ein Wort zur Marokkofrage. Gewiß, die Situation ist gefährlich, weil außerordentliche Kräfte und Mächte hinter der Forderung auf Krieg stehen. Es sind die Leute, welche schon gezeigt haben, daß sie Regierungen stürzen können und daß sie die Regierung kommandieren, Leute wie Stinnes, Dred usw. — Das deutsche Industriekapital ist seit 1870 ungeheuer gewachsen. In dem Maße, wie die Produktionsmittel vermehrt

und auf dem Weltmarkt erschien, kam es mehr und mehr in Gegensatz zu den Kaufleuten anderer Nationen und forderte deshalb vom Staat, daß er seine Macht hinter ihre Betriebe stelle. Deutschlands Rüstungen steigerten sich umgekehrt. Die anderen Staaten folgten dem Beispiel. Jetzt steht die ganze Welt in Waffen. Es fragt sich nur, wann es zur Explosion kommt.

Die Marokkofrage hätte bereits zum Kriege geführt, wenn nicht das internationale Proletariat den Regierungen Angst und Schreden eingebläht hätte. Doch wir haben noch nicht die Gewißheit, ob die Regierung nicht einmal vor den Forderungen der Stinnes, Krupp usw. kapitulieren wird. Deshalb muß das Proletariat zu jeder Zeit seine Forderung erheben: Wir wollen keinen Krieg!

Schadow-Kottbus regt an, dahin zu wirken, daß für das ganze Reich einheitliche Wahlen vorgeschrieben werden, die eine Kontrolle der Wähler, wie sie jetzt auf dem Lande geübt wird, verhindern.

Wels: Zu den Ausführungen des Genossen Dauell möchte ich bemerken, daß der Referent gar nicht von einer Stichwahlparole gesprochen hat. Der Referent sagte, für Brandenburg liegt das Kampffeld klar, wie haben uns in erster Linie gegen den schwarzblauen Vlod zu wenden. Das ist die Parole, die er aufgestellt hat. Wir bereiten jetzt die Hauptwahlen vor. Die Stichwahlparole wird erst ausgedrückt je nach der Situation, die sich durch den Ausfall der Hauptwahl ergeben hat. Die Stichwahlparole bestimmt den Parteivorstand. Ich bin überzeugt, daß sie sich in derselben Richtung halten wird wie die Hauptwahlparole, und daß besondere Abmachungen für einzelne Bezirke erst nach der Hauptwahl getroffen werden können.

Fannkuch: Ich habe das Wort Stichwahlparole gar nicht gebraucht. Davon kann ja vor der Hauptwahl keine Rede sein, weder in Brandenburg noch in einem anderen Bezirksverband. Selbstverständlich gilt bei der Hauptwahl überall die Parole: Gegen die bürgerlichen Parteien. Nach der Hauptwahl kann abgewogen werden, wer in der Stichwahl noch mitläuft. Dann wird es sich für uns darum handeln, ob wir dem einen die Weine mit Kampfergeist einreiben sollen, damit er besser laufen kann und ob wir dem anderen einen Tritt geben, daß er das Aufstehen verzieht. Haben Sie nur das Vertrauen, daß an der leitenden Stelle das Richtige getan wird.

Die Debatte ist erledigt. — Ein von Schadow-Kottbus gestellter Antrag wird angenommen. Er lautet:

Die Provinzialkonferenz ersucht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, in der Herbstsession des Reichstags erneut einen Antrag auf Einführung einheitlicher, das Wahlscheitnis sichernder Wahlen für die Reichstagswahl 1912 zu stellen.

Ein Antrag Westprieinig: „Zur Reichstagswahl eine Wahlzeitung herauszugeben und auf dem Lande zu verbreiten“ — wird dem Zentralvorstand zur Verächtigung überwiesen.

Heinrich Schulz sprach hierauf über Jugendfürsorge und Sozialdemokratie.

Der Redner verwies darauf, daß die bürgerliche Gesellschaft, ausgehend von dem Gedanken: Wer die Schule hat, der hat die Zukunft, die Volksschule rücksichtslos benutzte hat, um auf Charakter- und Weltbildung der Kinder des Volkes im Sinne der herrschenden Klassen einzuwirken. Diese Ausnutzung der Schule gilt dem Kampf gegen die Sozialdemokratie. Wir sind der Meinung, daß dem, der die Schule hat, noch lange nicht die Zukunft gehört. Wir sagen vielmehr: Wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft, denn es gibt eine Reihe von Faktoren außerhalb der Schule, die geeignet sind, auf Charakter und Geist einzuwirken. Auch unsere Gegner haben eingesehen, daß die Schule allein nicht ausreicht, um ihre Herrschaft zu sichern und daß sie deshalb ihren Einfluß auch auf die aus der Schule entlassene Jugend ausüben müssen. Früher geschah das nicht. Erst seitdem die Arbeiterklasse die Fürsorge für die heranwachsende Jugend nicht mehr den Eltern allein überläßt, erst seitdem sich die erwachsenen Arbeiter hinter die Bewegung der Jugendlichen gestellt haben, hat sogar die preussische Regierung ihr Herz für die Jugend entdeckt und unterstützt die Bestrebungen, welche darauf hinauslaufen, die heranwachsende Arbeiterjugend unter liebenswürdigen, jeden Zwang vermeidenden Formen auf Material zu führen und sie gegen ihre der modernen Arbeiterbewegung angehörenden Eltern einzunehmen. Die ganze Jugendbewegung der bürgerlichen Klasse vollzieht sich im Zeichen der Heuchelei. Es soll damit nicht gesagt werden, daß jeder einzelne, der sich an dieser Bewegung beteiligt, ein Heuchler ist. Mancher macht die Sache vielleicht in guter Absicht mit, ohne die Heuchelei, die dem Ganzen anhaftet, zu erkennen. Der Redner besprach die Entwicklung der bürgerlichen Jugendbewegung und beleuchtete eingehend diejenige Form derselben, die unter der Bezeichnung „Jugendpflege“ neuerdings viel von sich reden macht und von der Regierung eifrig unterstützt wird, besonders durch die bekannte Schaffung eines Fonds von einer Million Mark. Eingehend kritisierte der Redner den bekannten Erlass des Kultusministers vom 18. Januar, der sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Den Heuchlern, welche vorgeben, das soziale Elend der Kinder beseitigen zu wollen, das Elend, welches sie selbst durch die Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft verschuldet haben, müssen wir die Waage vom Gesicht reißen. Die Jugendpflege jener Leute ist blutiger Hohn. Sie wollen der Arbeiterjugend nicht helfen, sondern sie hindern, ihre Klassenlage zu erkennen. Auf die Jugend vom vierzehnten bis zwanzigsten Lebensjahre wollen jene Leute ihre „Fürsorge“ erstrecken. Mit Rücksicht darauf sollten wir uns fragen, ob es nicht angebracht ist, durch unsere Organisationen besondere Maßnahmen zu treffen, um die jungen Leute, die ja bis zum 18. Lebensjahre unserer politischen Aufklärung gesehlich entzogen sind, in der Zeit vom 18. bis 20. Jahre um so gründlicher aufzuklären und für unsere Bestrebungen zu gewinnen. Bei gefälligen Zusammenkünften, bei Spaziergängen und Ausflügen wird die Arbeiterjugend durch die Polizei verfolgt, lediglich deshalb, weil sie über ihre eigenen Interessen anderer Ansicht ist, als wie der Kultusminister und die Leute, welche hinter ihm stehen. Man will nicht, daß das Proletariat Einfluß auf seine Jugend übt. Man will uns den Nachwuchs rauben und dadurch unsere Bewegung vernichten. In der Volksschule, in der Fortbildungsschule werden die Arbeiterkinder gegen ihre Eltern aufgestellt. Diese Hege soll jetzt auch noch durch die sogenannte Jugendpflege betrieben werden. Wir Sozialdemokraten betrachten die Kinder nicht als persönliches Eigentum der Eltern. Wir anerkennen, daß die Befamtheit ein Recht an den Kindern hat, daß aber auch die Kinder Rechte an die Gesamtheit haben. Darum würden wir die Kinder so viel wie möglich der öffentlichen Erziehung übergeben, wenn wir demokratische Staatsverrichtungen hätten, dergestalt, daß das Volk selbst Sinn und Einrichtung der Schulen und öffentlichen Erziehungsanstalten bestimmen könnte. Davon aber ist im heutigen Staate keine Rede. Deshalb verweigern wir ihm ganz entschieden den Einfluß auf unsere Kinder. Wäre es dem Staate wirklich um die körperliche und geistige Erziehung der Jugend zu tun, dann müßte er nicht eine Million für die „Jugendpflege“, sondern tausend Millionen für Verbesserung der Volksschule ausgeben. Aber der Staat ist der Ausschlag der herrschenden Klasse. Er arbeitet in ihrem Interesse. Unsere Jugend und ihre Zukunft sind uns zu wertvoll, als daß wir sie jenen Leuten überlassen könnten, denen es nur um die Erhaltung ihrer Herrschaft und um Befämpfung der Arbeiterklasse zu tun ist. Darum müssen wir uns wehren gegen die preussische Jugendpflege. Wir müssen unsere Jugend davor schützen und sie selbst pflegen, mehr wie bisher. Wir alle haben das Interesse, uns unsere jugendlichen Kräfte und Mitkämpfer zu erhalten. Die Jugend wollen wir uns nicht rauben lassen. Mag der Kultusminister Trotz zu Solz seinen Heerbaum und seine Million aufmarschieren lassen. Und schreit er nicht. Wir haben die Arbeiterklasse und die Jugend selbst auf unserer Seite. (Beifall.)

In der Diskussion zeigte ein Redner, daß die preussische Jugendpflege in den Landorten des Kreises Spremberg unter der Leitung von Gutsbesitzern und Pastoren mit großem Eifer betrieben wird. Einem Gutsbesitzer, der in seinem Dorfe in Jugendpflege macht, steht bei diesem Werke ein Kriegervereinsmitglied zur Seite. Als diese Kraft nicht mehr ausreicht, wurde dem Gutsbesitzer auf

seinen Antrag ein Unteroffizier vom 52. Infanterie-Regiment in Rottbus als Lehrer und Leiter der Jugend zugewiesen. Auch anderen Orten ist die Überweisung von Unteroffizieren für die Jugendpflege angefragt worden.

Varon-Brandenburg machte darauf aufmerksam, daß in verschiedenen Seebädern sogenannte Strandbrigaden, aus Kindern gebildet, ihren patriotischen Aktivismus im Sinne der bezeichneten Jugendpflege treiben. Da auch Arbeiterkinder als Ferienkolonisten in Seebäder geschickt werden, so würde es sich empfehlen, daß die betreffenden Eltern Vorkehrungen treffen, um ihre Kinder vor der Teilnahme an diesem Unfug zu bewahren.

Nach Schluß der Debatte wurde die nachstehende, vom Referenten eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

Die Konferenz erklart in der sogenannten Jugendpflege, wie sie neuerdings die preussische Regierung mit einer Million Mark unterstützen will, einen reaktionären Anschlag auf die freie Jugendbewegung der Klassenbewußten Arbeiterschaft. Unter der irreführenden gleichnerischen Hülle eines Jugendfreundes und mit heuchlerischen Mitteln suchen die Gegner der modernen Arbeiterbewegung zu erreichen, was ihnen bisher durch rücksichtslose Gesetzesbestimmungen, harte Verordnungen und erbitternde Polizeimaßnahmen gegen die Arbeiterjugend noch nicht gelungen ist.

Die Konferenz warnt die Genossen allerorts vor den Agenten dieses neuesten reaktionären Jugendfanges, die unter den verschiedensten Verkleidungen und in den scheinbar harmlosesten Formen arbeitserkennlichen Einfluß auf Volksschüler, Fortbildungsschüler, Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen zu erlangen suchen.

Die Konferenz protestiert mit Entrüstung gegen die mannigfachen Verfolgungen, denen die freie Jugendbewegung ausgesetzt ist. Sie erwartet von allen organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen, daß sie demgegenüber die Bestrebungen der Arbeiterjugend gemäß den Beschlüssen der obersten Partei- und Gewerkschaftsinstanzen mit Entschiedenheit fördern und der verfolgten Arbeiterjugend mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Gleichfalls angenommen wurde ein von Schuber-Byndau gestellter Antrag, der die Parteigenossen auffordert, ihre Kinder, die etwa in bürgerlichen Vereinen sind, zum Austritt aus diesen Vereinen zu veranlassen.

Dr. Rosenfeld beantragte folgende Resolution:

Die Parteikonferenz protestiert gegen die unter dem Namen der Jagow'schen Schieferklasse bekannt gewordene Aufforderung des Berliner Polizeipräsidenten an seine Beamten zur Begehung strafbarer Handlungen. Die Konferenz fordert zum Schutze der Bevölkerung die sofortige Aufhebung der beiden Erlasse.

Zur Begründung führte der Antragsteller aus: Wenn Sozialdemokraten in Berlin unter den Revolvern der Beamten des Herrn v. Jagow zusammenkommen, dann erscheint ein Protest gegen eine Schieferklasse notwendig. Kaum ein zurechnungsfähiger Mensch hält diese Erlasse für gesetzlich zulässig. Ohne Zweifel stehen die Erlasse im Widerspruch mit Gesetz und Rechte. Von Noabitt her kennen wir die Gefährlichkeit derjenigen, die mit Revolvern ausgerüstet sind und nun bei Strafe aufgefordert werden, nicht zu spät zu schießen. Wir wissen, daß unter ihnen der oder die Würdevollste Herrmanns immer noch unentdeckt herumlaufen. Nicht nur wegen ihrer rechtlichen Unzulässigkeit, sondern auch wegen ihrer Gefahr für die Bevölkerung müssen wir gegen die Erlasse protestieren.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende Jucht Bloch hierauf die Konferenz mit einem kurzen Rückblick auf die Verhandlungen und einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Der Verbandstag der Porzellanarbeiter.

Seit Sonabend findet im Berliner Gewerkschaftshause die Generalversammlung des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Sie wurde nachmittags 5 Uhr eröffnet. Anwesend sind 51 Delegierte, unter ihnen 7 weibliche, ferner die Vertreter der leitenden Körperschaften des Verbandes und die Verbandsvorstände des Glasarbeiter- und des Töpferverbandes. Die Generalkommission der Gewerkschaften wird durch Gustav Bauer vertreten. Vom Auslande nimmt der Verbandsvorsitzende der österreichischen Porzellanarbeiter, Franz Palme, an der Generalversammlung teil. In das Bureau wurden als Vorsitzende der Verbandsvorstände Wollmann sowie Seelmann-Kronach gewählt. Einer der weiblichen Delegierten, Frau Kahner-Schönwald, ist von ihrem Arbeitgeber der Urlaub zur Teilnahme an der Generalversammlung verweigert worden; sie ist jedoch, einer Aufforderung des Verbandsvorstandes entsprechend, trotzdem erschienen, um ihr Mandat auszuüben, was von der Generalversammlung einstimmig gutgeheißen wird.

Nachdem man am Sonabend die vorbereitenden Arbeiten erledigt hatte, begannen die Verhandlungen am Sonntagvormittag. Die Mandate wurden sämtlich für gültig erklärt. Verbandsvorsitzender Wollmann erstattete den Bericht des Vorstandes. Aus dem gedruckt vorliegenden Rapport ist zu ersehen, wie sich der Verband in den seit der vorigen Generalversammlung verfloßenen drei Jahren entwickelt hat. Die wirtschaftliche Krise machte sich am schärfsten während der ersten beiden Jahre geltend, mit außerordentlich großer Arbeitslosigkeit im Verufe, was auch ein Sinken der Mitgliederzahl zur Folge hatte. Im Jahre 1908 hatte der Verband 14878 Mitglieder, im Jahre 1909 war die Zahl zeitweilig auf 10295 gesunken, Ende 1910 war sie jedoch bereits wieder auf 13092 gestiegen, und inzwischen hat die Steigerung angehalten. Unter den Mitgliedern sind 1432 weibliche. Die Wirtschaftskrise brachte es auch mit sich, daß die Lohnbewegungen und Lohnkämpfe in der Periode nicht besonders zahlreich waren und auch nur zum Teil glücklich verliefen. Die Agitation für den Verband ist lebhaft betrieben worden. Eine große Anzahl von Versammlungen beschäftigte sich auch mit der Verschmelzungsfrage, die übrigens noch in einem späteren Punkt der Tagesordnung zur Beratung kommen wird. Der Redner erwähnte ferner die Hygieneausstellung in Dresden, die Vorbereitungen, die auch der Porzellanarbeiterverband dazu getroffen, und wie dann schließlich auf die ja hinlänglich bekannte Weise den Gewerkschaften die Beteiligung unmöglich gemacht wurde. — Gegenseitigkeitsverträge sind mit den Bruderverbänden in Dänemark und Oesterreich abgeschlossen, während mit dem Schweizer Verband über einen solchen Vertrag verhandelt worden, aber eine Einigung noch nicht erzielt ist. Grenzzeitigkeiten wurden, soweit sie den Bildhauerverband betrafen, in aller Ruhe durch eine Vereinbarung vom Oktober 1910 erledigt, während sie mit dem Fabrikarbeiterverband noch nicht endgültig beseitigt, sondern nur durch eine vorläufige Vereinbarung beigelegt sind.

Der Rapport über die Zeit vom 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1910, der 22 Druckseiten füllt, gibt eine ausführliche Uebersicht über die finanziellen Verhältnisse des Verbandes während jener drei Jahre. Die Summe der Einnahmen ist 1.242.115,24 M., die Ausgaben beliefen sich auf 1.151.988,79 M., so daß der Kassenbestand am Schluß der Periode 90.126,45 M. betrug. Das Vermögen des Verbandes, das größtenteils in Wertpapieren angelegt ist, belief sich zur selben Zeit auf 326.827,24 M. Unter den Ausgaben sind 251.400,44 M. für Arbeitslosenunterstützung; in den vorhergehenden Jahren wurden für diesen Unterstützungszweck nur 89.123,41 M. ausgegeben, wobei es sich um 41.812 Arbeitslosentage handelte, wogegen sich die Unterstützung der jetzt verfloßenen Periode auf 113.480 Tage erstreckt. Streikunterstützung wurde in der Periode auf 913 Mitglieder für 57.576 Tage in der Summe von 118.849,38 M. geleistet, wogegen in der vorhergehenden Periode an 2580 Mitglieder für 154.296 Streiktage 395.618,75 M. geleistet wurden. Der Kranken- und Unfallversicherung verurteilte 173.453,78 M. Ausgaben, gegenüber 78.485,23 M. in der vorigen Periode. Die Wächterinnenunterstützung erforderte 4339,40 M. seit 1915 M. in den Jahren 1905 bis 1907. Im ganzen wurden an 12.364 Mitglieder 567.530,38 M. Unterstühtungen geleistet, statt 521.011,78 M. an 8707 Mitglieder in

Von vorhergegangenen drei Jahren. — Der Kassierer Wilhelm Herden gab zu dem gedruckten Bericht mündlich eine Reihe von Ergänzungen und Erläuterungen. Im Namen der Revisoren beantragte Max Bressen, dem Kassierer Decharge zu erteilen; Bücher und Belege sowie die gesamten Kassenverhältnisse sind stets in bester Ordnung vorgefunden worden.

Es folgte der Bericht des Redakteurs. Die Auflage des Verbandsorgans „Die Ameise“ schwankte entsprechend der Mitgliederzahl; sie war im Jahre 1909 auf 11600 gesunken, jedoch Ende 1910 bereits wieder auf 14050 gestiegen. Wie der Redakteur Zietisch ausführte, hat die Redaktion sich fortwährend bemüht, das Organ zum Blatt der Mitglieder zu machen, nicht nur in dem Sinne, daß es für die Mitglieder, sondern zu einem guten Teil auch von den Mitgliedern selbst geschrieben wird, wozu es jedoch notwendig sei, daß die Mitglieder sich eifriger als bisher an der Mitarbeit beteiligen.

Hierauf schloß sich die Diskussion über die Berichte. Es zeigte sich, daß man im allgemeinen mit der Tätigkeit des Vorstandes sowie auch der Redaktion einverstanden ist, wenn auch hier und da einige Ausstellungen gemacht wurden. Namentlich wurde der Wunsch geäußert, daß noch mehr als bisher für die Agitation getan werden möge, besonders in den Gegenden des Reiches, wo große Massen Berufsangehöriger beschäftigt, die Verhältnisse aber noch sehr rückständig sind. Die Diskussion war sehr reger. Da die Redner sich jedoch kurz faßten, konnte sie noch in derselben Sitzung beendet werden.

Die Sitzung am Montag begann mit den Berichten der Gauleiter, die gedruckt vorliegen, aber durch mündliche Ausführungen der Gauleiter — Emil Hoffmann für Thüringen und Hermann Bredow für Oberfranken und Oberpfalz — ergänzt wurden. Im allgemeinen spiegeln sich in den Gauleiterberichten die Verhältnisse wieder, wie sie schon im Vorstandsbericht geschildert wurden. Die Krise hat nachteilig auf das Verbandsleben eingewirkt. Inzwischen ist wieder, namentlich im Gau Thüringen, ein starker Aufschwung eingetreten. Dort haben seit April dieses Jahres bereits 60 Lohnbewegungen stattgefunden, die alle erfolgreich beendet wurden. Die Gauleitung Thüringens war auch eifrig bemüht, die Berufsangehörigen wie auch die Bevölkerung im allgemeinen über die Gesundheitsgefahren des Porzellanarbeiterberufs aufzuklären. Seit 1909 wurden zur Weihnachtszeit im ganzen Gau Flugblätter verteilt, durch die die Eltern im Interesse ihrer vor der Schulentlassung stehenden Kinder auf jene Gefahren aufmerksam gemacht werden. Das hat bereits den Erfolg, daß die Ueberstufung des Berufes mit jungen Leuten bedeutend nachgelassen hat. Sehr wirksam hat sich auch ein Lichtbildvortrag über die Tuberkulose als Berufskrankheit der Porzellanarbeiter und ihre Bekämpfung erwiesen, den der Gauleiter seit Februar d. J. bereits in 45 Versammlungen gehalten hat. Die Organisation macht jetzt rüstige Fortschritte; die Mitgliederzahl ist im Gau während des zweiten Quartals 1911 von 5039 auf 6705 gestiegen. — In Oberfranken und Oberpfalz steht die Arbeiterchaft noch stark unter dem Einfluß der Geisteskrise, die alles aufweist, um den Fortschritt der Organisation zu hindern. Dieses Kreiben ging sogar soweit, daß Weisliche die gewerkschaftlichen Versammlungen den Behörden als politische denunzierten. Im übrigen befassen sich die Weislichen dort, wo der Verband festen Fuß zu fassen beginnt, mit der Gründung von Unterstützungsvereinen, an denen auch die Fabrikanten teilnehmen. Trotz dieser und ähnlicher Nachschärfen geht es vorwärts mit der Organisation. Die Mitgliederzahl ist im Gau während der 11 Monate, die der Gauleiter dort tätig ist, von 2465 auf 3796 gestiegen. In einer großen Reihe von Orten haben erfolgreiche Lohnbewegungen stattgefunden. — Aus den beiden Gauen wird berichtet, daß, selbst wenn die Gewerbeinspektion einschreitet, es oftmals

noch schwer fällt, die Unternehmer zur Beachtung gesetzlicher Arbeiterbestimmungen zu veranlassen. — In der Diskussion über die Berichte der Gauleiter wurde besonders der Wunsch laut, daß der Vortrag über die Tuberkulose auch in anderen Orten des Reiches, wo viele Porzellanarbeiter tätig sind, gehalten werden möge.

Der nächst Punkt der Tagesordnung war der Bericht der Besonderekommission, der sich wesentlich auf Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Unterstützungsfragen bezog. In die Ausführungen des Kommissionsvorsitzenden Paulian schloß sich eine kurze Debatte.

Hierauf wurde dem Vorstand sowie dem Kassierer, dem Redakteur, den Gauleitern und der Besonderekommission einstimmig Decharge erteilt.

Sodann folgte der Bericht über die Gewerkschaftskongresse 1908, 1909, 1910 und 1911. Der Referent Fritz Zietisch schilderte die wichtigsten Fragen, die jene Kongresse beschäftigten, und legte dar, welche Bedeutung die dort gefaßten Beschlüsse haben. Unter anderem erwähnte der Redner auch die Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses über die Grenzstreitigkeiten und bemerkte dazu, daß dieser Beschluß nicht gehindert habe, daß der Porzellanarbeiterverband mit dem Fabrikarbeiterverband in schwere Grenzstreitigkeiten geriet. — Eine Diskussion schloß sich an diesen Vortrag nicht an. Die Delegierten erklärten sich einstimmig mit den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse wie mit der Haltung der Vertreter ihres Verbandes einverstanden.

In der Nachmittagsitzung kam die Frage der Verschmelzung mit den Verbänden der Glasarbeiter und der Töpfer zur Behandlung. Bereits seit dem Jahre 1907 beschäftigt man sich mit dem Gedanken, einen einheitlichen Verband zu schaffen. Die vorige Generalversammlung der Porzellanarbeiter, 1908, erklärte in einer Resolution, daß sie der Verschmelzung sympathisch gegenüberstehe. Inzwischen hat der Gedanke immer mehr Anklang gefunden, und bei den Töpfern und den Glasarbeitern ist die Sache soweit gediehen, daß ihre Verbandsgeneralversammlungen, 1910 und 1911, den Vorständen den Auftrag gaben, ein gemeinsames Statut für den Keramikarbeiterverband auszuarbeiten. Außerdem haben jene beiden Verbände durch ihre Beschlüsse über die Arbeitslosen- und die Krankenunterstützung sich den Einrichtungen genähert, die im Porzellanarbeiterverband bestehen. Innerhalb dieses Verbandes haben sich von 90 Jahrestellen fast alle für die Verschmelzung ausgesprochen. Wollmann, als Referent, bemerkte hierzu, daß man mehr Macht, mehr Agitation und mehr Erfolge brauche, und daß hierzu die Verschmelzung ein zweckmäßiges und notwendiges Mittel sei. Es werde damit vorerst ein einheitlicher Verband mit 50000 Mitgliedern geschaffen mit 1 Million Reichsmark Vermögen. — Hierauf anschließend, legte der Verbandsvorsitzende Drunfel vom Verband der Töpfer dar, welche Gründe ihre Generalversammlung veranlaßten, der Verschmelzung mit den anderen beiden Verbänden zuzustimmen. Der Redner sprach sich übrigens im selben Sinne aus wie Wollmann, und auch in der darauf folgenden Diskussion traten alle Redner für die Verschmelzung ein. Der Vorsitzende Girbig des Glasarbeiterverbandes führte ebenfalls näher aus, daß und aus welchen Gründen dieser Verband sowohl wie die beiden anderen Verbände die Verschmelzung durchführen müssen, und äußerte den Wunsch, daß nun, um die Durchführung des Gedankens in möglichst kurzer Zeit zu bewerkstelligen, die Porzellanarbeiter beschließen möchten, ihre nächste Generalversammlung schon nach zwei Jahren, zur selben Zeit wie die Töpfer und Glasarbeiter, abzuhalten, um dann gemeinsam die Gründung des einheitlichen Verbandes zu vollziehen. Im Verlauf der Debatte äußerten sich die Delegierten namentlich zu der vom Verbandsvor-

stand mit Rücksicht auf die Verschmelzung vorgeschlagenen Unterstützungsfragen; ein Teil der Mitglieder hat sich gegen die Herabsetzung der Unterstützungen ausgesprochen. — Es wird beschlossen, erst die Generaldiskussion über die Anträge zur Unterstützungsfrage zu eröffnen, ehe ein Beschluß über die Verschmelzung gefaßt wird. Einer Kommission von 9 Mitgliedern wurde die Angelegenheit zur Vorberatung überwiesen.

Gerichts-Zeitung.

Ein preussischer Lehrersolg.

Der Volksschullehrer Heinrich Schulte zu Klein-Rosenburg ließ, wie wir einem Gerichtsprotokoll des bürgerlichen Magdeburger „Zentralanzeiger“ entnehmen, am 6. Januar dieses Jahres den 10jährigen Schulknaben Franz Meyer nachsichtigen. Da der Junge einen unsauberen Hals hatte, mußte er auf den Hof kommen, seinen Rock ausziehen und dann den Kopf unter den Brunnen halten. Von zwei anderen Knaben wurde der eine beauftragt, zu plumpen, während der zweite einen Scheuerlappen mit dem kalten Wasser anfeuchtete und dem Meyer den Nacken damit waschen mußte. (Am 6. Januar!) Der Lehrer stand dabei. Durch die Behandlung zog sich der Knabe einen Schnupfen und Husten zu. Der herbeigerufene Arzt fand Symptome einer Influenza, Husten und Luftröhrenkatarrh vor. Nach seinem Gutachten war die mit dem Knaben vorgenommene Waschung mit dem kalten Wasser geeignet, diese Wirkung hervorzurufen. Der Staatsanwalt erachtete das Züchtigungsrecht des Lehrers für überschritten und eine Körperverletzung für erwiesen. Eine Geldstrafe von 100 M. erscheine angemessen. Der Vertreter des Rebenklägers forderte mit Rücksicht darauf, daß der Knabe mehrere Wochen krank gewesen und ärztlich behandelt sei, außer der Geldstrafe eine Buße von 100 M. Die Kammer hielt das Verfahren des Angeklagten für ungebührig, stellte aber objektiv die Ueberschreitung des Züchtigungsrechts nicht fest und erkannte auf Freisprechung.

Nach gesundem Rechtsempfinden, mit dem in diesem Falle auch die Ansicht des Reichsgerichts übereinstimmen dürfte, liegt in der Handlung des Lehrers eine Ueberschreitung des Züchtigungsrechts, weil er die von ihm beliebte Mißhandlung unter dem Vorgeben, erziehlisch zu wirken, anwendet, und weil ihre gesundheitsgefährdende Art von jedem Menschen mit normalen Sinnen vorausgesehen werden mußte.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitern. Ist und jeden Nr. 24 des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Massenstreik in Großbritanien. — Stichproben von der Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft in Baden. I. Von mg. — Vier Jahre Frauenleseabend. II. Von Kurt Heimig. — Um das Lärgerrecht der Frau in der Gemelube. — Freie Hauspflege als Krankenpflegeleistung. Von Fr. Meid. — Sedan! Von Roland. — Ein Bild aus dem Arbeitermilieu. Von Emil Unger. — Mit den Beilagen: Für unsere Rätter und Hausfrauen und Für unsere Kinder. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis, Götliner Viertel.
Bis 220 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler **Gottfried Herrmann** Forster Str. 56 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am Sonntag, den 27. August, verstarb unser Genosse **Hermann Raudies** Bronnheimer Str. 14.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Freimühlener Straße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter.
Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist uns unser Kollege **Julius Bartholdi** von der Sektion Lichtenberg entrissen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Dienstag in Neu-Hippin statt.

Nachruf.
Durch den Tod ist uns eine unserer Kämpferinnen, die Kollegin Frau **Hedwig Kurse** vom Krankenhaus am Friedrichshagen entrissen worden.
Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.
31/1 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Lankwitz.
Am Sonntag verstarb an Herzleiden unser Mitglied, der Arbeiter **August Didlaukis** Frobenstr. 4 im Alter von 39 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. August, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes von Groß-Lichterfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bodenmeister **August Tieck** (Firma P. Schur) am 26. d. Mts. im Alter von 62 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 29. August, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Lufthaus-Gemeinde, Mariendorfer Weg, aus statt.
Die Bezirksverwaltung.

Sonntag, den 27. d. Mts., entstarb nach kurzem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Schneidmüller **Franz Andrä** im 51. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrubt an **Johanna Andrä nebst Kindern.**
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Simeons-Kirchhofes in Brühl, Mariendorfer Weg, aus statt.

Am Sonnabend, den 26. d. Mts., entstarb nach kurzem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Schneidmüller **Franz Andrä** im 51. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrubt an **Johanna Andrä nebst Kindern.**
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 30. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Simeons-Kirchhofes in Brühl, Mariendorfer Weg, aus statt.

Verband der Schneider Schneiderinnen u. Wäsche-Arbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin I.
Todesanzeige.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege **Johann Kamesch** am 24. August im Alter von 57 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Hedwig-Kirchhofes in Weihensee aus statt.
163/17 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Graveur **Alfred Geißler** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 29. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
222/6 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Allen lieben Freunden und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß am 25. d. Mts. mein geliebter Mann, unser herzenguter Vater, Sohn und Bruder, der Bäckermeister **Rudolf Weigelt** im Alter von 35 Jahren sanft entschlafen ist.
In tiefer Trauer **Familie Weigelt,** Altdorf, Münchener Straße 44.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 29. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes in der Hermannstraße aus statt. 53632

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Wilhelm Rölling** sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank. 53632
Frau Rölling nebst Kindern.

Frauen - Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Bez. Berlin 8 (Gesundbrunnen).
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau unseres früheren Kassierers **Otto Simon** am 24. August verstorben ist. — Die Beerdigung fand am Montag, den 28. August, auf dem städtischen Friedhofe in der Erstraße statt.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am Freitagabend verstarb im Krankenhaus Friedrichshagen unser lieber Sohn, Bruder und Schwager, der Schmied **Johann Tiemer.**
Dies zeigen im tiefen Schmerze im Namen der trauernden Hinterbliebenen an **Kurt Dietrich und Frau geb. Tiemer.**
Beerdigung heute Dienstag, den 29. August, nachmittags 5 Uhr, auf dem Luisen-Friedhofe in Köpenick-Schönhausen.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein langjähriger Mann, der Restaurateur **Heinrich Schreck** im 41. Lebensjahre am 27. August nach langem, schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bitte **Die trauernde Gattin Witwe Martha Schreck.**
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 30. August, von der Leichenhalle des St. Hedwig-Kirchhofes, Reinickendorfer-Ch., Berliner Straße, aus statt.

Sonabend früh entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Schlosser **Otto Rohde** im 33. Lebensjahre.
Dies zeigt im Namen der Hinterbliebenen tiefbetrubt an **Karlshorst 2356 Anna Rohde geb. Franke.**
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 29. August, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Karlshorst aus statt.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters, des Böttchers **Heinrich Rathke** sage ich allen Beteiligten, insbesondere der Direktion des Wagenbauers Brauerei, dem gesamten Personal, seinen Kollegen der Abteilung I und II, den Patienten der Heilanstalt Göttergoh, sowie dem Hausklub „Euban“ meinen herzlichsten Dank.
Ww. Marie Rathke u. Sohn

Dankagung.
Für die rege Teilnahme und welche Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Schwiegertochter sprechen mir allen Teilnehmern unseren herzlichsten Dank aus. 53642
Ernst Bertram nebst Eltern.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters **August Kühne** sagen wir allen Beteiligten, insbesondere Herrn Manasse für die trefflichen Worte am Sarge des Verstorbenen, den Kollegen des Arbeiterverbandes, dem Deutschen Transportarbeiterverband und den Genossen des 4. Reichstagswahlkreises unseren herzlichsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen **Frida Zimmermann geb. Kühne.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes, unseres guten Vaters **Gustav Hentschel** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Hartung u. G., sowie dem Gesangsverein „Lerche“ meinen herzlichsten Dank. 2068
Witwe Auguste Hentschel nebst Kindern.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Bekannten, Arbeitskollegen und dem Bahnhofsverein, Bezirk 21, meinen herzlichsten Dank. 53612
Frau Wilvine Rausch geb. Protz.

Hie Fleischwucher! Hie Gottesgnadentum!
Von Hermann Wendel.
Wegen angeblicher Majestätsbeleidigung konfisziert gewesen.
Zweite Ausgabe vermehrt um das Aktenmaterial der verpufften Justizaktion.
Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Laden), sowie durch alle „Vorwärts“-Ausgabestellen.

Reste
Musterkopon, „Herb-Neuheiten“ für Singige, Kollime, Meter 3, 4 Bar. Tüchler-Gesellschaft m. b. H. Gertrandenstr. 20-21, d. Victoriastr.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zarenba, Weinbergstr. 1, dir. a. Kollenthaler Tor. Billigste Bezugsquelle: Verlust f. zur dauernden Kundschafft

Glimmen- und Franzbinderri von Robert Meyer, n. n. r. Mariannen-Straße 2.

Buchhandlung Vorwärts
SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden)
Zu Ausflügen und zu Reisen empfohlen wir unser reichhaltiges Lager in **Wander-Karten und Bücher**
Kleissling — Straube
Silva — Via u. a.
Reiseführer: Grieben.
Kursbücher: Kleissling, König, Storm. : :
Reise - Lektüre.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute, Dienstag, den 29. d. M., abends 8 Uhr, in den Neuen Rathhäusern, Weininger Straße 8: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ströbel über Marokko. 2. Berichte von der Kreis- und Verbands-Generalversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Richtenberg. Heute abend 8 1/2 Uhr im Lokale „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 5/6: Mitgliederversammlung des zweiten Viertels. Tagesordnung: Bericht aus dem Stadtparlament. — Viertes Viertel im Lokal von Rielke, Müllendorffstraße. 1. Vortrag. 2. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Herr v. Jagow gegen die Damenhüte im Theater.

Der Berliner Polizeipräsident hat eine neue Verordnung erlassen, die vierte innerhalb weniger Monate. Die erste bezog sich auf die langen Hutnadeln, die zweite verlangte von den Schuppleuten die Anwendung der Schupplewaffe, die dritte stellt den Schuppleuten, die zu spät schießen, Strafe in Aussicht und die neueste wendet sich den Damenhüten im Theater zu.

Den Berliner Theaterdirektoren ist der folgende amtliche Erlaß des Polizeipräsidenten zugegangen:

Der Verband Berliner Theaterleiter hatte vor einiger Zeit beschlossen, den Damen in den Logen das Tragen der Hüte zu untersagen. Mit Rücksicht hierauf habe ich bisher ungeachtet zahlreicher an mich ergangener Anregungen und Vorstellungen von dem Erlaß eines polizeilichen Verbotes abgesehen, obwohl guter Grund zu einem solchen gegeben war. Denn die Gefahr liegt nahe — zumal bei der gegenwärtigen Mode der großen Damenhüte — daß Besucher, denen die vor ihnen befindlichen Hüte die Bühnenaussicht verperren, durch den Ausdruck ihres Unmutes Störungen der öffentlichen Ordnung während der Vorstellung veranlassen.

Leider ist der Beschluß des Verbandes bisher von keinem Theaterleiter ausgeführt worden, anscheinend infolge der erklärlichen Beforgnis, durch den Erlaß eines von anderen Theaterleitern nicht durchgeführten Verbotes den Besuch des eigenen Theaters zu beeinträchtigen. Andererseits hat sich immer mehr die Nützlichkeit und Notwendigkeit des damaligen Beschlusses des Verbandes herausgestellt, so daß nunmehr der Erlaß einer polizeilichen Anordnung erforderlich erscheint. Im Interesse der öffentlichen Ordnung sehe ich mich daher genötigt, das Tragen von Kopfbedeckungen in Logen Ihres Theaters insoweit zu verbieten, als durch die Kopfbedeckungen die Bühnenaussicht über die benutzte Loge hinaus gestört werden würde.

Ich fordere Sie auf, die nötigen Anordnungen zu treffen und durchzuführen, daß in den vorstehend bezeichneten Logen Ihres Theaters ebenso wie auch im Vorfeld und in den Rängen die Besucher während des Spiels ihre Hüte nicht aufbehalten dürfen.

Für jeden Fall der Zuwiderhandlung, d. h. für jeden Fall der Duldung des Aufbehaltens von Hüten auf den bezeichneten Plätzen werde ich eine hiermit angedrohte Geldstrafe von 100 Mark gegen Sie festsetzen. Jagow.

An sich wird sich gegen den neuesten Erlaß nichts einwenden lassen, obwohl man von den Theaterleitern selber hätte erwarten können, daß sie längst dem Hutungsverbot in den Theatern ein Ende gemacht hätten. Aber das ist nicht so leicht. Gerade die Damen, die in den Logen sitzen, wollen ihre Hüte nicht abnehmen, sie haben ein Interesse daran, in ihren oft recht kostspieligen Hüten neuester Mode auch gesehen zu werden und sie werden recht ungemütlich, wenn ein Theaterbesucher von ihnen die Abnahme ihrer großen Hüte verlangt. In Zukunft soll der Theaterleiter bestraft werden, wenn er duldet, daß in den Logen die Damen die Kopfbedeckung tragen. Wie wir hören, soll der Erlaß sich auf die Rauchtheater wie im Apollo und Wintergarten nicht erstrecken. Darum solche Ausnahmen gemacht werden, ist unverständlich.

Sonntagsverkehr auf den Linien der „Großen Berliner Straßenbahn“.

Das wird geschrieben: In früheren Jahren achtete die Verkehrsbehörde streng darauf, daß Straßenbahnwagen nicht überfüllt wurden. Seit einiger Zeit gestattet jedoch der Polizeipräsident, an Sonntagen von 3 Uhr ab 4 bis 5 Personen übermäßig mitzunehmen. Wenn das fahrende Publikum nun glaubt, der „Kampf ums Fortkommen“ sei dadurch erleichtert worden, der kennt unsere „Große“ sehr schlecht. Die Gesellschaft berechnet den Fassungsvermögen ihrer Wagen einfach um circa 10 Prozent höher und die Schaffner sind genötigt, um das Publikum nicht stehen zu lassen, die Zahl von 4 bis 5 übermäßiger Personen ganz erheblich zu überschreiten. Seit der Einführung des elektrischen Betriebes ist der Verkehr Sonntags relativ schwächer, wie an Wochentagen. So stehen z. B. auf dem Depot XXII (Weihenfer) ganze Kolonnen von Motor- und Anhängelwagen, die nur für den Wochentagsverkehr Verwendung finden. Der „Großen“ fällt es aber nicht ein, auf den Weihenfer Linien an Sonntagen ein einigermaßen ausreichendes Platzangebot zu stellen. Wochentags abends verkehren auf den Linien 60, 61 und 73 stündlich insgesamt 28 Wagen (einschließlich Anhänger), am Sonntag, den 20. August, jedoch nur 20 Wagen. Es wird dem Sonntags eben so viel wie möglich überladen und das Publikum ist genau so, wie früher, auf das Wohlwollen der Schaffner angewiesen. Nicht besser erging es auf der neueröffneten Heinersdorfer Straße. In diesem Tage fanden Dutzende und Überdutzende von Fahrgästen in der Schönhauser Allee bis hinauf zur Ringbahn und warteten geduldig. Es besteht in Groß-Berlin der Mangel, daß die Verkehrsbehörden nicht zur Stellung einer bestimmten Wagenanzahl gezwungen werden können. Der am 1. April 1912 ins Leben tretende Forderungen würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn derselbe sachkundige Verkehrs-kontrollen anstellen würde, die der „Großen“ ganz gehörig auf die Finger legen müßten. Die Aufsichtsbeamten der „Großen“ haben hauptsächlich die Aufgabe, des Sonntags das Platzangebot so niedrig wie möglich zu halten, weil der Preis dann den Schaffnermehrlöhnen mehr ausnimmt. Stellt es sich am Montag heraus, daß das finanzielle Ergebnis nicht den gemachten Aufwendungen entspricht, dann haben die „Expeditoren“ einen Kuffel zu gewärtigen und am nächsten Sonntag wird desto mehr gepörrt. Auf der Stadtbahn verkehren vom 1. Mai bis Ende August jeden Sonntag genau dieselben Sonderzüge in derselben Länge. Bei der „Großen“ gibt es jeden Sonntag eine andere Betriebsweise. Warum verkehren am 20. August die Wagen „44“ nicht mit Anhängern und weshalb verkehrt die „47e“, Schönhauser Tor—Nordend, jetzt nicht mehr mit zwei Anhängelwagen, wie im Frühjahr? Seit 1905 ist das ganze Netz der „Großen“ an Sonntagen für Dreiwagenzüge freigegeben, die „Große“ macht von dieser Vergünstigung so gut wie gar keinen Gebrauch. Wenn die Gesellschaft dem Personal ab und zu einen ganz freien Sonntag gewährt, so ist dies sehr lobenswert, der Verkehr darf aber darunter nicht leiden.

Lieber tot als in Fürsorgeerziehung.

Die heutige Fürsorgeerziehung wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß Fürsorgeerzöglinge, die der Anstalt entweichen sind,

vielfach erklären, lieber sterben zu wollen oder lieber ins Gefängnis zu gehen, ehe sie sich wieder in eine Fürsorgeanstalt bringen lassen. Das zeigt sich wieder anlässlich des Vorganges der Verhaftung des jungen Mannes Max Eule, der kürzlich in der Schulstraße von Beamten festgenommen werden sollte, aber entfloß. Eule ging nach der Jungfernheide, wo er jetzt von Beamten ergriffen wurde. Durch Vernehmung hat sich herausgestellt, daß der junge Mann gar nicht daran gedacht hat, auf den Beamten zu schießen, sondern sich selber erschließen wollte, weil er unter keinen Umständen wieder in die Fürsorgeerziehung zurück wollte. Er hatte sich vorgenommen, im Falle einer Ergreifung sich zu erschließen. Aus diesem Grunde hatte er sich einen Revolver beschafft. Die Absicht des Erschießens hatte er auch, als er beim Eintritt des Kriminalbeamten aus dem Bett auf den Tisch sprang und seinen Revolver vom Ofen herunter langte. Nach einer aus polizeiärztlicher Quelle stammenden Darstellung soll sich der Vorfall wie folgt abgespielt haben: Während er nun auf dem Tisch stand, umklammerte ihn der Schutzmann Linke von hinten, konnte es aber nicht verhindern, daß Eule zweimal schoss. Der erste Schuß ging fehl. Die Kugel flog schräg nach oben, also nicht nach dem Beamten zu. Die zweite ging Eule oben durch den Kopf. Eule ergriff die Flucht und warf den Revolver auf dem Hofe weg. Ein Junge hob ihn auf, aber ein unbekannter Mann entriß ihm die Waffe wieder und verschwand damit. Eule lief nun nach der Jungfernheide und hielt sich dort und in den benachbarten Räuben verborgen. Aus Angst vor der Fürsorgeanstalt ging er auch nicht zu einem Arzt oder Heilgehilfen, um sich verbinden zu lassen, sondern kühlte sich nur die Kopfwunde mit einem Lappen, den er irgendwo mit Wasser aufweichte. Erst am Sonntag nach seiner Festnahme erhielt er auf Veranlassung der Kriminalpolizei von einem Arzte einen richtigen Verband. Der junge Mensch bedauerte unter Tränen sein unglückliches Leben und versicherte, daß er sich, wenn man ihn nach der Fürsorgeanstalt zurückbringen wolle, doch noch umbringen werde. Vorläufig wurde er wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Von einem Attentat auf dem Beamten ist also keine Rede mehr.

Würde unser Erziehungssystem in den Fürsorgeanstalten den jungen Menschen wirklich zu erziehen imstande sein, so würden nicht so viel Böglinge die Flucht ergreifen und nicht lieber den Tod vor der Fürsorgeanstalt vorziehen. Ist es unter solchen Umständen ein Wunder, daß der zehnte Teil der Berliner Fürsorgeerzöglinge ständig auf der Flucht ist?

Der Expediteur Otto Bree, Schulstraße 108, dessen Name in der ersten Meldung: „Wer hat geschossen?“ genannt wurde, ersucht und mitzuteilen, daß er nicht den Eule der Polizei angezeigt habe, weil E. aus der Fürsorgeerziehung entwichen war. E. war bei Bree vorübergehend beschäftigt und kam mit mehreren anderen jungen Leuten in den Verdacht eines Diebstahls. Die Polizei beschäftigte sich mit der Sache und kam auf Eule, von dem sich herausstellte, daß er flüchtig war.

Aus dem Krankenhaus Friedrichshain hatten wir in Nummer 194 gemeldet, daß dort wieder über Unhöflichkeit mancher Schwestern geklagt wurde. Patienten empfanden es als ungebührlich, daß Schwestern ihnen in der Anrede den Titel „Herr“ versagten. Wir erhalten jetzt aus demselben Krankenhaus Mitteilung, unsere Notiz sei „von ausgezeichneter Wirkung gewesen“, infolge der Veröffentlichung sei der Ton der Schwestern ein bedeutend besserer geworden. Der Verfasser der Zuschrift versichert, daß unter den Patienten „allgemeine Befriedigung über den Artikel herrscht“ und übernimmt uns ihren „lebhaften Dank“. Auch wir sind befriedigt von diesem Erfolg der Festsetzung schweizerischer Unhöflichkeit. Öffentlich ist er von Dauer.

Das Polizeipräsidentium als Referenz.

Vor Leuten, die die Adoption von Kindern ver-mitteln, ist oft gewarnt worden, gelegentlich auch durch das Polizeipräsidentium von Berlin. Einer, der dieses Geschäft betreibt, aber sein Unternehmen nicht zu den zweifelhaftesten zählen lassen will, hat kürzlich zu seiner Empfehlung einen merkwürdigen Brief geschrieben. Es handelt sich um ein in Berlin bestehendes „Zentral-bureau“ für Adoptions- und Pflegekinderanträge, als dessen Inhaber ein J. Zwerner zeichnet. Das Schreiben war an eine in Hefen-Nassau wohnende Person gerichtet, die mit diesem Bureau in Verbindung getreten war. Zur Information über den Geschäftsbetrieb trägt der Kopf des Briefes allerlei Hinweise, wie: „Anregung von Adoptions“, „Unterbringung von Pflegekindern“, „Erledigung diskreter Angelegenheiten“, „Kein Heimbericht“, „Vertrauensvolle Beheimung an der Hand“, zur Verbindung geeignete Heim wird nachgewiesen“. Der Brief lautet:

Berlin, den 9. Juli 1911. P. P. Antwortlich Ihrer werthen Zuschrift geben wir Ihnen folgendes zur gest. Kenntnis. Das betreffende Mädchen ist das Kind eines Witwers, 2 Jahre alt, hübsch und gewandt. Als Erziehungsbeitrag werden bei Ueber-gabe 3000 M. in bar gezahlt. Ueber ev. Transport wird Ihnen noch Näheres bekanntgegeben. Bevor wir mit Ihnen in nähere Verbindung treten, müssen wir uns über Ihre Verhältnisse genau informieren. Wir beauftragen damit eine Auskunft. Die Kosten hierfür im Betrag von 5 M. sind sofort an uns ein-zuzahlen. Wir bringen Sie alsdann sofort dem Vater des Kindes in Vorschlag. Wir gestatten uns noch, Sie darauf hin-zuwiesen, daß im Laufe der letzten 6 Monate circa 300 Kinder zum Teil mit Abfindung bis 4000 M. zur Unterbringung bei uns angemeldet wurden, welche Angaben Ihnen das hiesige Polizei-Präsidentium gerne bestätigen wird. Mit zweifelhaften Instituten, vor denen wir übrigens warnen, haben wir keinerlei Verbindung. Sollte wider Erwarten eine Einigung nicht erzielt werden, so sind wir gern bereit, Sie für andere Fälle zu notieren, ohne daß Ihnen weitere Kosten entstehen. Den an-liegenden Fragebogen wollen Sie genau ausfüllen und nebst der Gebühr von 5 M. an uns einsenden. Discretion sichern wir Ihnen zu. Hochachtungsvoll Zentralbüro Berlin, Adoptions- und Pflegekinderanträge, Prenzlauer Allee 1. J. Zwerner.

Also Herr Zwerner schreibt, ihm werde das Polizei-präsidentium gern bestätigen, daß in den letzten 6 Monaten circa 300 Kinder zur Unterbringung bei ihm angemeldet worden seien. Wir sind neugierig darauf, was das als Referenz angegebene Polizeipräsidentium hierzu sagen wird. Eine aufklärende Zuschrift des Polizeipräsidentiums zu veröffent-lichen, sind wir gern bereit.

Ein Postkioskom wird uns in Gestalt einer Postkarte vorgelegt, die die genaue Adresse zweier bei einer Frau E. in Roabit wohnenden Leute enthält und die von ihrem Aufgaber in Hohenalsha in Posen bis nach Berlin nicht weniger denn 2 Jahre und 9 Monate gebraucht hat, um an den Adressaten zu gelangen. Die Karte ist mit dem Abgangsstempel 7. 10. 08 versehen und am 15. 7. 11 be-schmug abgeliefert worden. Wo mag die Karte in der langen Zeit gelagert haben?

Ein Frauenmord, der bei Spandau verübt worden ist, beschäftigt seit Sonntagabend Polizei und Staatsanwaltschaft. Radfahrer

fanden Sonntagabend um 1/11 Uhr auf der Falkenhagener Chaussee zwischen Kilometerstein 1,6 und 1,7 die Leiche einer Frau und meldeten den schaurigen Fund der Kriminalpolizei. Diese stellte fest, daß es sich um die etwa 40 Jahre alte geistig gesunde Frau Weßfle aus der Neudorfer Straße 43 handelt, die dort mit einem Manne zusammenlebte. Die Frau hatte einen Schuß in die linke Seite erhalten oberhalb des Herzens, der sofort tödlich gewirkt hat. Es konnte festgestellt werden, daß in den benachbarten Räuben um 8 Uhr abends ein Schuß gehört worden ist. Die Leiche der Frau wurde nach der Leichenhalle in der Gatower Straße gebracht. Für die Untersuchung ist vielleicht der Umstand wichtig, daß vor einiger Zeit in der gleichen Gegend die Frau eines Maschinenführers Gödde im abendlichen Dunkel angeschossen und erheblich verletzt wurde, ohne daß der Täter ermittelt werden konnte.

Von anderer Seite wird hierzu noch berichtet: Nach Ansicht der Behörde ist Frau W., als sie auf dem Grabenrande sitzend ihr Abendbrot verzehrte, von dem Mörder überfallen und nieder-geschossen worden. Frau W., die seit etwa 20 Jahren von ihrem Manne getrennt lebt, hatte sich der Prostitution ergeben und stand außerdem auf der Säufersliste. Es war der Polizei bekannt, daß die Frau sich oft tagelang aus ihrer Wohnung entfernte, dann aber wieder zurückkehrte. Mit einem Invaliden M. lebte sie in einer Kellertwohnung seit zwei Jahren zusammen. Zwischen dem Paar kam es häufig zu Streitigkeiten und Prügeleien, doch ist es ausgeschlossen, daß der Invalide, der übrigens inzwischen sein Alibi nachweisen konnte, als Täter in Betracht kommt. Am Sonntag hatte die W. in einem Gartenlokal in der Umgebung Spandau, wie gewöhnlich, beim Aufwaschen geholfen und sich dann abends gegen 7 1/2 Uhr von ihrer Arbeitsstätte entfernt. Sie hatte aus dem Lokal mehrere Butterbrote und eine große Flasche Schnaps mitgenommen. Ob die Frau Geld oder sonstige Wertgegenstände bei sich trug, konnte nicht festgestellt werden. Sowohl am Sonntagabend als am Montag wurde ein Polizeihund auf die Fährte gesetzt, doch konnte er eine bestimmte Fährte nicht aufnehmen.

Wie die Fliegen gefallen sind gestern eine größere Anzahl Soldaten des Pionierbataillons, das in der Köpenicker Straße liegt. Die Leute waren gestern früh um 6 Uhr abmarschiert und kehrten nachmittags heim. Untertwegs fielen zahlreiche Mannschaften um und konnten nicht mehr weiter. Auf der Treptower Chaussee wurden nachmittags um 3 Uhr vor den Häusern 10 und 11 vier Leute auf der Vorhöfelle gefunden, und was das schlimmste war, es war keine ärztliche Hilfe da. Zivilisten erbarmten sich ihrer, nahmen Gewehr und Tornister an sich und schafften die Mannschaften nach einer Villa, wo die Leute auch aufgenommen und gelabt wurden. Wie uns berichtet wurde, dauerte es 1 1/2 Stunden, ehe die Sanitätskolonne kam, die erklärte, es lägen schon 30—40 Mann auf der Straße; die Sanitätskolonne könne nicht alles machen. Genauere Mitteilungen, ob Mannschaften dauernd zu Schaden gekommen sind oder ob gar welche gestorben sind, waren nicht zu erlangen. Es wäre erwünscht, wenn die Militärbehörde der Öffentlichkeit nähere Mitteilungen über das Vorkommnis machen würde.

Todesprung aus dem dritten Stock. Vor dem Hause Jerusalem-er Straße 1 spielte sich in der verflochtenen Nacht eine entsetzliche Szene ab. Gegen 1/2 Uhr schlug plötzlich dicht vor einigen Straßen-passanten ein weiblicher Körper auf den Bürgersteig und blieb dort regungslos liegen. Einige Personen bemühten sich um die leblos Daliegende, die als die im dritten Stockwerk des Hauses Jerusalem-er Straße 1 wohnende 80 Jahre alte Klavierlehrerin Weder festgestellt wurde. Die Schwerverletzte hatte zahlreiche Knochenbrüche und innere Verletzungen davongetragen und wurde in bewußtlosem Zu-stande ins Krankenhaus gebracht, wo sie noch im Laufe der Nacht starb. Die Klavierlehrerin litt schon seit längerer Zeit an Schwerk-mut und hatte schon öfter Selbstmordgedanken geäußert. Ihr krankhafter Zustand wurde noch dadurch verschlimmert, daß sie sich in letzter Zeit schwere Sorgen über die Krankheit ihrer Mutter machte, die in einer Privatklinik in der Potsdamer Straße daniederliegt.

Der Alkohol. Ein Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich in der letzten Nacht in der Mulackstr. 33. In betrunkenem Zu-stand stürzte dort der 33-jährige Händler Joseph Hand- schke aus einem Fenster des dritten Stockes auf den Hof hinab. Der Verunglückte blieb mit zerstückelten Gliedern liegen und wurde bewusstlos nach der Charité geschafft, wo er bald nach der Ein-lieferung an den Folgen der Verletzungen starb.

Eine Revolverkieserei ereigte am Sonnabend im Hause Schulendorfer Straße 16 Kuffen, in dem der Handelsmann Edward Lorenz seine 33 Jahre alte Ehefrau zu erschließen versuchte; die Kugel ging glücklicherweise fehl. Lorenz wurde wegen ver-suchten Mordes der Kriminalpolizei zugeführt.

Zwei Kinderleichen aus dem Hubertusseer gelandet. Einen schaurigen Fund, der noch der Auffklärung bedarf, machten Aus-flügler im Grunewald. Beim Promenieren am Hubertusseer be-obachteten sie zwei Gegenstände, die auf der Oberfläche des Wassers schwammen. Man benachrichtigte die Polizei, die alsbald feststellte, daß es sich um Kinderleichen handelte. Die toten Körper wurden aus Land gebracht. Es waren zwei Knaben, die erst einige Tage alt gewesen sein dürften. Ob es sich um ein Zwillingpaar handelt, konnte noch nicht festgestellt werden. Ferner bedarf es noch der Auf-klärung, ob an den Säuglingen ein Verbrechen verübt worden ist. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Kinder in dem See ertränkt worden sind. Erhebliche äußere Verletzungen wurden an den Leichen nicht wahrgenommen. Die Leichen haben bereits mehrere Tage im Wasser gelegen und sind infolgedessen teilweise in Verwesung über-gegangen. Sie wurden vorläufig in der Halle des Selbstmörder-friedhofes untergebracht.

Das Opfer einer Gasvergiftung wurde in der Nacht zum Son-ntag die 35 Jahre alte Näherin Martha Kade aus der Wuggenhagen-straße 8. Während sie im Bett schlief strömte aus einem schadhaft gewordenen Gaslocher Gas aus. Sie atmete das Gas ein, ohne zu erwachen und wurde dann später von einem Maler, der bei ihr wohnte, leblos aufgefunden. Obgleich nun sofort ärztliche Hilfe herbeigeholt wurde, waren doch alle Wiederbelebungsversuche erfolg-los. Der Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod fest-stellen. Die Leiche kam nach dem Schaubaus.

Ein tödlicher Straßenaunfall ereignete sich am gestrigen Montagabend gegen 6 1/2 Uhr am Bahnhof Börse. Dort trat ein etwa 50-jähriger Mann unmerklich vor dem Straßenaunfall 1000 der Linie 44 (Richtung Kleinstraße) auf das Gleis. Der Mann, der anscheinend an Schwindelanfällen litt, vermochte, trotzdem der Fahrer noch im letzten Augenblick bremste, nicht mehr zurückzutreten, wurde umgestoßen und geriet mit einem Bein unter den Schüt-zrahmen des Vorderperrons. Passanten alarmierten einen Zug der Feuerwehr, deren Mannschaften es nach 15 Minuten gelang, den Verunglückten aus seiner entsetzlichen Lage zu befreien. Der Be-dauernswerte hatte eine so schwere Kopfverletzung erlitten, daß er während des Rettungsvorganges unter den Händen der Feuer-wehr-Samariter verstarb. Die Leiche wurde nach der Charité und von dort aus nach dem Schaubaus gebracht, da die Personalien des Mannes nicht ermittelt werden konnten.

Katastrophe in einem Kinotheater.

Im Operahause von Cannonsburg (Nordamerika) ereignete sich während einer Vorführung kinematographischer Bilder eine Explosion. Einer der Anwesenden schrie „Feuer“ und sofort brach in dem Saal mit Frauen und Kindern gefüllten Saale eine Panik aus.

Das Theater, in dem sich der Kinematograph befand, war im 1. Stockwerk gelegen. Das Theater besaß nur einen einzigen Ausgang und eine schmale Treppe vermittelte den Ausgang ins Freie. Als der Ruf „Feuer!“ ertönte, drängte alles dem Ausgang zu.

Ein Avancement.

Der Provinz Pommern ist großes Heil widerfahren. Wilhelm II. wollte gestern auf einer seiner Reisen in Steettin und hat bei der Gelegenheit den Prinzen Eitel Friedrich zum Statthalter von Pommern ernannt.

Choleraerwalle.

In Verbicaro (Südtalien) ist es infolge sanitärer Maßnahmen zu ernsthaften Ausbreitungen gekommen. Die Menge, die sich in dem Bahn befand, daß die ansteckende Krankheit künstlich verbreitet würden, soll zwei Leute vom roten Kreuz und einen Kommunalbeamten getötet, das Rathaus angezündet, die Telegraphenlinie zerstört und die Straßen verbarrikadiert haben.

Schwere Eisenbahnunfälle.

Auf dem Bahnhof von Wladowitz (Oberschlesien) stieß am Montagvormittag ein Schnellzug mit einem Personenzug zusammen. Der Bahnhofsvorsteher wurde sehr schwer verletzt, zwei Beamte vom Zugpersonal sind getötet worden, mehrere andere haben leichtere Verletzungen erlitten.

Kleine Notizen.

Raubmord. In der Nähe von Zeply wurde am Sonntag der Eisenbahninspektor Lucha ermordet aufgefunden. Der Tote war aller Wertgegenstände beraubt worden. Cholerafälle in Budapest. In einer Leinwandfabrik, in der aus Italien eingeführte Knochen verarbeitet werden, ist ein Arbeiter unter Choleraverdächtigungen gestorben.

Marktpreise von Berlin am 26. August 1911. nach Ermittlung des königlichen Volksgeldprüfungsamts. Markthallenpreise (Kleinhandel). 100 Kilogramm Weizen, gelbe, vom 30.00—50.00. Speldeböden, weiße, 30.00—50.00. Weizen 20.00—60.00. Kartoffeln 9.00—14.00.

Witterungsübersicht vom 28. August 1911.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C., Temp. in F., Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C., Temp. in F.

Wetterprognose für Dienstag, den 29. August 1911. Ein wenig wärmer, vielfach heiter, bei mäßigen südlichen Winden; später etwas Gewitterneigung, sonst trocken.

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, Wasserstand, am, seit. Includes stations like Remel, Aist, Regal, Innersberg, Biehl, Thon, Ober, Katlber, Krosen, Frankfurt, Karlsruhe, Schirm, Landsberg, Kette, Bormann, Eibe, Weimerth, Dresden, Barch, Flagelsburg.

Nach eingehender Beleuchtung der heutigen Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse zeigte der Redner den engen Zusammenhang der Gesundheitspflege mit der Arbeiterbewegung. Die heute auf dem Gebiete der Gesundheitspflege vorhandenen Mängel können nur beseitigt werden durch die Verstaatlichung des gesamten Heilgewerbes.

Darauf gab Genosse Kapke den Bericht von der Kreis-Generalversammlung; den von Groß-Berlin ersetzte Genosse Zipse. Eine lebhafteste Debatte entstand über die Zustände in der Gegend der Germania-promenade. Die hier angelegten Straßen befinden sich in einer ganz miserablen Verfassung; Beleuchtung sei des Abends gleichfalls nicht vorhanden.

Charlottenburg.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich vorgestern in der Wilmersdorfer, Ecke der Schulstraße. Dort wollte gegen 8 Uhr abends die 70-jährige, in der Jagowstraße 17 wohnende Frau Karoline Förster einen Motorwagen der Linie 10 besteigen.

Durch fahrlässiges Angehen mit der Schußwaffe ist am Sonntagvormittag wieder einmal ein Menschenleben vernichtet worden. Auf dem Laubengelände am Habsburger Ufer wollten einige junge Leute mit einem Leßling nach einer Scheibe schießen.

Bergfelde.

Das gegenwärtig im Bau befindliche neue Schulgebäude soll bis zum 1. April 1912 fertig sein. Ob dieser Termin eingehalten wird, ist indes noch sehr fraglich. Zu wünschen wäre es, denn jetzt sind in den Klassenzimmern durchschnittlich 70 Kinder untergebracht.

Spandan.

Aus den Musterinstituten. Bei der letzten Sedanzfeier des Feuerwerks-Laboratoriums vor etwa acht Tagen hat der Direktor Köhler, ein Offizier, eine Rede gehalten, die bei den Arbeitern des Instituts eine große Aufmerksamkeit hervorgerufen hat.

Die städtische Walderholungsstätte, die man entgegen den Wünschen der Krankenkassen und ohne dieselben beim Bau zu Rate zu ziehen, auf einen sehr ungünstigen Plage gebaut hat, hat in diesem Sommer vollständig leer gestanden.

Notwales.

Elektrische Straßenbahn. Nachdem die provisorische Weiterführung der Straßenbahn von der Kaiser-Wilhelm-Straße bis zur Eisenbahnstraße fertiggestellt ist, wurde der Betrieb auf dieser Strecke am letzten Sonntag aufgenommen.

Gerichts-Zeitung.

Das Messer

spielte wieder einmal eine verhängnisvolle Rolle bei einem Vorgang, der gestern die 3. Ferienkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen schwerer Körperverletzung waren die Arbeiter Brüder August und Rudolf Hübner angeklagt.

Die Säuglingssterblichkeit hat in Berlin in diesem ungewöhnlich heißen Sommer eine Höhe erreicht, wie sie hier schon seit einer Reihe von Jahren nicht mehr beobachtet worden war. In der Woche vom 6. bis zum 12. August, aus der jetzt die vom Berliner Statistischen Amt ausgeführte Zusammenstellung der Todesmeldungen vorliegt, war die Zahl der Säuglingssterbefälle wieder noch größer als in der vorhergehenden Woche; es starben 309 Kinder des ersten Lebensjahres.

Das Kaffeehaus in der Potzdamerstraße hat am Sonnabend seine Spielzeit eröffnet. Als Eröffnungsspiel wurde eine nach den Angaben der Direktion von Oscar Wagner zurechtgemerkte Posse: „Der seltsame Guldschinsky“ gegeben, in der ein Stück Berliner Humor zum Ausdruck kommt.

Radrennen im Olympiapark, 27. August. Die heutigen Veranstaltungen eröffneten sich dank dem günstigen Wetter und der guten Beschaffenheit wieder eines überaus zahlreichen Besuches. Die Rennen lieferten spannungsvolle Aufregung. Das Große Goldene Rad (2500, 2000, 1800, 1500 und 1000 M.) über 100 Kilometer wurde von Gustav Panke (Berlin) in 1 Stunde 16 Min. 42 Sek. (Melord) vor Peter Wüster (Köln), 210 Meter, Richard Schauermann (Dreslau), 530 Meter, Arthur Stielbrink (Berlin) und V. Wallhour (New York), beide weit zurück, gewonnen.

Radrennen zu Zehlendorf, 27. August. Die Rennen, in denen ein Stundenfahren mit Demke, Galvin, Linart und Miquel, sowie verschiedene Niederrennen mit Mütt, Stabe, H. Maner, Lorenz, Audela, Schilling u. a. zum Austrag kommen sollten, mußten wegen zu schwachen Besuches ausfallen.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 3. September, Nachmittags-Ausflug nach Grunewald-Schmargendorf. Treffpunkt 1.30 nachmittags am Bahnhof Grunewald (Ausgang nach Hundeshöhe).

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg. Ein eigenes Erholungsheim hat die hiesige Ortskrankenkasse in Hasserode im Harz errichtet. Anfänglich richtete die Verwaltung der Kasse in Hasserode auf Schwierigkeiten, doch nun ist der Bau fertig. Das Heim liegt hoch auf dem Eichberg, unweit des Waldes; es ist nur für Rekonvaleszenten bestimmt.

Wilmersdorf. Großfeuer kam gestern nachmittags um 4 1/2 Uhr in der Emser Straße 3, einem neuen monumentalen Gebäude am Hohenzollern-damm, aus noch nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Als die Wilmersdorfer Feuerwehre an der Brandstelle erschien, stand der Dachstuhl des erst kürzlich eingeweihten Hauses bereits in hellen Flammen.

Brig-Buckow. Ueber das Thema: „Gesundheitspflege“ referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Stadtv. Sen. Dr. Behl.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Berlin, Charlottenstr. 3. Hauptbüro: Berlin, Köpenicker Str. 128/9.

Mittwoch, den 30. August 1911, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Rohrleger u. Helfer Berlins u. Umg.
im gr. Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.

Tages-Ordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschickenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Tagesordnung erfordert das Erscheinen jedes einzelnen Kollegen.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Sackierer, Anstreicher etc.
Königsplatz 28, part. Filiale Berlin. Fernspr.: Amt 4, 4787.

Küchenmöbel - Branche.
Mittwoch, den 30. August, abends 6 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.
Die Kollegen werden ersucht, gleich von der Arbeit zu der Versammlung zu gehen, und wird ein vollständiges Erscheinen erwartet.
129/19 Der Obmann.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.
(Filiale Berlin).
Donnerstag, den 31. August abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal I:

Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Wahl des ersten Bevollmächtigten. 3. Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Zahlreiche Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Mittwoch, den 30. August, abends 7 Uhr, gleich nach Feierabend,
im Lokal von Jannaschk, Inselstraße 10:

Große Firmen-Versammlung
aller bei der Firma Hermann Raebel beschäftigten Wölber, Zementierer, Einschaler, Träger und Hilfsarbeiter.
Tages-Ordnung:
Die Arbeits- und Organisationsverhältnisse bei der Firma Raebel und wie sich dieselben zu verbessern?
Zu dieser Versammlung sind alle bei der Firma Raebel beschäftigten Kollegen eingeladen und ist es Pflicht jedes Kollegen für zahlreiches Betheilung zu agieren.
139/16 Der Sektionsvorstand.

Frau Marie Grassmann aus Russ. Polen, gebürtige Pfeiffer, wird freundlich gebeten um die jetzige Adresse ihrer am 4. Mai 63 geb. Schwester Florentine, pr. Postkarte unter J. U. 12705 zur Weiterbeförderung durch Rudolf Mosse, Berlin SW. 130/12

Große Firma vergibt Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren auf Teilzahlung ohne Anzahlung. Keine Kasse. Köpfe S. 100, "Sonder"-Expedition, Auguststr. 50.

Steinarbeiter.

Donnerstag, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal der Arminalhallen, Kommandantenstr. 59-59:

Kombinierte Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Arbeitersekretärs Genossen A. Körten über: Die Bedeutung des paritätischen Arbeitsnachweises, 2. Diskussion.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen der Kollegen aller Branchen. — Da noch vereinzelt Statistiken einlaufen, wird der Endtermin zur Abgabe bis zum 31. August festgesetzt. Bis zu diesem Tage müssen auch die Bahnmärkte (2 R.) geleistet sein. Die Adressen für den "Steinarbeiter" sind bis spätestens 10. September anzugeben.
Die Ortsverwaltung.

Pollmanns Bandagen-Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Rothinger Str. 60. **Lieferant für Krankenkassen** Eigene Werkstatt.

Noch 2 Parzellen à 750 M. (kleine Anzahlung) in Mahlsdorf, ca. 5000 Einwohner, 20 Pf.-Fahrt v. Alexanderplatz. Bei mir kaufen Sie jetzt noch billiger als in weiter entlegenen Vororten, v. Hoggendorf, Neuenhagen etc. Pläne gratis, Vertreter täglich, auch Sonntags am Bahnhof Mahlsdorf im Verkaufspavillon J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken

Abbas Dandy Gibson Girl

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.
Wunderbare Neuheiten, Gardinen, Stores, Vitrages, Tüllbettedecken etc. in allen Stilarten.
Pracht-Katalog, ca. 650 Illustr. gratis und franko. Reste von 2 bis 6 Fenster spottbillig.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 29. August, Anfang 7 Uhr.
R. Opernhaus. Lohengrin.
Anfang 7 1/2 Uhr.
S. Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig. Berliner Prater. Die junge Garde.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der seltsame Esel. Verling. Claude und Helmut. Berliner. Dummelstudenten. Kleines. Der Veltgardist. Neues Schauspielhaus. Die kausche Susanne.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Romische Oper. Der verbotene Kuh. Residenz. Die Dame von Maxim. Westen. Die geschiedene Frau. Thalia. Politische Wirtschaft. Schüler. O. Der dumme Junke. Schiller-Charlottenburg. Panne. Metropol. Hoheit amüsiert sich! Folgt. Preciosa. Road. Gefährten.
Anfang 9 Uhr.
Lustspielhaus. Die goldene Schüssel. Quisen. Gefährten.
Anfang 9 1/2 Uhr.
Kammerspiele. Der verwundete Vogel. René Cyretten. Eine Million. Erlaun. Das Bringen. Intimes. Pariser Oper.
Anfang 10 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.
Anfang 10 1/2 Uhr.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62. Kaiser-Panorama. Neu: Besuch von Konstantinopel. Hiesigenbrand in Istanbul. Letzte Woche: Schöne Schwärze.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Abends 8 Uhr: Sommerpremiere.
Die Dame von Maxim. Schwank in 3 Akten von Georges Feydeau. Deutsch v. Benno Jacobson.
ROSE-THEATER Große Frankfurter Str. 132. Staatsanwalt Alexander. Anfang 8 1/2 Uhr. Auf der Gartendüne: Es gibt nur ein Berlin. Große Revue.
Quien-Theater. Freitag, 1. Sept.: Das Wintermärchen.
Metropol-Theater. Zum 123. Male: **Hoheit amüsiert sich!** Operette in 3 Akten von A. Freund. Musik von Rudolf Kellin. In Szene gesetzt vom Dir. A. Schulz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

CLOU

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82 x Zimmerstraße 90/91.
Heute: Gastspiel der Kapelle der 1. Matrosendivision a. Kiel.
Dirigent: Kaiserlicher Obermusikmeister G. Stolle.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 4 Uhr.
An allen Wochentagen nachm. 4-7: Gr. Promadenkonzert bei freiem Eintritt.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah und fern.

Moabiter Wintergarten
Artus-Hof
Parlberger Str. 26, Stöckerstr. 18
Direktion: Karl Pirnau.
Riesen-August-Programm.
The Luna Lustig. Byron, musikalischer Clown. Kalaya Duet. Herm. Milano. Grotto Komiker. The Darnoffs. Melanagra. Rosita, Bern. Tänzerin. Erka Erika, Soubrette. Arturo, freistehende Vertreter. Gust. Müller, Humorist. Les Totes an Silberstein.
Das Gescheh. Schwank in 1 Akt.
Anfang 4 Uhr. Vorstellung 6 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Lustspielhaus. Die goldene Schüssel. Quisen. Gefährten.
Anfang 9 Uhr.
Kammerspiele. Der verwundete Vogel. René Cyretten. Eine Million. Erlaun. Das Bringen. Intimes. Pariser Oper.
Anfang 10 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.
Anfang 10 1/2 Uhr.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62. Kaiser-Panorama. Neu: Besuch von Konstantinopel. Hiesigenbrand in Istanbul. Letzte Woche: Schöne Schwärze.

Apollon Theater
Ab 8 Uhr:
Nur noch 3 Tage
des grandiosen Programms mit
Harry Walden
in
Sein Herzensjunge.
Berliner Prater-Theater
Kallanien-Allee 7/9.
Täglich:
Die junge Garde.
Kunstausstellung von Jacobson und G. Spezialitäten x Konzert.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

SPORTPALAST

Potsdamer Str. 72
Eröffnung: 1. September cr.
Allabendlich:
Hurrah! Parade! Große militärische Revue in 6 Bildern
Sport-Attraktionen 1. Rangas Seilakuter und -Läuferinnen Schnelaut - Konkurrenzen Hockey - Spiele usw. usw.
Blockhofs, 30 Eintrittskarten M. 20.— Saisonkarten M. 40.— Monatskarten für Erwachsene M. 8.— für Schüler und Kinder M. 4.— Neu eingerichtet: Schlittschuh-Saale.
Größter Eispalast der Welt

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Admiralpalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm. in der heißen Jahreszeit angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich:
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen.
Neu: Push-Ball-Spiel
Zahlreiche Kunstausproduktionen. Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abds.: halbe Kassenpreise.

Königstadt-Kasino.
Polmannstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Zub.: Max Schindelhauer.
Som 16.—1. Som 16.—1.
Neue Spezialitäten. Neue Attraktionen.
Eternos.
Lebensbild mit Gesang in 2 Akten.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Schiller-Theater O. Schiller-Theater
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Bund der Jugend.

Herrnfeld Theater
Jubiläums-Saison 20-jährige Direktion Anton und Donat Herrnfelds. Seit 20 Jahren der größte Erfolg die Revitäten
Das Kind der Firma
Verwandlungskomödie in 3 Akten mit den Autoren A. Herrnfeld u. Tobias Tschopperneck. Donat Herrnfeld als Philipp Katzenfoll.
Schmerzlose Behandlung
Anfang 8 Uhr.
Vorderstr. 11-2 Uhr (Theaterkass.). Prachtvoller Sommergarten. Lustige Vergnügen.
Volksgarten-Theater
Dienstag, den 29. August 1911:
Die Rose von Japan.
Lissy Lisetty x Ada Rivas
Mr. Charles Clark x Adys-Walmy
Madame Dianas elektrische Demonstrationen aus Tausend u. eine Nacht.
Casino-Theater
Lothinger Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Abendlich der neue Berliner Vossen-Schlager
Der selige Huldshinsky.
Sonnt. nachm. 3 1/2, U.: Had u. Liebe.

Max Kliems Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Holenscheide 13-15.
Täglich: Erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen. Feldbedachter Theatergarten, bei ungleichmäßiger Witterung Schutz bieten.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfest.
Donnerstag: Elitetag.
Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Baumstraße 16.
Quelle: Geschlossen.
Sonabend, den 2. September 1911:
Eröffnung d. Winterspielzeit
Zum ersten Male:
Bete und arbeite.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Rudolf Mälzer
Der erste Komiker d. Jetztzeit.
Emanuel Steiner
Rechenphänomen
! und das große Varieté-Eröffnungsprogramm

Volgt-Theater
Gefundbrunnen, Badstraße 58.
Quelle heute täglich:
Preziosa.
Gänzl. neu erstklass. Spezialitäten. Rosenöffnung 2. Anfang 4 1/2 Uhr.
Sonabend, 2. September: Benefiz 1. d. Schauspielpersonal: In Freud und Leid.
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
3 Frauenbühne.
Sie ist eine Ausnahm. Das Strampfband. Wamponette.
Freitag, den 1. September 1911:
Premiere.
Folies Caprice-Ensemble.

Café Bellevue.
Rummelsburg am See.
Inh.: G. Tempel.
Jeden Sonntag:
Spezialitäten-Vorstellung
u. **Garten-Konzert.**
Jeden Samstag und Donnerstag:
Soireen der Hoffmanns Sänger

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Panne.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Panne.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Revolutionshochzeit.
Berliner Theater.
Quelle 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Täglich: Bummelstudenten.

PASSAGE :: :: ANOPTIKUM
Das größte Schauetablisement des Kontinents.
Lebendiger eiserner Zunge.
Ein Fakir ohne Nerven.
AGA die schwobende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Rudolf Mälzer
Der erste Komiker d. Jetztzeit.
Emanuel Steiner
Rechenphänomen
! und das große Varieté-Eröffnungsprogramm

Schweizer-Garten
Am Königtor. Am Friedrichshain.
Jeden Abend 7 1/2, 10 Uhr:
Wie man Weiber tresselt.
Gefte mit Gesang in 3 Akten.
Spezialitäten, Kinematograph.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**
Anf. wochentags 5, Sonnt. 4 Uhr.

Schweizer-Garten
Am Königtor. Am Friedrichshain.
Jeden Abend 7 1/2, 10 Uhr:
Wie man Weiber tresselt.
Gefte mit Gesang in 3 Akten.
Spezialitäten, Kinematograph.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**
Anf. wochentags 5, Sonnt. 4 Uhr.

Schweizer-Garten
Am Königtor. Am Friedrichshain.
Jeden Abend 7 1/2, 10 Uhr:
Wie man Weiber tresselt.
Gefte mit Gesang in 3 Akten.
Spezialitäten, Kinematograph.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**
Anf. wochentags 5, Sonnt. 4 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
 Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
 Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.
 Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
 Amt IV, 3014.

Wursmeyer!!! Bon
 30. August gibt es wieder die
 berühmten Grützwürstchen.
 Martin Meyer, Brunnenstr. 6.

Von der Reife zurück 117/13
J. Kallmann
 Sprechzeit von 8-8 Uhr.
 Bitte darauf zu achten, daß sich mein
 Zahnarzt bereit seit 25 Jahren
 nur Münzstraße 14/15, Eckhaus
 Kaiser-Wilhelm-Straße 18 befindet.

Malchower Kautabake
 Nur echt, wenn mit Zettelleinlage
Johann Dannehl, Malchow.
 Generalvertrieb durch **Carl Röcker,**
 VII 2861, Berlin O 27, Grüner Weg 112.
 Hermann Fischers
 billigste Särge
 Urbanstr. III, früher Rüdorf, Tel.
 Grundbegriffe der Politik, von
 Friedrich Stampfer. Gebunden 3 Bk.
 Buchhandlung Vorwärts, Linden-
 straße 69 (Aden).

Arminhallen Kommandanten-
 Festsäle Sonnabende und frei. (Amt IV 10155.)
 straße 58-59.
 Sonntag

Syphilis-Nachweis
 In allen frisch u. veraltet, zweifelsfrei.
 Fall, durch wissenschaftl. Untersuchung,
 sofort; desgl. Darm-, (bezw. auch Gonorrhoe-
 räden) u. Sputum-Analysen.
 Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat.,
 Friedrichstr. 189, am Kronen-
 und Robenstraße, I. 8724. Perf. Rüdpr.
 dist. u. kostenl. geöffnet von 8-8
 Sonntags von 12-1.

Ein Idyll am See
Kolonie Eisenhorst
 ca. 30 km östl. von Berlin, See-,
 Wald-, Fluss- u. Landparzellen
 zum Spottpreis. **J. Rieger,**
 Berlin C., Gontardstr. 5. [22252]

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zuwässigt 2 fettgedruckte
 Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen
 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte
 mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annahme-
 stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Pommerische Betten! zwei Dreifachen, zwei Köfen, zweifachfrüßig, 15,00, große Laten 90 Pfenning, Damastbezüge 3,80, Steppdecken, Portieren, Teppiche, Gardinen, Damen-garderobe Pringenstraße 34. 2981A
4,25 prachtvolles Bett, 10 Matz ganzer Stand, rotbraun gefärbt, Pringen-Blende, Pringenstr. 34.
Brautbetten, ganzer Stand 37,00, nur in der billigen Blende Pringenstr. 34. Fahrpreis wird vergütet.
In Freien Stunden. Wochen-schrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnement monatlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.
Biederbetten, Stand 11,00, große 16,00, Bälge, Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, spottbillig. Wand-leibhaus, Rüdpr. 7. 2657A
Vorjähre elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Kationen 20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288A
Teppiche! (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichfabrik Brilm, Dörfelstr. 4, Bahndorfbörie. (Liefer des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Neun Prozent Rabatt, Vorwärts!
Teppiche, Farbentfäler, jetzt labelhaltig billig. Niesen-Fabrik, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbel-Fabrik; billiger wie überall. Vorwärts-Lesern noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.
Gardinen, Fabrikpreise, Fenster 1,65, 2,25, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75 usw.
Taschenverkauf von angelegentlich Gardinen, Stores, Bettdecken taumend billig. Große Frankfurterstraße 125.
Tuch- und Blauspenderen, Garnituren 3,85, 4,50, 5,25, 6,50, 8,25, 10,50. Fabrikpreise Große Frankfurterstraße 125.
Steppdecken billigst, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.
Tuch- und Blauspenderen mit kleinen Fleckern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbel-Fabrik.
Möbelfabrikanten, Limoleumreite, labelhaltig billig.
Sport- und Schlafdecken 1,25, 1,40, 1,85, 2,45, 2,95 usw. Große Frankfurterstraße 125 im Hause der Möbel-Fabrik. 3002A

Geschäftsverkäufe.
Altes, gutgehendes Partikellos-Warenlager und Reine, 1/2, zu verkaufen. Anfragen Dietrich, Admira-
 lstraße 30. 2358
Obst-, Gemüsegeschäft, großer Kohlenmehl, verkauft Beckmann, Rüdpr., Boddinstraße 32. 473
Gut eingeführtes Kohlengeschäft frankfurter Halber zu verkaufen. Dicken-
 straße 13b. 4107
Zigarrengeschäft, kleines, familien-haber verkauft sofort billig. Hofdorfer-
 straße 8. 4111
Wäscherei, elektrischer Betrieb, sehr rentabel, dauernder Kranken-
 wegen billig zu verkaufen. Adressen
 Bohm 50, Bagerstraße 8. 2466
Mischwirtschaft mit Hundshäfen und
 Einrichtung zur Übernahme, haben für Partikellos, Wäcker
 Kabiner Auguststraße 40 bei Rüdpr.
Partikellos, höhere Erlösen, sagstelle, sehr billig zu verkaufen
 wegen Aufgabe. Brauerstraße 42,
 Bolkersdorf, Mantelstraße 42,
 Lefal. 4107

Möbel.
Küchenmöbel, Spezialfabrik, Neue Königstraße 32 (Alexanderplatz).
Küchenmöbel, Spezialfabrik, Neue Königstraße 32 (Alexanderplatz).
Küchenmöbel, Spezialfabrik, Neue Königstraße 32 (Alexanderplatz).
Möbel-Fabrik, Brunnenstraße 7, am Rosenkranz Tor, Wohnungs-
 einrichtungen auf Kredit und gegen bar.
 Niesen-Auswahl. Stube und Küche
 Niesen-Anzahlungen von 15 Mark an. Einzelne
 Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung
 an. Hervorragend schöne Muster in
 bunten Köchen. Wochens, Monats-
 oder vierteljährliche Raten nach Über-
 einstimmung. Liefer auch nach auswärts.
 Vorreiter dieses Anstalts erhält
 beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.
 Kunden, die ihr Konto begleichen
 haben, erhalten einzelne Möbelstücke
 ohne Anzahlung. Sonntags geöffnet.
Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner
 Anzahlung geben Wirthealten und
 einzelne Stücke auf Kredit unter
 äußerster Preisunterstützung, auch Waren
 außer Preis. Der ganze Laden läuft bei
 uns. Anrechnung u. Co., Kopen-
 straße 4. (Schleifert-Bauhof).
Möbel! Für Brautleute günstigste
 Gelegenheiten, sich Möbel anzuschaffen.
 Mit kleinster Anzahlung geben schon
 Stube und Küche. In jedem Stück
 demütigster Preis. Ueberausstellung
 dabei ausgeschlossen. Bei Kaufbe-
 halten und Arbeitslosigkeit anvertraut
 größte Rücksicht. Möbelgeschäft N.
 Goldschmid, Josenstraße 33, Ofc
 Gneisenstraße. Kein Anzahlungs-
 geschäft! 2901A
Verwalter verkauft Ruhbau-
 mittelstück, wie neue, eleganter Um-
 bau, prachvolle Küchenmöbel,
 Kuchenschrank, Teppich 220,00,
 eleganter Schreibtisch, Säulenbühnen,
 nur Verwalter. Weinmeister-
 straße 1b-2. 1201/3
Möbel-Gelegenheitskäufe in aller-
 größter Auswahl; einfache sowie
 bessere Wohnungseinrichtungen be-
 deutend billiger wie regulär. Er-
 gänzungsstücke. Bafette, Schreib-
 tische 45, Sofas 45, Garnituren 65,
 Truhen 37, Schränke, Verticos
 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchen-
 möbel, Klaviers, Lederstühle, Um-
 bau, Lederstühle usw. spottbillig.
 Renner's Möbel-Fabrik, Leibniz-
 straße 63, Rosenkranz-Tor. Die
 Möbel sind in vier Etagen an-
 gestellt. 2902A

Möbel-Räumungsverkauf. Möbel-
 fabrik Gneisenstraße 15, nahe dem
 Gneisen-Tore, seit 1880 bestehend,
 verkauft nur kurze Zeit wegen Über-
 füllung der Lagerräume zurückge-
 lichen und verließen gewesene Möbel be-
 deutend unterem Preis. Spezialität
 kleine, neue Einrichtungen von 130
 Mark an. Teilzahlung gestattet.
 Einzelne Möbel, Kleiderständer 20,-,
 Vertico 16,-, Bettstellen mit Matrassen
 12,-, Schreibtische mit Aufsatz 33,-,
 Bücherregale 35,-, Ausziehtische
 18,-, Speiseische 5,-, Büfette 100,-,
 moderne Umbänne 60,-, Komplette
 farbige Küchen von 45,- an. Komplette
 Möbel aus eigener Fabrik spottbillig.
 Schlafsofa 35,-, Ruhebett und Decke
 23,-, Garnituren 80,- usw. Große
 Kosten Teppiche, Portieren, Uhren
 besonders billig. Aufbewahren frei.
 Lieferung durch eigene Gespanne.
 Sonntags geöffnet. Bitte auf Haus-
 nummer 15 achten. 2851A

Brautleute bildhübsche Ruhbau-
 mittelstück, Stube und Küche, spottbillig
 verlässlich. Bahmannstraße 13 I.
Möbel kolossal billig! Niesen-
 mahl! Günstige Möbelaufgehende.
 Kamerlings Möbel-Fabrik, Rastener-
 allee 56, Ecke Weinbergweg. 2928
Dame verkauft umhängebare
 Ruhbau-mittelstück, sah neu, prach-
 volle Küchenmöbel 195,-, Umbau-
 velle, Säulentrucan. Neue König-
 straße 66, I. 220/6
Chaiselongue, neues, 16,00. Herd-
 schrank, Lohrgerstraße 47. 2876
Bettstelle verkauft billig. Lohrger-
 straße 1, III links. 119/20
Kleiderständer 30, Küche 30, ge-
 brauchte Wäsche 40, 1, Badema-
 rade 58, Karas. 120/7
Wer Interesse hat an billigem
 Möbelkauf, besichtige meine Nieder-
 läger Rüdpr., Turmstraße 73 und
 Schöneberg, Hauptstraße 50. Aus-
 stellung von circa 100 Musterzimmern
 in allen Preislagen. Größte Aus-
 wahl in Herren-, Speise-, Wohn- und
 Schlafzimmern. Nur neue, billige und
 wirklich praktische Gebrauchs-
 Spezial-Abteilung für 1-2-Zimmer-
 Einrichtungen. Wohnzimmer,
 modern, in erstklassiger Verarbeitung
 und Ausführung, nebst Küche, in
 den schönsten Farben von Mark
 295 an. Weisgebende Garantie.
 Lieferung frei Haus. Kostenlose La-
 gerung und Aufstellung. 588
Bläufsofa, Kleiderständer, Wäsche-
 schrank, Trucan und großer Aus-
 ziehtisch billig zu verkaufen. Bern-
 dorf, Rüdpr., Boddinstraße 67. 4136
Bläufsofa, Vertico, 2 Land-
 schaften, Regulator, Gager, Fort-
 jungshäfen billig. Koste, Dreieck-
 straße 13 II. 120/2
Möbelfabrik Darnat. Wäcker-
 meier, gegründet 1901, Stalshreiber-
 straße 57 (Rüdpr.), liefert kom-
 plette Wohnungseinrichtungen zu
 niedrigsten Fabrikpreisen. Unüber-
 troffene Leistungsfähigkeit. Enorme
 Auswahl. Zahlungsvereinfachung.
 Vorwärts-Leser 5 Prozent. Kein
 Laden, Verkauf Fabrikgebäude.

Verloren geht Ihnen viel Geld,
 wenn Sie Ihren Bedarf an Einzel-
 möbeln sowie ganzen Wohnungs-
 Einrichtungen nicht Rüdpr., Turm-
 straße 69, beden. Kleinste An-
 zahlung, Abzahlung von Mark 1,-
 pro Woche an. Reichhaltiges Lager
 in Rüdpr. jeder Holz- und Eilart.
 Niedrige Preise trotz allerbesten Ver-
 arbeitung. Nur streng moderne
 Muster. Stube und Küche schon von
 Mark 200,- an. Zwei Stuben und
 Küche von 450 Mark an. Sonntags
 geöffnet bis 2 Uhr. Höhe u. Co.,
 Rüdpr., Turmstraße 69. 538A

Gneisenstr. 10. Ude Rüdpr.
 S. Frau, bekannt als beste Bezugs-
 quelle. Kassa und Teilzahlung.
Wochens, Möbel, Kommode 68.
 In meinem seit 32 Jahren bestehenden
 Möbelkaufsaal stehen in neun Etagen
 komplette Wohnungseinrichtungen zu
 äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf.
 Als Spezialität liefern: Ein- und
 Zweizimmer-Einrichtungen. Ein
 Zimmer und Küche 360,-, 422,-,
 modern 479,-, 2 Zimmer und Küche
 modern 501,-, 667,-, 721,-,
 Schlafzimmer, englisch 199,-, mo-
 dern, drei Eide, 304,-, Wohnzimmer,
 modern, 274,-, Speisezimmer 329,-,
 Herrenzimmer 200,-, englische
 Bettstelle mit Matraxe 44,-,
 Kleiderständer, Trucan, geschliffen
 34,-, Schlafsofa 36,-, Bläufsofa
 58,-, Umbau 50,-, Teppiche,
 Niesenlager. Beschäftigung erbeten.
 Transport und Lagerung kosten-
 frei. Eventuell Zahlungsvereinfachung.
 Geöffnet 8-8, Sonntags
 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im
 Fabrikgebäude. Rüdpr. F. gratis
 und franko. 1905A

Möbel-Kaufverkauf. Wegen voll-
 ständiger Aufgabe des Geschäfts ver-
 taufe sämtliche vorhandenen Möbel-
 stücke und komplette Wohnungsein-
 richtungen zu jedem annehmbaren
 Preis. Sonntags geöffnet. Wilhelm
 Gwert, Innenstraße 9. 428A
Bilder.
Herzbergerstraße und Iste Bilder,
 Leisten und Rahmen laufen Sie heute
 an billigsten und reellsten direkt
 Fabrik bei Bilder-Dogdan, Wein-
 meierstraße 2. Verlangen Sie 5 Proz.
 Rabatt.

Fahrräder.
Ferrenfahrrad, Damenfahrrad,
 einmal benutzt, 35,-, Holz, Blumen-
 strafe 36b. 238A
Geschäftsfahrrad, äußerst stabil,
 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

Musik.
Pianos, 80,00 an, Teilzahlung,
 mittelwelle 6,00. Scherer, Chaussee-
 straße 105. 318A
Klavierlehrer, Forsterstraße 41.
 Individuellen Einzelunterricht. Aus-
 gezeichnete Empfehlungen.

Kaufgesuche.
Gochstahlender! König, Rüdpr.,
 Berlinerstraße 47, kauft getragene
 Herren-garderobe, Bekleidungs-, Wirt-
 schaftliche, Kaffahäfen. Bekleidungs-
Zahngelüste. Zahn bis 80 Pfenning,
 Goldschmid, Stanniol, höchstzahlend
 Rohn, Neue Königstraße 76.
Fahrradantalk Kraus, Andreas-
 straße 54. 120/4
Freien Stunden. Der Roman
 „Der lachende Mann“, gebunden oder
 in Heften, zu kaufen gesucht. Ex-
 pedition „Vorwärts“, Martin-Luther-
 straße 69. 4112
Platinabfälle. Gramm 5,40,
 Gold, Silber, Jagengebisse, Stanniol
 kauft Diamel, Auguststraße 19 III.

Verschiedenes.
Patentanwalt Käler, Gütshiner-
 straße 81. 2439A
Patentanwalt Wessel, Gütshiner-
 straße 94a.
Kunstkopierei von Frau Kolodjy,
 Schleierstr. Kurstraße 8 III.
Regina - Schreibmaschinen-
 Schule (Stenographie und Schreib-
 maschine). Beginn des neuen Kur-
 ses am 1. Oktober. Anmeldungen er-
 bitten rechtzeitig. Man verlange
 Broschüre. Gütshiner u. A. A. A.,
 Hermann, G. m. b. H., Charlotten-
 straße 6. 112/9
Wertmeistertours Nichtzehn Mark
 vierteljährlich. Dauer ein Jahr,
 Technikum Jakobstraße 124 II. *
Kunstkopierei Lesler, Große
 Frankfurterstraße 67. 2399A

Hochzeitsfeiern, Familienfeste
 billig, gemächlich im Café Bellevue,
 Rummelsburg. 4125A
Technikum, Berlin, Brandstr. 3,
 Schinkel-Akademie, Direktor B. A.
 Schindler, Bauingenieur, Rührer, Berner,
 Maschinenbau, Elektrotechnik, Hoch-
 bau, Eisenbau, Gas, Wasser, Heizung,
 Werkmeister, Techniker-Kurse,
 Ingenieur-Kurse, Volkshochschule, Abend-
 kurse, Tageskurse.
Neuer Industriezweig. Wünsche
 mit unternehmender Verbindung zweck-
 mäßiger Ausnutzung meiner Erfindung Ge-
 bellung und anderer. Flugbare Schwingen
 und Modelle zu Diensten. Offerten
 unter „Probleme“ Expedition Licht-
 berg, Kronprinzstraße 4. 486
Großwäscherei Brecht, Köpenick,
 Parfadenstraße 18, liefert schneeweiße,
 im Freien getrocknete Bälge, 4 Hand-
 tücher 0,10. Abholung Donnerstags.
Handwäscherei. Bälge sind schon
 recht gewaschen, Herren getrocknet,
 Leibwäsche, vier Handtücher, vier
 Taschentücher, Laten 0,10. Kein Ver-
 taufchen. Abholung Donnerstags.
 Frau Kaufsch, Köpenick, Jünnings-
 straße 2. 698A
Aufpolierung, Bettmatraxe 4,-,
 Sofa 5,-, auch ausserm Hause. Hoff-
 mann, Neue Königstraße 30. 220/7
Handwäscherei Frau Korbik,
 Köpenick, Grünauerstraße 42, wäscht
 Betten, Leibwäsche, vier Handtücher
 0,10. Abholung täglich. 708A
Aufpolierung Sofa, Matraxen,
 in und ausserm Hause, Chaussee-
 straße 74, Schärer. 120/10

Möblierte Schlafstelle, Herren,
 vermietet Kegel, Lippinerstraße 5,
 vorn IV. 413
Möblierte Schlafstelle, Frau Köh-
 ling, Woldeustraße 16. 413
Möblierte Schlafstelle für Herrn
 vermietet Springler, Große Frank-
 furterstraße 18. 424
Wohnzimmer für Schlafstelle,
 Bräunerstraße 10b, Hof rechts III
 rechts. 2635
Schlafstelle, zwei Herren ober
 Damen, Remondowli, Reichberger-
 straße 123, vorn II. 413
Schlafstelle an Herrn vermietet
 Wilm Lenz, Rüdpr., Prinz-Danjer-
 straße 38. 426
Schlafstelle für Herrn, Bismarck-
 kreuzstraße 9, Hof parterre.
Schlafstelle Dresdenstraße 30,
 Bierent. 119/18

Mietsgesuche.
Kleiner Mann sucht möbliertes
 Zimmer bei anständigen Leuten, Nähe
 Kottbuscherdamm, eigenes Bett ver-
 banden. Offerten Preisangabe O. H.
 postlagernd Boddinstraße. 473
Handwerker sucht möbliertes
 Zimmer oder Schlafstelle, allein, nahe
 Frankfurterstraße. Paul Sommer,
 Rüdpr., Hofstraße 14, Quergebäude 1
 links. 424
Einfach möbliertes Zimmer für
 jungen Mann, gegen Kottbuscherdamm.
 Offerten R. S., Postamt 68. 2885

Gefunden u. verloren

Verloren hat eine arme Rade-
 rin am Montag morgen in der Nähe
 des Dönhofsplatzes und Leipziger-
 straße ihr Portemonnaie, enthaltend
 ungefähr 8 Mark Bargeld, für 5 Mark
 Danken und verschiedenen Geschenken
 und eine Quittung über 15 Mark ge-
 zahlter Miete. Um Abgabe an Frau-
 lein Vogel, Rathenowerstraße 29, wird
 gebeten.
Portemonnaie mit 40 Mark ist
 am Sonnabend einer armen Witwe
 auf dem Wege von der Kaiser-Fried-
 richstraße durch die Jüdische, Berliner- und
 Richardstraße bis zur Saalestraße
 verloren gegangen. Finder wird ge-
 beten, dasselbe in Rüdpr., Vorwärts-
 expedition, Redarstraße 2, abzugeben.
Verloren. Ein Postausfuhrer des
 Deutschen Postvereinsverbandes verlor
 am Sonntag, den 27. August,
 im Lichtenberg auf dem Wege von
 Heilerstraße 20 nach 30 kein Kaffee-
 buch, enthaltend sämtliches Marken-
 material. Da der Betreffende für den
 Schaden verantwortlich ist, er-
 suchen wir jeden, der gütigliche
 Angaben über den Verbleib des
 Materials zu machen vermag, dies
 im Bureau der Organisation, Engel-
 uler 15 III, Zimmer 53, tun zu
 wollen; entstehende Kosten werden
 gern zurückgestellt.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Bäder, zugereist, sucht Stellung.
 Offerte Rummelsburg, Hauptstr. 86 III.
Stellenangebote.
Tüchtige Glashäfen auf Königs-
 röhren sucht E. G. H. Müller, Dams-
 burg 5, Rüdungen hier Lützen-
 straße 21. 632A
Schäffer verlangt Radfahrer,
 Lindenstraße 78. 279b
Eine Frau zum Wäschstricken
 1/9, verlangt Frankfurterstraße 32. 424
Zeitungsfrauen sofort verlangt
 Pringenstraße 41. 120/6
Zeitungsfrauen sofort verlangt
 Rathenowerstraße 3. 119/17

Tüchtige Wäschstricken und
 Handarbeiter, auch lernen, verlangt
 Wildau, Blankstraße 72, 1 Treppe. *

Zur Arbeitsmarkt durch
 besonderen Druck hervorgehobene
 Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streit oder Lohn-
 differenzen sind gesperrt:
Parteiobedienung Kampf-
meyer,
Chr. Becker Söhne,
Kirstein,
Berliner Parkettf. Bad-
meyer, Jnh. Russack,
Eibinger,
Rosenfeld,
Danke l. ja. Schlesinger,
Butterweich,
Ww. Gall, Widrich, Vertreter:
Heichen,
Woyck,
Heine, Berlin,
Berufsverein der Berliner
Parkettgeschäfte, Tho-
masbush, 18,
Goldbleichenfabrik Tschlerley
in Rüdpr.,
Tischfabrik Hacke, Straußener
Straße 59,
Wagenfabrik Hellmuth, Stra-
auer Straße,
Wagenfabrik Voll & Rohr-
beck, Kaiserin-Augusta-Allee,
Charlottenburg,
Kammfabrik Bloch, Barchauer
Straße 11/12 und Rebalter
Straße 1,
Baurischerei Faul, Rosen-
meierstraße 23 und Vogel-
berger Straße 4,
Jalousiefabrik Heinr. Freese,
Berlin-Niederischandauer,
Sargfabriken Rosinski, Lich-
tenberg und Rummelsburg,
Sämtliche Betriebe in Ham-
burg, Liegnitz, Posen,
Das Berliner Arbeitslosen-
vermittlungsbureau d. golden
Arbeitsnachweis d. Stellung-
erhaltung und der Wagenfabri-
kanten, Kaiser-Jung-Fremdler-
Platz
 Zugang ist streng fernzuhalten.
 Die Ortsverwaltung Berlin des
 Deutschen Holzarbeiterverbandes,
 Buchdruckerei u. Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin SW.